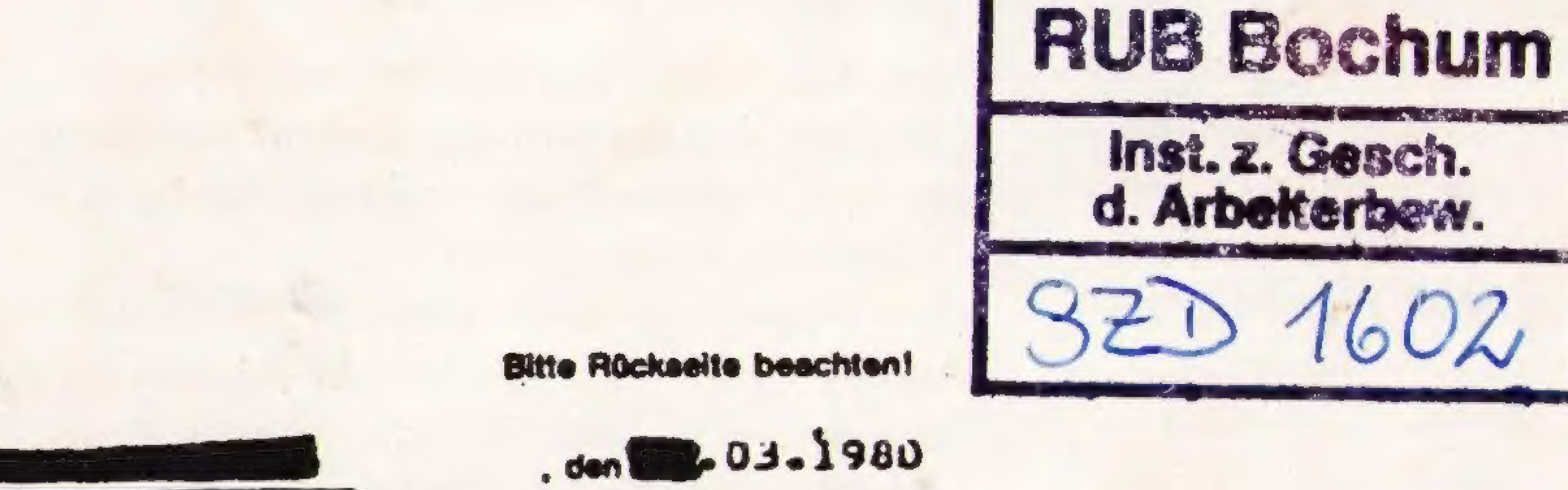
Informations-Dienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten



ERSCHEINT WÖCHENTLICH Nr. 332 2. Mai 1980 2,50 DM incl. 6,5% Mwst. D 1870 C

Kreiswehrersatzamt





Bitte Rückseite beachten!

, den ██.03.1980

Dieser Bescheid wurde mit Hilfe einer elektronischen Datenverarbeitungsanlage gefertigt. Für seine Rechtswirksamkeit ist die Unterschrift des Behördenleiters nicht erforderlich.

Bei Anfragen und Eingaben ist die nebenstehende Personenkennziffer anzugeben.

Bei Reisen in oder durch Gebiete außerhalb der Bundesrepublik Deutschland darf der Einberufungsbescheid nicht mitgenommen werden.

Personenkennziffer

[X] Zutreffendenfalls angekreuzt

Einschreiben

Herrn



Kennwort: WEISSER FISCH

Einberufungsbescheid Alarmreserve

Sehr geehrter Herr

Nach Verkündung des Verteidigungsfalles bzw. nach dessen Eintritt haben Sie sich, ohne weitere Aufforderung abzuwarten, unverzüglich beim Truppenteil ████ in ████ zum unbefristeten Wehrdienst gemäß § 4 Abs. 1 Nr. 4 des Wehrpflichtgesetzes (WPflG) zum Dienstantritt zu stellen.
Das gilt auch, wenn die Bundesregierung durch öffentlichen Aufruf (Fernsehen, Hörfunk, Presse) für
- die Alarmreserve geschlossen (ohne Rücksicht auf das o. a. Kennwort) oder
- einen Teil der Alarmreserve mit dem Kennwort „ WEISSER FISCH " eine als Bereitschaftsdienst abzuleistende Wehrübung von unbestimmter Dauer gemäß § 6 Absatz 6 und § 49 WPflG anordnet.

Mit dem Tage der Verkündung des Verteidigungsfalles beziehungsweise dessen Eintritt oder mit dem im öffentlichen Aufruf der Bundesregierung bekanntgegebenen Zeitpunkt beginnt gemäß § 2 des Soldatengesetzes Ihr Wehrdienstverhältnis als Soldat mit Ihrem zuletzt erreichten militärischen Dienstgrad bzw. mit dem vorläufigen Dienstgrad als ████

Falls Sie Ihren Bestimmungsort nicht erreichen können, haben Sie sich bei der nächstgelegenen Dienststelle der Bundeswehr oder einem Truppenteil zu melden.
Ihren Dienst haben Sie im Kampfanzug anzutreten und die gesamten Bekleidungs- und persönlichen Ausrüstungsstücke sowie die ABC-Schutzausrüstung mitzubringen, sofern Sie damit ausgestattet sind.
Wenn Sie diesem Einberufungsbescheid schuldhaft nicht Folge leisten, können Sie disziplinar gemaßregelt, unter Umständen auch gerichtlich wegen eigenmächtiger Abwesenheit oder Fahnenflucht bestraft werden.

Rechtsbehelfsbelehrung: Gegen diesen Bescheid kann binnen zwei Wochen nach Zustellung schriftlich oder zur Niederschrift beim Kreiswehrersatzamt ████ Widerspruch eingelegt werden.
Die Frist wird auch gewahrt durch Einlegung bei der Wehrbereichsverwaltung ████

I., ████

Der Widerspruch gegen diesen Einberufungsbescheid befreit Sie gemäß § 33 Abs. 5 WPflG nicht von der Pflicht, sich zum Dienstantritt zu stellen und beseitigt auch nicht die Folgen des schuldhaften Ausbleibens.

Hochachtungsvoll
Der Leiter

Dieser Einberufungsbescheid ist sicher aufzubewahren.

Eine Änderung dieses Einberufungsbescheides darf nur durch eine Wehrersatzbehörde vorgenommen werden.

Einen etwaigen Verlust haben Sie Ihrem zuständigen Kreiswehrersatzamt sofort zu melden.

Sie sind als Arbeitnehmer oder Beamter verpflichtet, den Einberufungsbescheid Ihrem Arbeitgeber bzw. Dienstvorgesetzten oder dessen Stellvertreter vorzuzeigen. Anderen Personen ist der Einberufungsbescheid nicht zugänglich zu machen.

Auf die Bestimmungen der Wehrüberwachung (siehe „Merkblatt für Reservisten") werden Sie besonders hingewiesen. Insbesondere haben Sie Änderungen Ihres ständigen Aufenthaltes und Umstände, die Ihre Tauglichkeit und Verfügbarkeit für den Wehrdienst betreffen, unverzüglich Ihrem Kreiswehrersatzamt zu melden.

Über die Sozialversicherung, den Schutz des Arbeitsplatzes, die Unterhaltssicherung der Familienangehörigen sowie Ihre Bezüge während der Ableistung des Wehrdienstes unterrichtet Sie das beigefügte „Merkblatt über die soziale Sicherheit". **Ihr Diensteintritt darf sich jedoch durch die Regelung dieser Angelegenheiten nicht verzögern.**

465 Tage – und der Rest von heute ...

Geschafft, vorbei, der Arsch ist ab. Die Möglichkeit, nochmals zur Bundeswehr eingezogen zu werden, liegt für die meisten ehemaligen Soldaten weit weg. Und wenn es jemals zu einem Krieg kommt - dann ein, zwei Bomben ...

Doch die Wirklichkeit holt einen immer wieder ein. US-Intervention im Iran, Sowjetunion in Afghanistan, Handelsboykott und Erdölstopp. Wem wird es bei solchen Nachrichten der letzten Woche nicht flau in der Magengegend? Und die Bundesregierung erklärt brav treudeutsch ihre volle Solidarität mit der US-Eingreiftruppe im Iran.

Die Kreiswehrersatzämter verschicken weiterhin, in dieser Zeit der Kriegshysterie, ihre Einberufungsbescheide mit dem Vermerk - Alarmreserve - und dem Hinweis: „Nach Verkündigung des Verteidigungsfalles bzw. nach dessen Eintritt haben Sie sich, ohne weitere Aufforderung abzuwarten, unverzüglich beim Truppenteil ... zu stellen."

Gegen die Planspiele von Bundeswehr und Medien schlagen wir vor:

Ehemalige (und derzeitige) Bundeswehrsoldaten rufen Reservisten und Bundeswehrsoldaten zur Kriegsdienstverweigerung auf. Der Phantasie ist keine Grenze gesetzt. Aus Wehrpaßverbrennungen machen wir uns allerdings rein gar nichts... Es geht darum, der Kriegshysterie etwas entgegenzusetzen, den Kopf aus dem Sand zu buddeln. Wie hieß doch der Slogan der Anti-Bundeswehrbewegung der 50er Jahre: „Ohne mich!"

Waldemar, ehemaliger W-15er
Kontakt: meldet euch zuhauf im ID

Bundesweites Hausbesetzervorbereitungstreffen

Köln
29. April

Am 17. und 18. Mai 1980 findet in der besetzten ehemaligen Kantine der Mauser werke in Köln-Ehrenfeld ein Hausbesetzertreffen statt. Eingeladen sind alls Hausbesetzergruppen und Mieterinitiativen und solche, die es werden wollen. Auf dem letzten Hausbesetzertreffen im Februar in der besetzten Augenklinik in Göttingen haben die anwesenden Mieterinitiativen und Hausbesetzergruppen beschlossen, künftig enger zusammenzuarbeiten und gegenseitig Informationen auszutauschen. Um ein ganz großes Hausbesetzertreffen zu organisieren und die Inhalte vorher abzuklären, soll diese Vorbereitungstreffen in Köln stattfinden. Da wir nicht unbegrenzt Platz in unserer Kantine haben, bitten wir Euch, nur maximal 2 Leute aus jeder Gruppe zu entsenden. Außerdem müßten Schlafsäcke und Luftmatratzen mitgebracht werden. Um uns auf das leibliche Wohl von Euch vorbereiten zu können, müssen wir bis spätestens 10. Mai 80 wissen, wieviele Leute kommen. Bitte schreibt uns oder ruft uns an:

Mieterselbsthilfe Ehrenfeld, Marienstr. 21 c/o Gisela Schmidt, 5 Köln 30

Das Treffen findet in der Mauserkantine,

Marienstr. 35-37, 5 Köln 30 statt.
Tel.: 550 27 72, oder 55 36 70
Beginn: 12.00 Uhr Samstag

kurze

„NOCH IST DEUTSCHLAND NICHT VERLOREN"

Unter diesem Titel haben wir eine Ton-Dia-Schau zum Thema ‚Neofaschistische Aktivitäten unter Jugendlichen' zusammengestellt. Neben der Darstellung neofaschistischer Jugendorganisationen, ihren Zielen und ihren Aktivitäten, werden Fragen behandelt, wie: was bieten Naziorganisationen den Jugendlichen, warum werden diese Gruppen von Seiten des Staates geduldet, welches politische Interesse steckt dahinter usw.

Den Abschluß, nach ca. 45 Minuten, bildet eine Dokumentation über den 17.Juni 1978 und 1979.

Falls keine technischen Möglichkeiten vorhanden sind (Dia-Gerät, AV-Kassettengerät und Anlage), wären wir bereit, die Ton-Dia-Schau selbst vorzuführen.

Interessenten wenden sich an folgende Adresse:

Theo Gödderz, 6 Frankfurt/M., Kaiserhofstr. 18.

kurze

NEUER ND

Frankfurt
19. April

Nachdem die Ein-Mann-Redaktion des ND (Nachrichtendienst) verschwunden ist (siehe ‚Erklärung eines Verwundenen', TAZ,ID), stellt sich die Frage, ob der ND weitergeführt werden kann.

Der ND hatte etwa 60 zahlende Abonnenten, ein Teil der Auflage ging an den Buchhandel, aber der überwiegende Rest ging kostenlos in die Knäste.
Die eingegangenen Abogelder sind inzwischen verbraucht: Produktionskosten der Nummern 11 und 12, redaktionelle Anschaffungen, Knastvertrieb.

Die nun erscheinende Nr. 13 (im Mai) war bereits im Januar vor dem ‚Verschwinden' der Redaktion fertiggestellt. Wegen technischer Pannen beim Druck konnte sie jedoch nicht mehr gedruckt und vertrieben werden.

Ob nun der ND weiterexistieren wird und in welcher Form wird letztlich von der Reaktion auf diese Ausgabe abhängen. Aber auch von der Bereitschaft der Abonennten, den ND neu zu abonnieren; wir sind nämlich nicht in der Lage, die schon bezahlten Abos fortzusetzen.

Schreibt also, wie Ihr Euch den ND weiter vorstellt und schickt uns Geld.

Kontakt: Nachrichtendienst, Jürgen Dietsch, Robert-Mayer-Str.34 6000 Frankfurt 90, Tel.: 0611/ 774570 Postkt.Nr. 386799-605

BAMBULE PROZESS

Seit fast drei Jahren ist das Bambule in Braunschweig der Versuch eines selbstverwalteten Zentrums ohne bürokratische Bevormundung und Abhängigkeit.
Schon vor einem Jahr hat die Hausbesitzerin Böckler eine Räumungsklage gegen das Zentrum in Gang gesetzt. Nach gewonnener 1. Instanz geht es nach einer Revision seitens der Hausbesitzerin inzwischen in der 2. Instanz weiter. Und zwar am **Freitag, 9. Mai um 9 Uhr im Landgericht Münzstraße (Braunschweig), Zimmer 230.** Diesmal stehen einige sicherlich interessante Zeugenvernehmungen auf dem Programm. Zu den letzten Prozeßterminen kamen jeweils 150-200 Leute, was das gemeinsame Interesse am Erhalt der Bambule deutlich unterstrich und seine Wirkung auch nicht verfehlte. Also, das Landgericht faßt ca. 2000 Leute!
Bei Rückfragen: Bambule, Helmstedter Str. 167, 3300 Braunschweig, Tel. 0531/ 794447.

VOM 2. - 3. MAI FINDET IN OSNABRÜCK DIE II. SCHWULE FETE STATT.

2. Mai Lagerhalle Heyentor
Film: „Nicht der Homosexuelle ist pervers,......!" mit Diskussion

3. Mai Evangel. Studentengemeine, Parkstr. 19 — großes Fest

4. Mai Aula im Schloß, Neuer Graben
Theater: „Rita + Klaus" Sex! — Vergiß es!

Außerdem trifft sich die AHO (Aktionsgruppe Homosexualität Osnabrück) jeden Mittwoch um 20.00 Uhr in der Lagerhalle.

Einen Arbeitskreis Alternative Außenpolitik gibt es bei den nordrhein-westfälischen Grünen, Kreisverband Rhein-Sieg-Kreis. Sprecher ist Erich Knapp, vom Auswärtigen Amt gefeuerter einstiger Presseattache der westdeutschen Botschaft in Kairo (s. ID 326). In einer Erklärung zum Abenteuer der US-Armee in Tabas/Iran fordern die Grünen, „daß die Bundesrepublik Deutschland dem Sog eines von Washington provozierten wirtschaftlichen und heißen Krieges noch rechtzeitig entkommt, indem sie unverzüglich nach französischem Vorbild aus dem militärischen Teil der NATO ausscheidet."

Kontakt: Erich Knapp, Narzissenweg 19 5205 St. Augustin 1, Tel.: 02241/25687

IN FRANKFURT/FECHENHEIM EIN AKW ?

Frankfurt
14. April

Die BI Fechenheim hat sich mit dem Standortsicherungsplan für große Wärmekraftwerke, der über das Ministerium für Wirtschaft und Technik zu beziehen ist, beschäftigt und daraus entnommen, daß das Fachfeld in Frankfurt/Fechenheim als möglicher Kraftwerkstandort wieder im Gespräch ist.

Die hessische Landesregierung will bis zum Jahr 2000 sechs Kraftwerksblöcke in der Größenordnung Biblis und noch zwölf kleinere Blöcke durchziehen (anscheinend macht der atomare Größenwahn vor nichts mehr halt), deswegen geht wiedermal die große Standortsuche los. Dabei wird, wie das Beispiel Fechenheim zeigt, nicht davor zurückgeschreckt auch Stadtteile einer Großstadt in Erwägung zu ziehen. Fechenheim hat durch eine dichte Industrialisierung und die angrenzende Stadtautobahn, dem naheliegenden verseuchten Main sowieso schon denkbar (und fühlbar) schlechte Lebensbedingungen für seine Be wohner. Ein Atomkraftwerk würde dem Ganzen noch die atomar-verseuchte Krone aufsetzen.

Kontakt: Bürgerinitiative Fechenheim, c/o Regine Neukum-Holzner, Burglehen 10, 6000 Frankfurt 61



ANTI–ATOM–DISKUSSION IN IRLAND

Brüssel 21. April

Wie ihr bestimmt schon erfahren habt, gibt es in Irland eine sehr kontroverse Debatte in bezug auf die nukleare Entwicklung Irlands; das einzige EG-Land, welches „noch nicht" von den multinationalen Atom-Giganten aufgefressen worden ist. Irland, die grüne ökologische Insel, soll nicht nur 2, sondern 4 AKWs in nächster Zukunft erhalten, und viele Anstrengungen werden gemacht, um Irland zu „überzeugen", daß es NATO-Mitglied werden soll.

Die Irische Gewerkschaftsbewegung, insbesondere die "Irische Transport- und Allgemeine Arbeitergewerkschaft" (mit 160.000 Mitgliedern) unter Führung von Vize-Präsident John F. Carroll hat der nuklearen Entwicklung in Irland eine klare Absage erteilt und wird auch in Zukunft konsequent gegen Militarisierung und Nuklearisierung kämpfen. Petra R. Kelly hat zusammen mit John F. Carrol ein Buch herausgegeben, welches die Debatte in Irland und auch auf internationaler Ebene wiederspiegelt. Dieses Buch („A Nuclear Ireland? ") ist eine Sammlung von pro- und anti-Atom-Beiträgen — von Persönlichkeiten, die alle an dem ITGWU-Seminar im Mai 1978 in Irland teilgenommen hatten (u.a. Paul Blau, Helen Caldicott, Peter Welsh, Ernest Sternglass, Alice Stewart, Rosalie Bertell, John Carroll, Petra Kelly usw.).

Sie wären sehr dankbar, ihre Freunde in der anti-Atom-Bewegung dieses Buch bestellen würden — Solidaritätsbeitrag/ Preis: 18,-- DM oder 5.00 Pfund. Bestellungen bitte sobald wie möglich an

Petra Karin Kelly, 105, ave. GE Lebon, B 1160 Brüssel (Belgien)

(Bitte angeben, ob per Luftpost) Euroschecks erwünscht, bitte an: „ITGWU/John Carroll" ausstellen.

Veranstaltungsreihe des Öko-Instituts, Arbeitsstelle Hannover, zum Thema:

ENERGIEEINSPARUNG & SANFTE ALTERNATIVEN

mi 7.5. Energieerzeugung aus bisher nicht beachteten Energiequellen Lösungsansätze für eine rohstoffschonende und zugleich umweltfreundliche Energietechnik
(Joachim Kirchhoff, Universität Bielefeld)

mi 14.5. Ökologisches Bauen — Mehr Natur in der Architektur
(Per Krusche, Universität Hannover)

do 22.5. Windenergie — Windkraftanlagen und Wasserpumpen
(Henry Lüdemann, Norderstedt)

mi 28.5. Sonnenkollektoren und Energiedach — Energie direkt von der Sonne
(Dr. Hullmann, Universität Hannover)

mi 4.6. Wärmepumpen — Wärmerückgewinnung Energiegewinnung aus der Umwelt
(N.N.)

mi 11.6. „Exotische Energiequellen" Geotherme, Wellen, Gezeiten, Photosynthese......
(Prof. Dr. R. Bertram, Universität Btaunschweig)

mi 18.6. Energieeinsparung in der Landwirtschaft Vom Energieverbraucher zum Energieerzeuger
(Gerhard Ziegler, AG Biotechnik)

mi 25.6. Bioenergie — Biogas Wärmequelle und Treibstoff der Zukunft
(Hans Mönninghoff, Hannover)

mi 2.7. Großstädtische Alternativen Energiequellen der Großstadt
(BI Oststadt-List, Alternativgruppe)

mi 9.7. Energieeinsparung im Verkehr Straße—Schiene, Verkehrsberuhigung...
(BI Umweltschutz, AK Verkehr)

Änderungen vorbehalten (werden rechtzeitig bekanntgegeben) ** **********

Mittwochs im Raschplatz-Pavillon, Raum 8 19.30 Uhr

Kontakte:

Bürgerinitiative Oststadt-List gegen Atomanlagen, Lister Meile 4-6, 3000 Hannover 1

Bürgerinitiative Umweltschutz, Königstr.53 3000 Hannover 1, Ruf: 1 80 23

Landesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz, Königstr. 53, 3000 Hannover 1 Ruf: 1 80 23

Öko-INSTITUT, Arbeitsstelle Hannover, Immengarten 31, 3000 Hannover 1, Ruf: 6 96 31 30

SZENEN AUS DER SZENE UND ANDERE SATIREN

28 Kurzgeschichten auf 76 Seiten geheftet für 3,50 DM incl. Porto bei Utz Walther, Astheimerstr. 7, 8711 Escherndorf.

Buchhandel

Vom Unterschied zwischen Läden und Supermärkten

Linke Buchhändler richten einen offenen Brief an linke Verlage, in dem es um den Widerspruch zwischen Geschäftspolitik und Solidarität geht:

Die auf dem Treffen des Verbandes Linker Buchhändler (VLB)-Süd vom 11. - 13.4.80 anwesenden linken Buchläden haben unter anderem über das Verhältnis linke Verlage/ Buchläden zu Montanus diskutiert. Dabei haben wir den Eindruck gewonnen, daß für eine Reihe von linken Verlagen das Verhältnis zu den Buchläden sich eher an der „marktbedingten" Umsatzentwicklung orientiert als am Ausbau der Zusammenarbeit linker Projekte im Buchhandels- und Verlagswesen. In dieser Logik, die sich vorwiegend an den Verkaufsziffern (Umsatz) orientiert, wird kein Unterschied gemacht zwischen linken Läden einerseits, Buchsupermärkten wie Montanus andererseits - höchstens der eines größeren oder kleineren Umsatzes. Wir als linke Buchläden gehen dagegen davon aus, daß der Schwerpunkt der der Zusammenarbeit für linke Verlage bei den linken Buchläden liegen sollte.

Für uns bedeutet das, daß wir als linke Läden das gesamte Sortiment der linken Verlage vorrätig halten, um uns für dessen Verbreitung einzusetzen. Ebenso gehört dazu die Absicherung gefährdeter Verlagsprojekte durch einen Rechtshilfefonds oder die gemeinsame Herausgabe des Baumann-Buches. Dies alles sind Aktivitäten, in denen sich die Zusammenarbeit zwischen linken Verlagen und Buchläden ausdrückt, Aktivitäten, an denen sich Buchsupermärkte wie Montanus nicht beteiligen. Ihnen geht es nicht um die Verbreitung des gesamten Spektrums linker Literatur, sondern um die profitable Verwertung „linker Bestseller".

Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen haben wir uns die Frage gestellt, wie Ihr als linke Verlage Euer Verhältnis zu Buchsupermärkten wie Montanus seht.

Wir fordern die angesprochenen Verlage, Elefantenpress, Frauenoffensive, Stroemfeld/Roter Stern, Neue Kritik, Frauenbuchverlag, Irisiana, Rotation, Focus, Azid Presse, Frauenselbstverlag, Rotbuch, Wagenbach, Trikont, die mit Buchsupermärkten zusammenarbeiten, wie Montanus, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie seht Ihr Euer Verhältnis zu linken Buchläden einerseits, zu Buchsupermärkten wie Montanus andererseits?
2. An welchen Zielen orientiert sich Eure Verlagspolitik?
3. Ist es richtig, daß z.B. Montanus zu besseren Konditionen beliefert wird als linke Buchläden?
4. Welche Möglichkeiten seht Ihr, die Zusammenarbeit zwischen linken Verlagen und Läden zu verbessern und dies u.a. auch in den Lieferbedingungen (Konditionen etc.) zum Ausdruck zu bringen?

Dieser Brief geht an alle linken Verlage und Buchläden. Die angesprochenen Verlage, die mit Buchsupermärkten zusammenarbeiten, sind aufgefordert, bis Ende Mai schriftlich Stellung zu nehmen, und am nächsten Treffen des VLB-Süd am 28. Juni 1980 in Ludwigsburg sich der Diskussion mit den unterzeichneten Buchläden zu stellen!

Bücherstube (Regensburg), Saftladen (Erlangen) Der Buchladen (Saarbrücken), Jakob-Fetzer-Buchladen (Reutlingen, Tucholsky Buchladen (Offenbach), Schwarzes Schaf (Ludwigsburg), Wormser Büchereck (Worms), Bücherkiste (Nürnberg), Buchladen am Sedanplatz (Wiesbaden), Buchladen Kleine Freiheit (Giessen), Frauenbuchladen Nürnberg (Nürnberg), Spei'rer Buchladen (Speyer), Der andere Buchladen (Mannheim), Cardabela-Buchladen (Mainz)

ARCHIE BELEBT DAS POLITISCHE VIDEO

NÜRNBERG 23. April 80 Alle, die in den vergangenen Jahren an Videotreffen teilgenommen haben und dabei zu dem Schluß gelangten: „Das politische Video ist tot", sei von ARCHIVideo versichert: dem ist nicht so! Im Rahmen der Grenzlandfilmtage vom 10. bis 13. April in Bad Alexanderbad redeten sich sieben nordbayrische (oder besser: fränkische) Videogruppen die Köpfe zum Thema „Politische Videoarbeit" heiß und vereinbarten einen kontinuierlichen Informationsaustausch.

Die Gruppen: „Videogruppe Erlangen', ‚Videostation', Videoki', ‚Videothek im KOMM' und ARCHIVideo' aus Nürnberg, sowie Jugendzentrums Videogruppen aus Nürnberg und Bamberg haben zwar dieselben drei Ansprüche:

1. Begrenzung auf Minimaltechnik
2. Aufhebung der Trennung Produzent/Filmobjekt
3. Einbettung der Filmarbeit in Alltags-/Polit-/Basiszusammenhänge,

über deren Umsetzung aber verschiedene Vorstellungen. Die Profis, die von Videoarbeit leben wollen, stellen Qualitätsansprüche gegenüber inhaltlichen Themen als taktische Vorleistung in den Vordergrund. Die gewerkschaftlich Orientierten wollen sich primär auf die Organisation einer Mediengewerkschaft konzentrieren und inhaltliche Videoarbeit in einen breiteren Kulturrahmen stellen. Die Leute von ARCHIVideo sehen ihre Videoarbeit als Ausdruck einer bestehenden Gegenkultur und wollen in deren Alltagszusammenhänge eine initiierende und vermittelnde Funktion einnehmen. Die angerissenen Diskussionen sollen auf einem Treffen im Juni weiterdiskutiert werden. ARCHIVideo sorgte mit einem Resolutionsentwurf für die Belebung der Diskussion und ist sich sicher, daß dieser mit breiter Mehrheit angenommen worden wäre, hätte die Zeit nicht so gedrängt und ein bisher unbekannter Täter sie nicht am Ende des Treffens geklaut:

1. MEHR GELD! oder: ÜBERHAUPT GELD!
Videoarbeit befriedigt ein öffentliches Interesse an vermehrten Informationsaustausch und Kommunikationserweiterung. Insofern ist es eine Selbstverständlichkeit, daß es öffentlich und bedingungslos gefördert werden muß.

2.AUFNAHME IN DIE ARD (mit Sitz, Stimme und Sendezeit)
Durch die Struktur des Fernsehens in der BRD wird der Informationsaustausch und Meinungsbildungsprozeß monopolisiert, behindert und einseitig vereinnahmt; eine Kommunikation von unten findet nicht statt. Dies muß aber anders werden.

3. ENTTECHNIFIZIERUNG DES FERNSEHENS
In einer Zeit, wo ökologische Probleme immer dringlicher werden, erscheint eine immer weiter ausgebaute und komplizierter werdende Fernsehtechnik absurd; wir müssen uns auch hier begrenzen.

4. WIEDERBELEBUNG DES KASPERLETHEATERS
Fernsehen und auch Video stellen eine sehr entfremdete und indirekte Form der menschlichen Kommunkation dar. Ziel ist die Erweiterung direkten und menschlichen Austausches und hier bietet z.B. das Kaschperletheater interessante Ansätze. Um die Müllberge an alten Fernsehern abzubauen, möchten wir auf die Möglichkeiten von Fernseh-Recycling hinweisen (z.B. Gehäuse als Bühne, Filmröhre als Blumenvase, Transistoren als Puppen, Video-Bänder als Luftschlangen, Kabel als Springseile und zum Wäscheaufhängen).

5. STRAUSS RAUS – SCHMIDT MIT
Gerade im Wahljahr erlaubt sich ARCHIVideo uns darauf hinzuweisen, daß es auch heuer noch aktuell ist, sich grundsätzlichere Veränderungen in der asphaltierten Landschaft der BRD einfallen zu lassen. Nicht nur filmen und lamentieren – sondern aufreißen und beleben!

Kontakt: Komm, Königstr.93, 8500 Nürnberg

Baby Blue

SURFING

DIE SONNE KNALLT
MIR AUF DEN KOPF.
ÜBER MIR DER HIMMEL.
BLAU. BLAU. BLAU.
GANZ LANGSAM WACKELT
EINE FRAU DURCH MEIN
BLICKFELD.
LOCKIGE HAARMÄHNE, BIKINI,
FANTASTISCHE FIGUR.
DAS BIER IN DER HAND
FÜHLT SICH LAUWARM AN.
DER FLASCHENHALS VERBRENNT
MIR FAST DIE LIPPEN.
ICH TRINKE
LEGE DEN KOPF ZURÜCK
UND HALTE MICH IM ÜBRIGEN
AUS ALLEM ANDEREN HERAUS.

ES WIRD IMMER IRRER

Liebe ist eine Droge.
Bei längerem Entzug
treten geistige und körperliche
Defekte auf.

Da Drogen allgemein
unter das Opium-Gesetz fallen
also von rechtswegen verboten sind
wurde die Liebe kurzerhand
unter Strafe gestellt.

Seitdem ist sie illegal
und nicht überall zu haben.



„Das Rumpelblatt (Zeitschrift für's Allgäu) gibt's jetzt seit fast 4 Jahren und fast in jeder Nummer gab's ne Geschichte von unserem Wolf Kubolsky, und jetzt gibt's ein Buch. . . "

BUCHTITEL: BABY BLUE
PREIS: 8 DM
BESTELLADDRESSE: RUMPELBLATT, SONTHOFEN, ZAINSCHMIEDEWEG 3
SEITENZAHL: 60
AUTOREN: WOLF KUBOLSKY, LYRIK
UWE RUDOLF, FOTOS



JEAN PAUL SARTRE-READER

Eine Pflasterstrand-Sonderbroschüre

On n'arrete pas Voltaire — man verhaftet Voltaire nicht. Sprach de Gaulle. Doch zu Lebzeiten gilt der Prophet wenig im eigenen Lande. Nur der tote Philosoph ist ein guter Philosoph. Plötzlich wird er zu einem der "größten Geister" der Nation. Jean Paul Sartre ist tot.

Statt eines Nachrufes hat die Frankfurter Stadtzeitung "Pflasterstrand" die ausführliche Biographie übersetzt, die in der Sondernummer der 'Liberation' erschien. Textauszüge, Interviews, Reden, Notizen sowie einige aus dem Französischen übersetzte 'Nachrufe' wurden hinzugefügt. Die Leute vom "Pflasterstrand" verstehen die Herausgabe dieser Broschüre als Geste, mit der sie ihre Betroffenheit zum Ausdruck bringen möchten.
Die Pflasterstrand-Broschüre "Jean Paul Sartre" kostet 3 Mark und ist ab 12. Mai lieferbar. Buchhandelsbestellungen direkt bei: Pflasterstrand, Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90. Einzelbestellungen aus Ortschaften ohne linke Buchhandlung: bitte drei Mark in Briefmarken beifügen.

Über den dialektischen Masochismus und einiges mehr



Der ID bringt normalerweise keine Parteiprogrammatik.

Der folgende Bericht ist aber ein Zeugnis von der Merkwürdigkeit, wie eine Gruppe, die Zentralismus und Hierarchie im Prinzip ablehnt, doch in ihrem Tun sich in diesen Netzen fangen läßt.

In der Politik der Hamburger Linken spielt nämlich eine Gruppe mit anarchistischem Anspruch seit einiger Zeit insofern eine wichtige Rolle, als sie auf Koordination oder Zentralisierung (? !) autonomer Gruppen hofft. (Die Hamburger autonomen Gruppen umfassen, hauptsächlich in der Anti-AKW-Bewegung, ein weites Spektrum von Hamburger Spontis, Linksradikalen und „Militanten".) Diese anarchistische Gruppe bezieht sich auf eine lange Tradition und begreift sich als deutscher Teil der IAA (Internationale Arbeiter Association).

Die IAA bzw. AIT (Association internationale des traivailleurs) wurde 1922 als Zusammenschluß syndikalistischer Gewerkschaften begründet. Sie knüpft mit ihrem Namen an die erste Internationale an, wobei sie sich auf deren antiautoritären Flügel bezieht. Die deutsche Sektion der AIT war die FAUD (freie Arbeiter--Union Deutschlands) mit zweihunderttausend Mitgliedern, nahezu zerschlagen mit der Machtübernahme der Faschisten.

Spanische Sektion der AIT ist der CNT (die große, heute in die Krise geratene anarcho-sycndikalistische Gewerkschaft; s. ID Nr. 273).

Auf den Spuren der FAUD gründete sich gegen 1976 die Initiative freie Arbeiter-Union.

Und wohin dann die Wege und Irrwege der aus der IFAU entstandenen FAU führten, steht ganz ausführlich hier.

Den Artikel habe ich anläßlich des Osterkongresses der FAU (Freie Arbeiter Union) geschrieben. An diesem selbst habe ich als Einzelperson teilgenommen, eingeladen als langjähriges ehemaliges Mitglied der Initiative Freier Arbeiter Union (IFAU), die ich im Februar verlassen habe, da ich — aus anderen Gründen als die Genossen der FAU-Hamburg — nicht mehr mit ihrem dogmatisch-traditionalistischen Kurs einverstanden war. (. . .) und derzeit keine Möglichkeit sehe, innerhalb der IFAU eine Änderung dieses Kurses zu erreichen.

Die Notwendigkeit, die Auseinandersetzung mit der neuen Organisation FAU öffentlich zu führen, ergibt sich für meine Begriffe daraus, daß die Hamburger Genossen mit ihrer Öffentlichkeitsarbeit in der letzten Zeit (Artikel im „Arbeiterkampf", in der „taz" etc.) ein Bild von sich selbst und vom Anarcho--Syndikalismus vermitteln, das durchaus dazu geeignet ist, falsche Vorstellungen zu erwecken.

Thomas Ehren

Es ist müßig, sich über Bezeichnungen zu streiten. Man kann ein Auto „Straßenbahn" nennen — es bleibt ein Auto. Man kann ein Atomkraftwerk „Kernkraftwerk" nennen — das klingt dann zwar vielleicht besser, ändert aber nichts an seiner Gefährlichkeit. Genauso kann sich manch einer „Anarchist" oder „Anarcho-Syndikalist" nennen — er ist es aber nur dann, wenn das, was er macht und wofür er einsteht, sich an den zwei Grundsätzen orientiert:

— die Mittel müssen dem Ziel entsprechen;
— die jeweils Betroffenen sollen selbst ihre eigenen Angelegenheiten regeln (oder mit den Worten der 1. Internationale gesagte: „Die Emanzipation der Arbeit muß das Werk der Arbeiter selbst sein.")

Diese beiden Grundsätze sagen im Kern das gleiche aus, unter verschiedenen Gesichtspunkten. Als Ausdruck einer politischen Moral unterliegen sie nicht dem Wandel der gesellschaftlichen Verhältnisse, der Analysen und der Formen der Organisation und des Handelns. Sie legen nicht die konkreten Formen fest, wohl aber bestimmen sie ihren Geist — und schließen somit in der Tat bestimmte Formen auch von vornherein aus:

— Jede Organisationsform, die nach außen oder innen auf Hierarchie und Zentralismus setzt, beispielsweise die Form der politischen Partei (wobei es unerheblich ist, ob eine solche Organisation sich Partei nennt oder nicht), Organisationsformen, die notwendigerweise zur Ausübung von Macht nach innen und (sofern sie die Möglichkeit hat) nach außen drängen; dagegen wird die freie Selbstorganisation der Betroffenen gesetzt: so will die anarcho-syndikalistische Organisation nicht Organisation für die Klasse, sondern Organisation der Klasse sein.

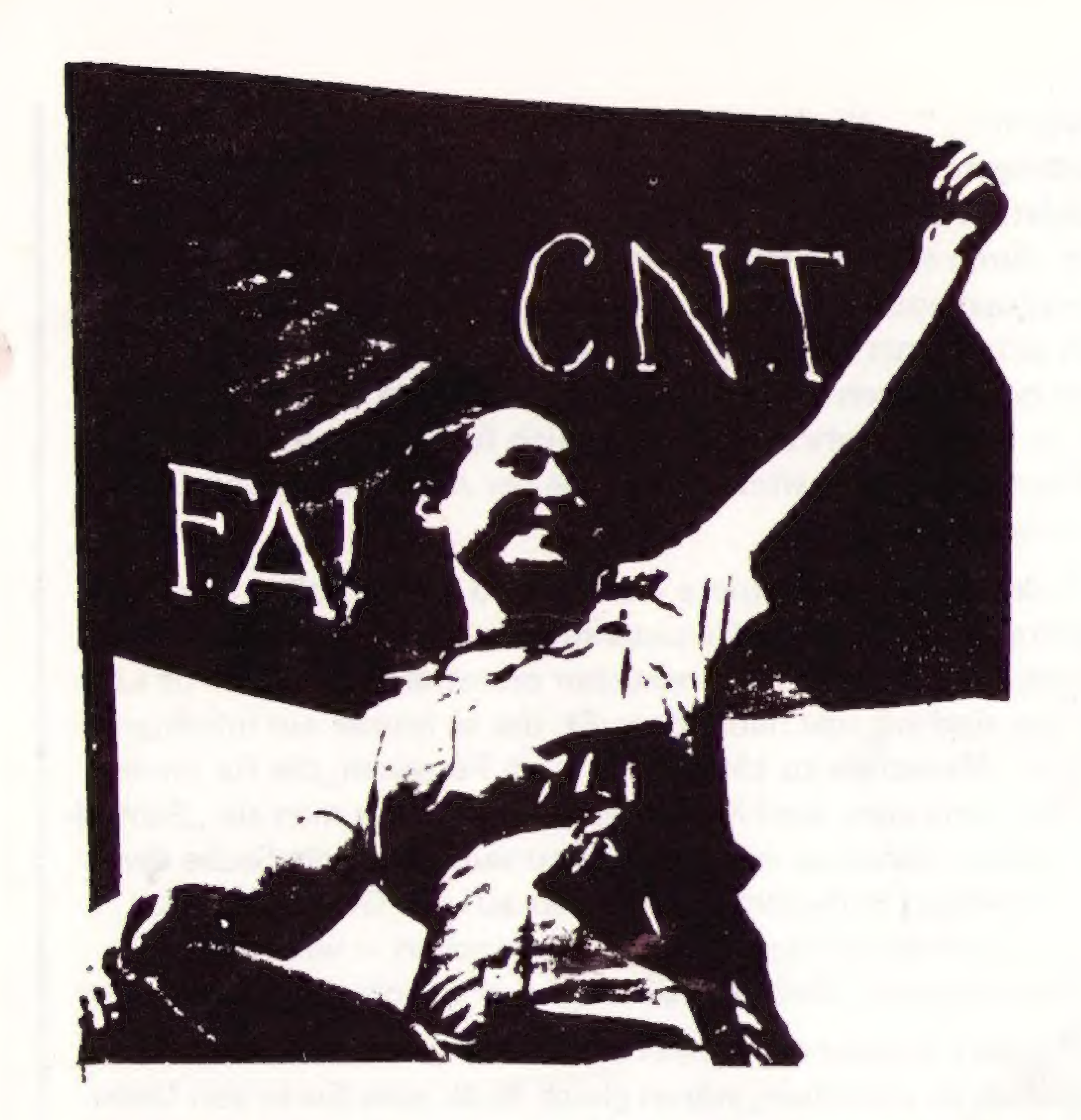
— Jede Form politischen Handelns, die die Regeleung der Angelegenheiten der Menschen allgemein und umfassend an einzelne Personen delegiert bzw. andersherum stellvertretend für andere handelt; hierunter fällt z.B. die Beteiligung am parlamentarischen System (allgemein: jedem System von Vertretung, das nicht auf ständiger Kontrollier- und Abwählbarkeit begründet ist); ebenso liegt hierin die Ablehnung selbständiger militärischer Apparate begründet, ob es sich dabei um das stehende Heer, die Polizei, die Geheimdienste usw. eines Staates handelt, oder aber um ein „revolutionäres Heer",eine „revolutionäre Polizei", einen „revolutionären Nachrichtendienst" usw. etwa mit einer mit eigener Logistik selbständig operierenden Guerilla-Truppe. Dagegen werden die direkte Demokratie gesetzt und — in den Situationen, wo die Bewegung der Klassen auf die gewaltsame Auseinandersetzung hindrängt — die milizartigen Formen der bewaffneten Klasse.

Dies in etwa sehe ich als das an, was sich so im Laufe der Geschichte als libertäre Grundhaltung herausgebildet hat. Sie hat sich — abhängig von den sich wandelnden gesellschaftlichen Bedingungen — in jeweils durchaus unterschiedlichen politischen Formen entwickelt, als Anarcho-Syndikalismus, Industrialismus, Rätekommunismus, wie auch immer, in den unterschiedlichen Spielarten der freiheitlichen Arbeiterbewegung. Formen, die jeweils durchaus diskutierbar waren und sind.

Daneben gab es und gibt es Richtungen, die nicht den genannten Grundsätzen folgen. Die auf das Handeln von Stellvertretern setzen, oder auf die Möglichkeit parlamentarischer oder militärischer Eroberung der politischen Macht. Richtungen, von denen wir als Libertäre sagen müssen, daß sie letztlich nicht an der Grundstruktur dieses Systems rütteln, sondern nur einen Gestaltwandel herbeiführen wollen, indem sie sich selbst an die Stelle der derzeit Herrschenden setzen. Mit diesen Richtungen können wir zwar vielleicht ein Stück Weg zusammengehen — wir werden aber nie ihr Spiel spielen, und es wird sicherlich der Punkt kommen, an dem sich die Wege trennen, da die Ziele unterschiedlich sind.

Dieser grob skizzierte weltanschauliche Rahmen bildet den Hintergrund für die Formulierung einiger Gedanken, die mir so zu den sehr zahlreichen Veröffentlichungen und Papieren der OG (Ortsgruppe) Hamburg der IFAU kamen. Zunächst zu dem allgemeinen Weltbild der Gruppe, wie es sich mir darstellt.

Einer der ständig wiederkehrenden Begriffe ist der Begriff „revolutionär". Die Gruppe bezeichnet sich selbst als revolutionär. Mit als kennzeichnend dafür wird das Bekenntnis zum dialektischen und historischen Materialismus dargestellt: „Was den dialektischen und historischen Materialismus angeht, so bekennen wir uns — wie jeder Revolutionär — selbstverständlich zu ihm, denn er ist mitnichten ein ‚rein stalinistisches Gedankengebäude', sondern die wissenschaftliche Methode, die gesellschaftlichen Zusammenhänge zu erkennen und zu verändern." (3) Und: „Da wir uns als Anarchisten zu den Prinzipien des historischen und dialektischen Materialismus bekennen..."(7). Hier sind offensichtlich einige gedankliche Kurzschlüsse enthalten. Fehlschluß 1: es wird nahegelegt, daß für den Anarchismus das Bekenntnis zum dial. und hist. Materialismus wesensmäßig kennzeichnend ist. Das trifft sicher nicht zu. Es gab bisher — vorsichtig ausgedrückt — nur sehr wenig Anarchisten, die sich als Anhänger des dial. und hist. Materialismus bezeichneten (mir fällt kein einziger ein). Dagegen gab es sehr viele Anarchisten, die sich sehr entschieden dagegen ausgesprochen haben. Sie haben etwa wie Malatesta auf die zentrale Rolle des schöpferisch und bewußt handelnden Menschen in der Geschichte hingewiesen: „Die Vorstellung eines freien Willens scheint die Sozialisten zu erschrecken. Aber ist denn nicht in allen mit dem Menschen zusammenhängenden Dingen stets der Wille entscheidend? " Und sie haben daran festgehalten, es sei unmöglich, den gesellschaftlichen Entwicklungen Gesetzmäßigkeiten entsprechend den Naturgesetzen zuzuschreiben, wie z.B. Rocker: „Wir bestreiten nicht, daß es auch in der Geschichte innere Zusammenhänge gibt, die sich ebenso wie in der Natur auf Ursache und Wirkung zurückführen lassen; doch handelt es sich bei gesellschaftlichen Vorgängen stets um eine Kausalität physischer Notwendigkeiten. Die letzteren vollziehen sich ohne unser Zutun; die ersteren sind nur Kundgebungen unseres Wollens." — Fehlschluß 2: Als wesensmäßig grundlegend dafür, revolutionär zu sein, wird das Bekenntnis zum dial. und hist. Materialismus bezeichnet. Die Geschichte dagegen kennt wesentlich mehr Revolutionäre als Anhänger des dial. und hist. Materialismus. Ein Revolutionär ist ja bei Licht betrachtet eigentlich nichts weiter als einer, der den jeweils gegenwärtigen Zustand der Gesellschaft ändern will, indem er für die Herbeiführung einer Revolution kämpft. So gibt es christliche Revolutionäre ebenso wie islamische, nationalistische ebenso wie anarchistische. R. selbst erwähnt ja im gleichen Artikel (3) die Machno-Leute, die mexikanischen Revolutionäre, die Kronstädter und die spanischen Libertären in der CNT und der FAI. Sie mögen ja „gescheitert" sein — aber sie waren zweifellos Revolutonäre, auch ohne den dial. und hist. Materialismus. Nicht einmal ein Lenin hatte eine derart beschränkte Sichtweise: „Die Leute wollen nicht begreifen, daß der revolutionäre Weg der Arbeiterbewegung auch noch ein nichtsozialdemokratischer Weg sein kann! Hat doch die ganze westeuropäische Bourgeoisie unter dem Absolutismus die Arbeiter auf einen revolutionären Weg ‚gestoßen', bewußt gestoßen", schrieb er 1902 (gegen diejenigen, die meinten, die konkreten russischen Verhältnisse würden „die Arbeiterbewegung unabwendbar auf den revolutionären Weg stoßen"). — Andererseits muß man sicherlich auch sagen, daß nicht alle, die sich zum dial. und hist. Materialismus „bekennen", Revolutionäre sind. Stalin nach der Oktoberrevolution beispielsweise, in dessen mechanisch-dogmatischer Deutung der dial. und hist. Materialismus aufhört, der Umwälzung des Bestehenden zu dienen, und zur Herrschaftsideologie verkommt, die ein Glaubensbekenntnis verlangt: „Der dialektische und historische Materialismus ist die Weltanschauung der kommunistischen Partei". Allerdings ist R. durchaus beizupflichten, wenn er schreibt, der dial. und hist. Materialismus sei „mitnichten ‚ein rein stalinistisches Ge-



dankengebäude' "(3), denn die stalinsche Deutung ist durchaus schon vorher angelegt, bei Engels schon, wenn nicht gar bei Marx selbst. Wenn R. dann allerdings weiter schreibt, der dial. und hist. Materialismus sei „die wissenschaftliche Methode, die gesellschaftlichen Zusammenhänge zu erkennen und zu verändern" (3), so zielt dies darauf ab, die Vertreter des dial. und hist. Materialismus, d.h. die „Revolutionäre", d.h. u.a. auch die OG Hamburg der IFAU mit der Autorität absoluter (nämlich wissenschaftlicher) Erkenntnis auszustatten, die sie gegenüber anderen heräusheben soll. Eine Neigung, die sich übrigens durch etliche Papiere hindurchzieht.

So etwa, wenn es in dem „Positionspapier" heißt: „Es kann und muß unsere Aufgabe sein, (...) den Menschen die wirklichen Ursachen ihrer Probleme zu erklären und sie somit zu motivieren, mit uns zusammen (...) an die Umwälzung der Besitzverhältnisse bei den Produktionsmitteln zu gehen", und weiter: „Dazu bedarf es jedoch des Vertrauens der Massen in uns als Revolutionäre, in unsere revolutionären Erkenntnisse und Handlungen" (6). Diese Ansicht hat wenig mit der libertären Haltung gemein, die darauf setzt, die Menschen zu überzeugen, daß es möglich und sinnvoll ist, sich gegen die schlechten Verhältnisse zu erheben und sich im Wechselspiel ihres selbständigen Handelns und ihrer eigenen Erfahrungen selbst zu befreien. Dagegen weisen diese Auffassungen der Hamburger Gruppe viele gemeinsame Züge mit den Auffassungen des autoritären Kommunismus auf.

Das fängt bei der Benotung der Anti-AkW-Bewegung an, die man als „noch nicht wirklich revolutionär" (6) oder , was die Grünen angeht, als „mehrheitlich rückwärtsgewandten, prinzipienlosen Haufen" (7) abqualifiziert. Erst recht enthüllt sich die Beteiligung an der Ökologie-Bewegung als rein taktisch, wenn auf der anderen Seite die klassische Auffassung des autoritären Kommunismus verfochten wird, der freiheitliche Aufbau der kommunistischen Gesellschaft sei abhängig von einem bestimmten Entwicklungsstand „der Produktivkräfte", und die Länder der III. Welt, die so etwas trotzdem versuchten, müßten „notwendig, eben wegen des Zwangs zur vorrangigen Entfaltung der Produktivkräfte, in einen Privat- oder Staatskapitalismus zurückfallen"(1).

(Diese Auffassung geht von einer Neutralität der Produktivkräfte gegenüber der gesellschaftlichen Organisation aus. Sie verkennt damit, daß Technologie als Produkt einer jeweils konkreten gesellschaftlichen Organisation deren Werte transportiert und damit wiederum auf die gesellschaftliche Organisation zurückwirkt. So enthält die kapitalistische Technologie in sich den Hang zur Zentralisierung und Hierarchisierung, unschwer nachzuweisen etwa am Beispiel der Entwicklung der Energieproduktion von der Wassermühle, die das Hammerwerk einer Familie mit wenigen Beschäftigten antrieb, bis zum AKW, von dem ganze Regionen abhängen und das eines ganzen staatlichen Apparats zu seinem Schutz bedarf. Dementsprechend wird der Aufbau einer dezentralen selbstverwalteten Gesellschaft nicht ohne die Entwicklung neuer, den Bedürfnissen angepaßter Formen der Technologie vor sich gehen können. — Genauso können — dies noch nebenbei bemerkt — die Länder der III. Welt die Probleme der „Unterentwicklung" in keiner Weise dadurch lösen, daß sie die Technologie der hochindustrialisierten Länder übernehmen, die im Gegenteil eher noch zur weiteren Verschärfung dieser Probleme führt.)

Weiter geht das in dem (meiner Ansicht nach: recht naiven) Vertrauen in die „Analysen": „Wenn das NK die einzige Wahrheit in der Tasche hat, darf es sie gerne behalten. Wir haben sie nicht, wollen sie aber auf den Grundlagen des Anarcho-Syndikalismus finden. Dazu wollen wir mit allen Kollegen und Genossen, die dazu bereit sind, diskutieren. Nur durch ständiges Infragestellen, ständiges analysieren der Entwicklungen, der Überprüfung der Theorie an der Praxis kommen wir der richtigen Taktik näher, gelingt es uns unsere Erkenntnisse auf immer neuere, bessere Ebenen zu heben, auf dem Weg zur grundlgenden Umwälzung voranzukommen." (5, S.7) So versteht man denn auch „unter anarcho-syndikalistischer Politik auf jeden Fall und immer: die Auseinandersetzung mit allen politischen Strömungen; das Infragestellen der eigenen Positionen; die ständige Analyse der aktuellen Klassenkampfsituation; und aus all diesen Dingen: das Herausarbeiten einer eigenständigen anarcho-syndikalistischen Taktik und Strategie bezogen auf die jeweilige Situation." (5, S. 3) Ich kann an dieser Ansammlung von Banalitäten allerdings nichts spezifisch Anarcho-Syndikalistisches finden (allerdings ist es manchmal schon notwendig, Banalitäten zu betonen — dennoch...): Im Grunde baut jede Politik, die nicht total vernagelt ist, auf diesen Dingen auf. Immerhin ist es angesichts dieser unentwickelten Theorie verständlich, wenn die Genossen ihren eigenen Fähigkeiten nicht so recht trauen und die Möglichkeit offenlassen, daß die „Guerilleros von der RAF (...) vielleicht die richtigere Analyse haben" (1). Wenn man sieht, wie z.B. in den Beiträgen zum KB-Kongreß plump-mechanisch mit „These", „Antithese" und „Synthese" um sich geworfen wird, kann man diesem Mißtrauen nur beipflichten (wobei diese Holzhammer-Dialektik umso peinlicher erscheint, wenn sie vor einem Kongreß einer langjährig arbeitenden kommunistischen Organisation vorgeführt wird).

(Man verstehe mich bitte nicht falsch: ich finde es immer gut und richtig, wenn man mit offenem Geist und weitem Herzen durch die Welt geht, und ich sehe es mit den Hamburger Genossen als einen wesentlichen Mangel der IFAU an, darauf als Organisation weitgehend verzichtet zu haben. Dennoch haben sich die Genossen der OG Hamburg offensichtlich nicht die Mühe gemacht, sich über die Debatten zu informieren, die in der IFAU trotz allem gelaufen sind — auf organisatorischer Ebene (das sind die, die die Kölner NK-Genossen so sehr leid sind) wie auch informell. In diesen Debatten stellten sich durchaus ähnliche Probleme, wie die, die jetzt als vermeintlich neue Produkte der „Hamburger Dialektik" aufgeworfen werden. Die Genossen haben sich offenbar auch nicht die Mühe gemacht, den Industrierundbrief mal wirklich zu lesen oder sich gar daran zu beteiligen, der als Mittel der Selbstverständigung betrieblich arbeitender Genossen durchaus Ansätze und Grundlagen einer fundierten Verarbeitung der heutigen gesellschaftlichen und besonders betrieblichen Wirklichkeit enthält. So befürchte ich, daß die Hamburger OG mit ihrer Festlegung auf einen sehr mechanisch verstandenen dialektischen und historischen Materialismus nur allzuleicht wieder jener ideologischen Beschränktheit verfällt, wie sie die IFAU ebenso wie die frühe ML-Bewegung und die RAF kennzeichnet.)

Der Hang zur Autorität setzt sich bei der Hamburger OG weiter fort in dem bereits angesprochenen Verhältnis zur Außenwelt: einmal zu den „Massen", deren Vertrauen gewonnen werden soll, bei denen es für die „Revolutionäre" darum geht, sich darin „zu verankern und ihnen klarzumachen, daß unser Kampf ihr eigener ist" (5, S. 29). Zum anderen aber auch in dem Verhältnis zu anderen „revolutionären Kräften" oder „revolutionären Gruppierungen" (7), unter die zunächst mal unterschiedslos alles zusammengefaßt wird, was nach Ansicht der Genossen die revolutionäre Veränderung des gegenwärtigen Zustands anstrebt: mit diesen Gruppierungen ist man „solidarisch", will man die „Solidarität aller revolutionären Individuen und Gruppierungen" (8).

(Das versteigt sich zeitweise gar so weit zu sagen, „daß der Feind nicht die dogmatischen, ‚stalinistischen' Genossen sind — selbst dann nicht, wenn sie uns, wie schon so oft in der Geschichte, liquidieren" (1), später abgeschwächt: „Der Hauptfeind ist für uns immer der Imperialismus, und niemals eine andere revolutionäre Gruppierung — selbst dann nicht, wenn ihre Politik auf unsere Liquidierung hiausläuft" (3) — dialektischer Masochismus! An anderer Stelle regt sich dann allerdings doch der Selbsterhaltungstrieb, indem als Lehre aus der Geschichte abgeleitet wird, „daß wir uns von Kommunisten weder in einer revolutionären Situation verheizen lassen noch nach derselben als ‚Banditen' oder ‚Linksabweichler' an die Wand stellen lassen werden" (2).)

Auf der anderen Seite traut man den anderen „revolutionären Kräften" nicht über den Weg, ob sie auch so wollen, wie man selbst: „Als dialektische Synthese könnte sich, sofern es allen Beteiligten tatsächlich um die praktische Umsetzung unserer revolutionären Ziele gehen sollte, eine umfassende proletarische Kampforganisation der sich als antiimperialistisch verstehenden Linken ergeben (8). Und hinter dem Mißtrauen lauert der Knüppel der Ausgrenzung aus dem Club der „Revolutionäre": da sieht man „Verräterische rechtsopportunistische Versöhnlerpropaganda" (1), sieht „in dem Papier (...) einen Beitrag zur Entsolidarisierungskampagne, die in jüngster Zeit u.a. durch das Baum/Mahler Gespräch eine neue Qualität erreicht hat" (5, S.4), faßt einen möglichen Boykott des Ostertreffens als „Sabotage an der FAU und dem Anarchosyndikalismus überhaupt" (5, S.2) auf und droht den Saboteuren damit, „konsequent dagegen anzugehen" (5, S.2), was immer das nun bedeuten mag. (Nebenbei bemerkt tun sich hier durchaus Geistesverwandtschaften zu den Genossen des NK auf, sowohl, was die Sprache, als auch, was die Denkstruktur angeht.) Was Wunder, wenn die vorgeschlagene „Einheitsfront aller revolutionären und antiimperialistischen Kräfte" (7), die „solidarische Auseinandersetzung zwischen allen revolutionären Gruppierungen" (7) in durchaus autoritärer Form konzipiert wird: ein KOPF „in Form einer kontinuierlich erscheinenden Zeitschrift als Forum aller revolutionären Gruppierungen" (8), und auf der anderen Seite eine BASIS in „gemeinsamen Straßen- und Bezirkskampfzellen sowie einer revolutionären Gewerkschaftsopposition, wo die theoretischen Grundsatzpositionen aus der gemeinsamen Zeitschrift von den an der Basis der verschiedenen Organisationen stehenden Genossinnen und Genossen diskutiert und nach Kräften in die Praxis umgesetzt werden" (8). Es schleicht sich damit unter der Hand (?) genau die Struktur ein, die man am NK der IFAU und an der KPD/ML kritisiert: „Dort ist es ja bekanntlich ebenso, daß ‚an der Basis' Meinungen diskutiert werden, und wenn ‚diese Diskussion lange genug geführt worden (ist)', kurzerhand die ‚Dinge klargestellt' werden" (5, S.6). Wer im Glashaus sitzt... Die — mit Verlaub gesagt — stinkige Arroganz, mit der von den Hamburger Genossen zum Teil geurteilt wird, gefällt mir sehr wenig.

Genausowenig halte ich von den Versatzstücken der ML-Rituale in Form fäusteschwingenden Appells: „Heraus zum...", „Vorwärts mit...", „Nieder mit...", „Es lebe...". Überhaupt wirken Sprachgebrauch und -stil vieler dieser Artikel wie ein schlechter Abklatsch der frühen ML-Bewegung. Eine Besonderheit kommt aber durch ein Element hinein, das es in den Anfängen der ML-Bewegung noch nicht gab: „Die für jeden Revolutionär, der sich selbst ernst nehmen will, wichtige Auseinandersetzung mit dem bewaffneten Kampf" (5, S.8). Das ist so, wie es da steht, sicher nicht verkehrt. Es ist sicherlich für jeden Libertären von Bedeutung, eine Position zur Frage der Anwendung von Gewalt zu entwickeln.

(Ich denke, der bewaffnete Kampf wird sich — soll er durch Libertäre durchgeführt oder unterstütz werden — immer an den anfänglich genannten Grundsätzen orientieren müssen. Als Libertäre sind wir uns dabei bewußt, das es immer ein inhumaner Akt ist, Menschen zu töten (und auch Personen, die für dieses System eintreten, sind Menschen — auch wenn man sie „Schweine" nennt, hören sie nicht auf, es zu sein; es ist die Sache der Herrschenden in diesem System, das auf der Gewalt aufbaut, ihren Gegnern das Menschsein abzusprechen — wenn wir uns darauf einlassen, bleiben wir nur in den Grenzen dieses Systems und unsere Aussichten, etwas strukturell Neues, die freie Gesellschaft zu erreichen, wären gleich Null: eine Sorte von Unterdrückern würde durch eine andere ersetzt). Ein zutiefst humanes Ziel, wie jenes, das wir Libertären erstreben, den freiheitlichen Kommunismus, der die bewußte und selbstbestimmte Verwirklichung jedes Individuums in der Gemeinschaft ermöglicht — ein solches Ziel ist nicht mit inhumanen Mitteln zu erreichen. Die Mittel wirken auf die zurück, die sie anwenden, und verändern sie. Wir werden als Libertäre nicht leichtfertig Gewalt anwenden oder für Gewaltanwendung eintreten, sondern nur soweit notwendig in Verteidigung und Eroberung unserer personalen Unversehrtheit und Freiheit. Von daher teile ich das Mißtrauen Malatestas gegen den „sogenannten revolutionären Terror": „Sicher ist jedoch unserer Meinung nach, daß der Terror für die Revolution eine Gefahr und nicht etwa eine Garantie für ihr Gelingen ist. Terror trifft im Allgemeinen die am wenigsten Verantwortlichen; er ruft die schlimmsten Elemente auf den Plan, nämlich diejenigen, die unter dem alten Regime zu Schergen und Henkern geworden wären und nun glücklich sind, daß sie im Namen der Revolution ihren schlechten Trieben und finsteren Interessen freien Lauf lassen können. Und das gilt auch dann, wenn es sich um den Terror des Volkes handelt, der direkt von den Massen gegen ihre Unterdrücker ausgeübt wird. Sollte nämlich der Terror dann von einem Zentrum organisiert und auf Befehl der Regierung mittels Polizei und sogenannten Revolutionsgerichten ausgeübt werden, dann wäre er das sicherste Mittel zur Zerstörung der Revolution und würde nicht so sehr gegen die Reaktionäre als gegen die Freiheitsliebenden eingesetzt werden, die sich den Befehlen der neuen Regierung wiedersetzen und die Interessen der neuen Privilegierten verletzen wird.")

Jedoch aus den Zusammenhängen wird deutlich, daß die OG Hamburg etwas anderes im Auge hat. Wenn gesagt wird: „Auseinandersetzung mit dem bewaffneten Kampf", so meint man damit: die Auseinandersetzung mit den Gruppen in der BRD, die sich selbst „Guerilla" nennen. Und da habe ich gewisse Zweifel, wie weit wirklich die Auseinandersetzung mit diesen Gruppen „für jeden Revolutionär, der sich selbst ernst nehmen will, wichtig" ist — zumal, wenn sie, wie die OG Hamburg sich das wohl vorstellt, verbunden sein soll mit „Solidarität", die nicht „zu karitativem Geseiber" (1) verkommen soll. Dabei wird die Solidarität dann zum Service-Institut, das jedem etwas bietet: der RAF die Solidarität für ihre „Forderung nach Anwendung der Genfer Konvention" (1) (sprich: Anerkennung durch diesen Staat als kriegführende Partei), dem 2. Juni die Unterstützung seiner Forderung nach „Integration in den Normalvollzug" (1). Ich halte nichts von Solidarität, die auf Selbstverleugnung, Zurückstellung der eigenen Auffassungen aufbaut.



Alle Räder stehen still - wenn der schwarze Arm es will

Solidarität setzt voraus, daß man sich gegenseitig ernst nimmt. Das ist der RAF fremd, wie die Hamburger OG ja sehr wohl weiß (siehe 1). Es gibt — nicht erst seit gestern — für die RAF nur die Alternative: entweder man übernimmt bedingungslos ihre Standpunkte, oder man gehört zu den „Schweinen", unter denen es dann noch die nützlichen Idioten gibt, die sich trotzdem für die RAF-Gefangenen einsetzen und die man nach Belieben als Manövriermasse einsetzen kann. Die Standpunkte der RAF zu teilen, dürfte für Libertäre unmöglich sein, wenn sie sich nicht selbst als Libertäre aufgeben. Eine Politik militanter Aktionen, bewaffneter Aktionen, die nicht getragen wird von einer wirklichen Bewegung, mit der sie im dauernden wechselseitigen Austausch steht, wird notwendigerweise zum „Stellvertreterkrieg", zum Kampf für das Volk bestenfalls. Aufgrund der Abschottung der Kämpfenden gegenüber dem, was sich wirklich in der Gesellschaft abspielt, tritt nur allzuleicht eine Verselbständigung der „Guerilla" ein, ihre Aktionen werden zweideutig, benutzbar durch den Staat (die RAF hat sich zweifellos um den Ausbau des Modells Deutschland verdient gemacht: hätte es sie nicht gegeben, hätte der Staat sie erfinden müssen, um das durchzusetzen, was er durchsetzen wollte...). Schließlich endet man als Verdoppelung staatlicher Militärmaschinerie (damit notwendigerweise „Verrat" produzierend) mit egozentrisch verzerrter Sicht der Wirklichkeit beim Terror gegen das Volk, bis hin zum Söldnertum. All dies ist von deutschen „Guerilleros" durchexerziert worden. Wo hier eine sinnvolle Auseinandersetzung möglich sein soll, ist mir nicht sehr einsichtig.

Es zeigt sich hier, wie problematisch es ist, alle möglichen Richtungen unter dem Etikett „revolutionär" zusammenzufassen, da sie angeblich „dasselbe Ziel, nämlich die Weltrevolution und die Errichtung einer kommunistischen Gesellschaft" (3) hätten: eine Gemeinsamkeit der Ziele zwischen autoritären Kommunisten und Libertären reicht bestenfalls bis zur Beseitigung des Kapitalismus — darüber hinaus kommt die grundlegende Trennung darüber, ob der Kommunismus autoritär oder libertär sein soll. Eine Unterscheidung, die den Genossen der OG Hamburg aufgrund ihrer Neigung zum autoritären Kommunismus offenbar nur wenig bewußt ist. Darüberhinaus offenbart es eine sehr bedenkliche Übernahme inhumaner Züge des RAF-Weltbildes, wenn man schlichte menschliche Solidarität der Unterdrückten als „karitatives Geseiber" (1) diffamiert.

Soweit zu dem, was ich als den weltanschaulichen Hintergrund aus den meisten Artikeln der Hamburger Gruppe entnehme.

Sehr aus dem Rahmen fallend und damit gesondert erwähnenswert erscheint mir der Artikel von Nikodemus (10). Der Verzicht auf die handliche Formel zur Erklärung der Welt ist angesichts des in den anderen Artikeln beschworenen Bekenntnisse zum dialektischen und historischen Materialismus sehr beachtlich. Fragwürdig erscheint mir in dem Artikel die Formunlierung, daß „wir uns dem Proletariat als Partner andienen". Das liegt auf der Linie der Vorstellung, von der wir seinerzeits bei Gründung der IFAU ausgingen: sozusagen der Aufbau einer Organisation „auf Vorrat", die man der Arbeiterklasse zur Verfügung stellt, die dann bei passender Gelegenheit massenhaft hereinströmen würde. Die Entwicklung der IFAU bis heute läßt aber meines Erachtens den Schluß zu, daß eine solche Organisation notwendigerweise eine Eigendynamik entwickelt, die letzlich zur Aufgabe der ursprünglichen Zielsetzung führt, die dann nurmehr als ideologischer Kitt den „Korpsgeist" sichert. Aus dem partnerschaftlichen Andienen wird die avantgardistische Führung, real im Innern der Organisation, vom Anspruch her auch nach aussen hin. So erscheint es heute näherliegend anzunehmen, daß ein künftige (wie auch immer aussehende) anarcho-syndikalistische Organisation als eine Form der Selbstorganisation der Klasse kaum die direkte Fortsetzung eines heute bereits bestehenden Organisationsansatzes sein kann. — Wichtig erscheint mir die ausführliche Beschreibung der Zersplitterung aller Lebensbereiche in dieser Gesellschaft (eine Argumentation, die



Schöne Grüße an den Robert in Hamburg, Ulrike

so ausgeformt in keinem der anderen Artikel, die ich kenne, auftaucht). Jedoch erscheint sie mir noch nicht so ganz folgerichtig zu Ende gedacht: Die Aufsplitterung der Lebensbereiche führt gleichfalls zu einer Aufsplitterung und bereichsweisen Beschränkung des Widerstandes. Dem entspricht z.B. der Widerstandstyp des „Feierabendrevolutionärs", der seine acht Stunden in der Firma runterreißt und die Schauze hält, und nach der Arbeit in der Anti-AKW-BI radikal wird. Widerstand ist aber, solange er nicht umfassend das herrschende System infragestellt, integrierbar (was Nikodemus am Beispiel der Alternativen gut nachweist, und die Ökologie-Bewegung beweist das einmal mehr). So wir emanzipative revolutionäre Politik sicherlich auf eine Neu-Zusammenfügung der verschiedenen Bereiche aus sein müssen (in der Perspektive: Wiederherstellung des Menschen als Ganzheit), d.h. in der Tat alle Lebensbereiche umfassen und zusammenfassen müssen. Dem entspräche als libertärer Organisationstyp die globale Organisation, die die Selbstorganisation der verschiedenen Bereiche zusammenbringt (Betrieb, Stadtteil, Ökologie, Frauen, Jugend usw.). Wir haben vor zwei Jahren in der IFAU die Möglichkeit diskutiert, die IFAU als globale Organisation umzukonzipieren. Dies wurde, soweit es um eine Neuformulierung des Selbstverständnisses ging, damals abgewiesen. Faktisch jedoch funktionierte die IFAU an den meisten Orten und insgesamt eher wie ein Ansatz einer globalen Organisation als wie eine gewerkschaftliche Initiative, was sie zu sein beansprucht. Dabei hat sich allerdings gezeigt, daß eben dieser beschworene „Schwerpunkt Betriebsarbeit" zunehmend mehr in den Hintergrund trat. Aufgrunddessen sind diejenigen, die das „Betriebsarbeiter-Papier" mit tragen, heute zu dem Ergebnis gekommen, daß als Voraussetzung für eine globale Organisation in etwa gleichgewichtige Bewegungen in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen bestehen müssen, widrigenfalls notwendig ein Übergewicht bestimmter Bereiche zuungunsten anderer eintritt. Von daher haben wir angesichts der heutigen Situation in der BRD dafür plädiert, zunächst betriebliche und außerbetriebliche Aktivitäten zu trennen zugunsten jeweils weitmöglichst offener Zusammenhänge. Ich glaube aber, daß weder dieser Vorschlag noch die Konzeption einer globalen Organisation sich mit dem deckt, was die Hamburger OG sich dazu vorstellt.

Damit komme ich (endlich!) zur praktischen Seite der Politik der Hamburger OG. Dazu fällt mir vergleichsweise weniger ein. Ich sehe da viel Qualm und wenig Feuer. Es wimmelt nur so von „revolutionär" und „solidarisch". Die Praxis, soweit für mich ersichtlich, erscheint demgegenüber bescheidener. Was ist unter heutigen Bedingungen Revolutionäres an der Verteilung von Flugblättern, der Abhaltung von Veranstaltungen und der Beteiligung an Demonstrationen? Speziell dann, wenn es nicht einmal eine revolutionäre Bewegung in der Gesellschaft gibt? Es wird nicht recht deutlich, was die OG Hamburg zu dieser Frage denkt (mit der, nebenbei gesagt, auch schon die Weimarer KPD nicht fertiggeworden ist).

Sicherlich gehört der Vorschlag der Einheitsfront in diese Problematik mit hinein. Solange es sich um eine Einheitsfront im Sinne von Bündnis verschiedener unabhängiger Organisationen zur Abwehr gemeinsamer Bedrohung mit genau festgelegter Zielsetzung handelt, ist das sicherlich diskutierenswert. Wieweit es sinnvoll und durchführbar ist, weiß ich nicht, aber es könnte der Mühe wert sein, es auszuprobieren. Ebenso kann ein gemeinsames theoretisches Organ der Linken durchaus sinnvoll sein, vorausgesetzt, es schreiben nicht nur die Chef-Strategen darin, und die Genossen von der Basis haben es zu diskutieren und nach Kräften in die Praxis umzusetzen (wenn es so aussähe, wäre es nichts anderes als eine Neuauflage dessen, was in den K-Gruppen jahrelang gemacht worden ist und wo die Genossen gerade dabei sind, von herunterzukommen und zu lernen, selber zu denken). Nicht unproblematisch finde ich aber die freizeitpolitischen Bestrebungen zur „Antizipation der Utopie" (8). Allzuleicht läuft das auf einen komfortablen Ausbau des linken Ghettos hinaus, dessen verhängnisvolle Folgen man z.B. am Niedergang der Frankfurter Sponti-Scene sehen kann, wo es heute möglich ist, sein ganzes Leben in der scene zuzubringen, ohne jemals näher mit normalen Leuten zu tun zu haben.

Mir scheint aber, daß man zum Teil die Einheitfront nicht nur als Ansatz zu einer „Bewegung der Vielheit mit gemeinsamer Stoßrichtung" (10) sieht, sondern sie ausbauen will zur „alles umfassenden proletarischen Kampforganisation der sich als antiimperialistisch verstehenden Linken" (8). Da setzen meine Bedenken ein. Erstens kann ich mir nur schwer vorstellen, wie Libertäre in einer einheitlichen Organisation, die zudem noch „ideologisch klar" (9) sein soll, gemeinsam mit Autoritären sinnvoll, d.h. ohne sich selbst als Libertäre auzugeben, arbeiten können. Zweitens sehe ich bei den gegenwärtigen gesellschaftlichen Bedingungen und dem Zustand der Linken in der BRD einfach keine Voraussetzungen für eine solche Organisation. Eine „proletarische Kampforganisation" setzt mindestens eine proletarische Bewegung voraus, mit mindestens einer Minderheit, die sich eine solche Organisation gibt. Beides ist heute nicht gegeben (denn die Linke als „proletarisch" zu bezeichnen, fände ich doch sehr gewagt). So halte ich denn auch die Statements zum Betriebsbereich für reichlich unrealistisch, Ausdruck der offensichtlichen mangelnden Erfahrung der Verfasser in dieser Hinsicht. Es ist schlicht gesagt dummes Zeug, heute von einem „machtvollen Zusammenschluß aller revolutionären Kräfte" (8) im betrieblichen Bereich zu reden. Die betriebliche Linke in der BRD backt heute — von ganz vereinzelten Ausnahmen abgesehen — sehr kleine Brötchen, weil die betrieblichen Verhältnisse nicht mehr zulassen; zudem sind sie wenige und die Addition zweier Nullen macht nicht mehr draus.

Umso wichtiger ist es trotzdem, ganz konkret und praktisch und ohne „revolutionäre" Phrasen, hier Verbindungen zu schaffen, sie auszubauen, Diskussion anzuregen — als Vorbereitung auf die Bewegungen, die kommen werden.

Es gäbe dazu sicher noch einiges zu schreiben, aber mir geht die Zeit aus. So erhoffe ich mir eine realistische und solidarische Diskussion.

2.4.1980
Thomas

BENUTZTE ARTIKEL

(1) Einschätzung der FAU des Baum-Mahler-Gesprächs
(2) Auf Schleichwegen in Richtung Anarchie oder Kommunisten auf dem Weg zur kleinbürgerlichen linksutopistischen Fehlströmung
(3) Kommentar der Freien Arbeiter-Union Hamburg (zum GAS-Artikel)
(4) Stellungnahme der OG Hamburg (im IFAU-Rundbrief v. 2.3.80)
(5) Kongreßpapiere der OG HH (standen mir leider nicht vollständig zur Verfügung; ich erhielt nur aus zweiter Hand Kopien von Teilen daraus)
(6) Positionspapier der Hamburger Initiative für eine FAU
(7) Grußwort zum KB-Kongreß
(8) 2. Redebeitrag zum KB-Kongreß
(9) Wortbeitrag der FAU Hamburg gelegentlich des Autonomen-Treffens am 22.12.79
(10) Die Welt aus unserer Sicht — Freie Arbeiter-Union/Initiative zur Schaffung einer proletarischen Klassenkampforganisation, Sektion Hamburg

Nachtrag nach dem Ostertreffen/ dem Osterkongreß

Zunächst gab es einigen formalen Hickhack (der mich vergleichsweise wenig interessierte) zwischen den Hamburgern und ihren „Anhängern" sowie den Vertretern des NKs: ob das Treffen nun ein statutengemäß zustandegekommener Sonderkongreß der IFAU sei oder nicht, aufgehängt an solchen Fragen wie, ab wann eine OG eine OG sei und wie das mit der Beitragszahlung stehe. Nicht ungeschickt wurde dabei von den Hamburgern herausgearbeitet, daß die formale und enge Interpretation der Beschlüsse durch das NK nicht durch die bisherige Praxis gedeckt sei (da z.B. Melle bislang faktisch als OG behandelt wurde und man auch die Frage der Beiträge vergleichsweise locker sah) und im Kern eine politische Auseinandersetzung verberge; diese blieb allerdings in den Ansätzen stecken. Die Vertreter des NKs mach-

ten sich rar und spielten auf Zeit, was ihnen nur zum Teil gelang. Die anwesenden Vertreter von Gruppen (Hamburg, Bielefeld, Bremen; mit Einschränkungen Melle) erklärten das Treffen zum satzungsmäßigen außerordentlichen Kongreß der IFAU, der dann regulär seine Geschäfte aufnahm: Gruppenberichte, Neuaufnahme von Gruppen: trotz der vorgezeigten Treuherzigkeit der Hamburger wirkte dies sehr wie ein Taschenspielertrick — Aufteilung der hamburger Gruppe in die FAU Hamburg und die FAU Altona, OG Limburg, OG Münster (die nur per Mandat vertreten war). So konnte man denn, gestützt auf die Fiktion einer soliden Repräsentativität, die Sachen durchziehen, die anlagen:

* Abfassung einer Plattform der Abgrenzung zur „Mehrheit(?)" (Antrag an den Kongreß) der IFAU-OGen, enthaltend die Komplexe:
  - dialektische Methode
  - Imperialismus-Theorie
  - Aktionseinheiten
  - Betriebsarbeit, Sozialer Kampf
  - Gewaltfrage, bewaffneter Kampf
* „Amtsenthebung" des NKs
* Selbstaufläsung der Initiative Freie Arbeiter-Union
* Anschließende Neugründung der Freien Arbeiter-Union und Sicherstellung der notwendigen Maßnahmen bis zum 1. ordentlichen Kongreß der FAU, der im Herbst sein soll: Benennung eines dreiköpfigen NKs (nachdem zunächst vorgeschlagen war, jeden der sechs Arbeitsbereiche: Knast, Antirepression; Frauen; Intellektuelle; Betrieb; „Scene", Aktionseinheiten; Ökologie — im NK vertreten sein zu lassen, kam man dann überein, daß es zunächst sinnvoller sei, das NK auf drei Leute ohne festen Funktionsbereich mit Unterstätzung der gesamten OG zu begrenzen); Planung einer Zeitung namens „Direkte Aktion" sowie eines theoretischen Organs, das entweder „Befreiung" oder — wie schon die zu diesem Treffen herausgegebene Broschüre — „Chaos jetzt" heißen soll; Festlegung der Beitragsmodalitäten usw.

Damit haben die Hamburger ein wichtiges Ziel ihrer „Unterwanderstrategie" erreicht (ich habe mir mittlerweile von verschiedenen Stellen glaubwürdig erzählen lassen, daß schon zur Zeit des Gorleben-Zeltlagers im letzten Herbst offen davon geredet wurde, die IFAU zu unterwandern): angesichts der Impotenz der IFAU und des NKs im besonderen haben sie fast kampflos den Namen „Freie-Arbeiter-Union" belegt ebenso wie den Begriff „Anarcho-Syndikalismus", zudem haben sie über die mindestens einstweilige Fortführung der Mitgliedschaft in der IAA den gewünschten internationalen Zusammenhang. Daß das schneller ging, als meinem Eindruck nach selbst die Hamburger Genossen erwartet hatten (die Gründung der FAU war ganz offensichtlich nicht vorbereitet, und wirkte dilletantisch; das wird sich aber sicherlich innerhalb der nächsten paar Wochen ändern), tut der Sache keinen Abbruch: sie werden sicherlich innerhalb der deutschen „Scene" relativ schnell weitere Zugänge zu verzeichnen haben; die FAU quasi als Auffangstellung für die desorientierte Scene, und besonders ihre nicht festgelegten aktionistisch-militanten Teile. Schwerer wird es allerdings werden, daraus eine einigermaßen verbindlich arbeitende Organisation zu machen: die hamburger Praxis ist schwer woandershin zu übertragen, da sie eine einigermaßen ausgedehnte „linke Subkultur" voraussetzt (sonst ist es z.B. sehr unrealistisch, „Straßenkampfzellen" aufbauen zu wollen); mir fallen an Orten, die vielleicht diese Voraussetzung bieten, auf Anhieb nur Berlin, Frankfurt und München ein. Erschwerend kommt hinzu, daß die Inhalte der hamburger Politik bis jetzt nicht unbedingt dazu geeignet sind, irgendjemanden (geschweige denn eine versumpfte „Scene", die wenig mehr interessiert als ihr eigenes relatives Wohlbefinden, wie etwa die Frankfurter) vo m Hocker zu reißen. Es gibt zwar Genossen dabei, die viel über Marxens Ansichten zur „asiatischen Produktionsweise" zu sagen wissen — jedoch in Richtung auf die notwendige Aktualisierung des Anarcho-Syndikalismus und der libertären Weltanschauung auf die gegenwärtigen Gesellchaftlichen Verhältnisse hin (und das betrifft immer die Linke — da die Linke nur Sinn hat in einem größeren Zusammenhang, wo sie eben links ist, und nicht als abgeschottete Mini-Gesellschaft, Ghetto) sehe ich bislang keine Ansätze. Man verfährt eher nach dem Motto: „In leeren Köpfen finden Phrasen stärkeren Widerhall." (Zarko Petan) So haben Aussagen wie: man sei „nicht bereit, auf große Bevölkerungsteile zu verzichten" (R.), wie z.B. noch nicht arbeitende Jugendliche (Jugendbanden), Hausfrauen/-männer und den Dienstleistungssektor, eher den Charakter einer Rechtfertigungsideologie (in der IFAU entspricht dem der Funktion nach der von einigen Leuten gern vorgebrachte Hinweis auf die kommenden „Krisen der 80er Jahre", für die man IFAU brauche), als daß sie einen theoretischen oder praktischen Ansatz der Neubestimmung revolutionärer oder gar anarcho-syndikalistischer Politik in der heutigen BRD zum Ausdruck brächten. So resultiert denn auch die Betrachtung der Arbeitswelt im wesentlichen auch aus einem außerhalb liegenden Standpunkt; ich fand keinen Ansatzpunkt, mich sinnvoll in diese Diskussion einzuklinken. Ausdrücklich ausgenommen sei hier allerdings die Massenarbeiter-Position aus Bielefeld (die allerdings nur Minderheitsposition in der neuen FAU ist): sie verfällt allerdings meinesachtens in den Fehler; italienische Verhältnisse und Debatten aus der Zeit bis etwa 1973/4 ungebrochen auf die heutige BRD zu übertragen; weder berücksichtigt sie die Unterschiede in der Struktur des italienischen und des deutschen Kapitalismus, noch macht sie bislang deutlich, wie sich die operaistische Analyse hier und heute in autonome Klassenpolitik umsetzen läßt (unter autonom fasse ich: Selbstbestimmt und organisiert; sich am unorganisierten, informellen Widerstand hochzuziehen, halte ich für unnütz: den gibt es nämlich immer, hat es ja auch im III. Reich gegeben; das Problem liegt gerade darin, wie man diesen Widerstand zu bewußter und weiterreichender Aktivität weiterentwickeln kann).

An dem, was ich vor dem Ostertreffen über die hamburger Gruppe geschrieben habe, habe ich wenig zurückzunehmen oder zu ändern. Vielleicht, daß der von mir konstantierte „ML-Look" teilweise eher als ironische Pose verstanden werden will (einer der hamburger Genossen zeigte sich sehr erstaunt darüber, daß ich das alles ernst näme; aber bei der Häufung, in der diese Sachen auftreten, lag der Schluß nahe, daß das ernstgemeint sei, zumal es in einem der hamburger Papiere heißt, man könne nicht zehnmal über den gleichen Witz lachen; zudem halte ich es für einen guten Grundsatz in politischen Auseinandersetzungen, das, was man äußert, auch zu meinen ebenso wie, andere Leute ernstzunehmen — sonst kann nämlich von ernsthafter Auseinandersetzung keine Rede sein.....). Nachdrücklich unterstreiche möchte ich aber das, was ich über die Frage der Gewaltanwendung geschrieben habe (auch wenn die Position offensiver Anwendung von Gewalt in der Gruppe nicht unumstritten ist): die Inhumanität beginnt in der Sprache, die - leichtfertig angewand - allzuleicht ein Eigenleben gewinnt, sich verselbständigt („verdinglicht") und sich also ideologischer Vorhang zwischen die Menschen und die Wirklichkeit schiebt, so daß man schließlich die Fiktionen des eigenen (naturgemäß von der Inhumanität dieser Gesellschaft geformten) Hirns für die Wirklichkeit hält.

Fazit: für die Anarcho-Syndikalisten wie für die betriebliche Linke in der BRD ist von der neuen FAU einstweilen wenig zu erwarten. Man wird sicherlich ihre Entwicklung mit Interesse verfolgen und sich mit ihr auseinandersetzen, wo es notwendig und sinnvoll erscheint. Unsere Aufgaben jedoch stehen weiterhin erst zur Lösung an.

11.4.1980

Thomas



DIE MESSE MUSS FLEXIBLER WERDEN

Zur diesjährigen Frühjahrstagung der Arbeitsgemeinschaft alternativer Verlage/ AGAV Mitte März in Frankfurt, erschienen rund 40 der insgesamt 100 Mitglieder. Das alljährliche Treffen garantiert neben der Gegenbuchmesse eine regelmäßige Kontaktaufnahme und dient der Konzeptsplanung für die Arbeit.

Positives Ereignis der Tagung: der inhaftierte Autor Werner Schlegel erhielt Urlaub und hatte zum ersten Mal die Gelegenheit, erstens überhaupt rauszukommen (nach 5 Jahren zum ersten mal) und zweitens aktiv an der Arbeit der AGAV teilzunehmen. Nachdem bisher aufgrund der Häftlingsüberwachung jeder Urlaubsantrag abgelehnt worden war (auch zur Gegenbuchmesse, trotz Sozialbürgschaften), scheint sich im Zuge der Hafterleichterung die Möglichkeit Werners, befristeten Ausgang zu bekommen, verbessert zu haben....

Zu den Arbeitsgruppen:
KNAST: die Betreuung von Autorinnen und Autoren im Knast gehört mit zu den wichtigsten Aufgaben der AGAV. Personelle Schwierigkeiten,die sich aus der Zahl der zu betreuenden Kollegen und der mangelnden Arbeitskapazität der Aktiven ergeben hatten, wurden durch Individualbetreuungen, bzw. Patenschaften gelöst. Außerdem wird die AGAV ihre bisherige Arbeit in punkto Knast fortsetzen: finanzielle Unterstützung, Befürwortung von 2/3-Anträgen, Organisation von Knastlesungen (zu denen die Autoren möglichst rausgeholt werden) etc.
Zudem wird es in einiger Zeit eine von der AGAV organisatorisch mitgetragene Knastzeitung von drinnen für draußen und von draußen für drinnen geben. (Kontakt: Peter Feraru. Seidelstr. 39. 1000 Berlin 27)

KULTURKOMMISSION: Die „Kuko" wird ihre Initiative „Wort gegen rechts" in der nächsten Zeit fortsetzen. Nachdem die letzte Gegenbuchmesse unter diesem Motto stand, wird es in diesem Jahr eine noch engere Zusammenarbeit mit „Rock gegen rechts" geben.
.... Außerdem wird die kuko die nächste Gegenbuchmesse inhaltlich vorbereiten und eine Diskussion mit dem Börsenverein über die Teilnahme von Nazi-Verlagen an der Buchmesse führen.

AUTORENARBEIT: Die AGAV-Autorenbetreuung wird dezentralisiert. Neben der allgemeinen Arbeit über die Zentrale (Beratung, sowie im beschränkten Umfang Lektorat und Manuskriptvermittlung), entstehen örtliche Gruppen, getragen von AGAV-Mitgliedern in den jeweiligen Städten. Diese Gruppen stehen nicht nur Mitgliedsverlagen und -autoren zur Verfügung. Initiativen dieser Art gibt es bereits in Berlin, Frankfurt, München und Stuttgart.

VERTRIEB: Nachdem der Plan für einen AGAV-Vertrieb bereits seit Gründung der AG auf dem Tisch ist, unverdaut zwar, aber mit konstanter Penetranz, scheint es jetzt erste Möglichkeiten zu seiner Verwirklichung zu geben. Die Stadtkooperative Wuppertal hat sich bereit erklärt, einen vorsichtigen Beginn zu wagen. Sie wird in der nächsten Zeit ein Konzept ausarbeiten.

GEGENBUCHMESSE: Der Veranstaltungsort der Messe steht noch nicht fest. Da sich das Haus der Jugend als zu klein erwiesen hat, sind wir z.Zt. in Verhandlungen über die alte Mensa der Frankfurter Uni. Eine Entscheidung ist bisher jedoch noch nicht gefallen. Unabhängig vom Ort jedoch wurde beschlossen, die Standaufteilung flexibler zu gestalten. Ziel des Ganzen ist, die Messe wieder kommunikationsfreundlicher zu gestalten. nachdem sich im letzten Jahr herausgestellt hatte, daß die Messekonzeption zu genau dem führte, was wir nicht wollen: Publikumsstrom, Konsumverhalten und kaum Kontakt zwischen Publikum und Ausstellern.
Die diesjährige Gegenbuchmesse findet vom 7. bis 12. Oktober statt.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die Tagung positive Ansätze und mehr Bereitschaft zum Engagement gebracht hat. Die AGAV, die in diesem Jahr ihr fünfjähriges Bestehen feiert, aber erst mit der 77er Gegenbuchmesse ins Licht der breiteren Öffentlichkeit gerückt ist, muß ständig weiter ausgebaut werden. Es zeigt sich jedoch, daß von Jahr zu Jahr Fortschritte erzielt werden, die uns als koordinierende Arbeitsgemeinschaft innerhalb der Alternativpresse einen festen Platz verschaffen. Die ständig wachsende Zahl der Anfragen, Kontaktaufnahmen, Beitritte und auch die Resonanz der Presse zeigen, daß unsere Arbeit innerhalb der linken und alternativen Szene notwendig ist und auf große Resonanz stößt.

Kontakt:
Cornelius Retting
AGAV
Postfach 656
7000 Stuttgart 1

Tel.: 0711/284141

Buchbesprechung

„Die Geschichte der alternativen Projekte von 1800 - 1975" Autorenkollektiv, Guhlverlag Berlin 1980, Hgs.: Jan Peters

Wer Lust aufs Reisen hat und dennoch die nötige innere Ruhe besitzt für einige Stunden auf dem Fleck sitzen oder liegenzubleiben, der sollte das Angebot dieses Buches wahrnehmen und sich auf eine Exkursion in die Vergangenheit einlassen.

In Zeiten mangelnden Geschichtsbewußtseins und entsprechender Desorientierung der eigenen gesellschaftlichen Lage führt einen der Text zu Beginn in die Welt der utopischen Frühsozialisation der 20iger Jahre des 19. Jahrhunderts. Es wird einem Eintritt in die sozialistische Kolonie New Harmony Robert Owens, in die feudalen Wandelgänge und Weinkeller der FourierschenPhalanxen oder bei den Perfektionisten der Oneidakommune gewährt, denen mit der genialen Idee der Produktion eines Eßbestecks für Kommunarden der Durchbruch auf den Weltmarkt gelungen ist, wodurch sie steinreich wurden und sich von da ab nur noch den angenehmen Seiten des Lebens widmeten. Böse Zungen behaupten übrigens bis zum heutigen Tage, daß Otto Mühl nur ein schlechtes Plagiat des Initiators dieser Gruppe J.H. Noyes sei. Nun, diese Gerüchte sind vorläufig noch unwichtig. Das Tempo der Reise ist schnell. Wir befinden uns inzwischen in der Zeit nach dem 1. Weltkrieg in den USA und lassen uns von der parallel in Deutschland aufkommenden Jugendbewegung und der blühenden nachwilhelminischen Subkultur einstweilen nicht ablenken (dieser Teil wird an späterer Stelle behandelt) und beobachten die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise. Die Lebensbedingungen sind extrem hart. Hunderttausende Menschen sind auf Grund der Machenschaften der Wallstreetmafia arbeitslos und vegetieren in Wellblechhütten, in sog. Hooverdörfern, am Rande der großen Städte in Dreck, Schlamm und Kälte. In den avantgardistischen zukunftsweisenden Projekten der Sozialisten sehen die meisten von ihnen keine adäquate Überlebenschance. Es entstehen neue Formen der Selbstorganisation. Arbeitslosenselbsthilfen (ASH), Tauschbörsen, Kooperativen und Assoziationen mit zehntausenden von Mitgliedern. Diese sog. COOP-Bewegung hat als Gegenpol die Aktivitäten der militanten Wanderarbeiter, der Hobos, der Wobblies, den Flying Squadrons, die als Antwort auf die einsetzende tayloristische Rationalisierungswelle Streiks, Sabotage und Absentismus als die geeigneten Gegenmittel ansahen. „Soviel wie möglich Lohn für sowenig wie möglich Arbeit" und „Brot und Rosen". Tendenziell erleben diese Vorgänge z. Zt. in den großen Automobilkonzernen ihre Wiedergeburt und in abgewandelter Form sind sie als Spurenelemente bei den Bewegungen der Frauen, der Schwarzen, der Drop-outs und Hippies der 60iger Jahre wiederzufinden. Während sich die US-high society schon beinahe auf dem Abflug in die Umlaufbahn befindet, um diesen verrotteten Planeten endlich hinter sich zu lassen(die NASA arbeitet seit Jahren an Modellen autonomer Weltraumstationen, die etwa 10000 Menschen für unbegrenzte Zeit Platz und Überlebensmöglichkeiten bieten) gibt es immer noch einen Haufen hoffnungsvoller Aktivisten, die sich innerhalb ihrer befreiten Gebiete tummeln. Darunter einige hundert food-coops, diggershops, free clinics und free stores mit tausenden von Mitgliedern. Tausende kleinerer Landkommunen mit eigenen Vorstellungen über Herrschaftslosigkeit, über autonome und dezentrale Versorgungsstrukturen. Die Twin Oaks Community mit weltweitem Export ihrer selbstproduzierten Hängematten. Die Spiritualisten der Farm mit ihrem Guru Steven Gaskin. Die Ökoanarchisten, die dem düsteren Bild der amerikanischen Betonwüsten den Kampf angesagt haben und nach der Sprengung des Asphalts des "down-town-farming"beginnen, Kollektoren und Biogasanlagen zur Deckung des eigenen Energiebedarfs zu bauen, Umweltfestivals organisieren, die subsistenzdeckende Ökonomie wiederentdecken,die Fischfarm im Keller zur Deckung des Eiweißbedarfs, die Gartendstadt, die Laubenkolonien...

Nanu, wo bin ich? Immer noch in einem sachlichen Fachbuch? Habe ich beim Lesen womöglich in Raum und Zeit die Orientierung verloren!? Verlassen wir bloß schnell diese Scene und fahren zurück nach Hause. Raus aus den USA und gleich links um die Ecke ins wilhelminische Deutschland. Die 48er Revolution ist gerade gescheitert, die Sozialisten und Anarchisten liegen abgekämpft in der Gegend rum und machen sich Gedanken. Das Kapital ist auf dem Vormarsch, Industrialisierung und Urbanisierung führen zur Verslummung der Städte. Berlin wird zur größten Mietskasernenstadt der Welt, mit engen lichtlosen achtfachen Hinterhöfen.



Es ist lange her: ein glückliches Kollektiv , das gerade den Russel
ID, Liberation und eine Menge anderer Leute. Von dem Bild sti

Aus seinem liberalen Bildungsbürgertum entwickelt sich aus dem Bewußtsein der dringenden Notwendigkeit sozialer Verbesserungen eine Reformbewegung, ein 3. Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus, deren emanzipatorischer Impetus die Verwirklichung der persönlichen Freiheit des sozial-, kultur- und lebensreformerisch Denkenden ist. Der Ruf nach Licht, Luft und Sonne wird laut, die Parole heißt „Hinaus aufs Land". Es entsteht die Siedlungsbewegung, die mit vielfältigen anderen Gruppierungen verflochten ist. Es existieren die Vege-

tarier, Nudisten, Kleiderreformer, Theosophen, Anthroposophen, Großstadtboheme und Subkultur schlechthin, Okkultisten und Weltverbesserer aller Art, bis hin zu der Freilandbewegung und den Wandervögeln. Berlin wird zum Magnetfeld, das sein Pendant in Ascona, dem „Bermudadreieck des Geistes" am Monte Verita findet. In der Berliner Uhlandstraße befinden sich unter den Mitbegründern einer auf Christentum und Sozialismus basierenden Wohngemeinschaft u.a. Gustav Landauer, Erich



ll-ID Ostern 1978 fertiggestellt hat - Druckladen, Pflasterstrand, mmt heute fast gar nichts mehr.

Mühsam und der Maler Fidus (Hugo Höppner), ein Schüler des Münchner Naturapostels Karl Wilhelm Dieffenbach. Es wird die Freie Volksbühne ins Leben gerufen und unter den ersten Dozenten der Freien Hochschule befindet sich Rudolf Steiner. Maler und Literaten wie Wedekind, Morgenstern, Peter Hille, Heinrich und Julius Hart, Max Nettlau, Paul Scheerbart, Hermann Hesse, Emil Szittya und am Anfang der Bewegung auch Gerhard Hauptmann u.v.a.m. tauchen auf und ab, treffen sich in Clubs und Zirkeln. Viele von ihnen begegnen sich auf der Suche nach einer neuen Identität von Natur, Ich und Gesellschaft in Ascona wieder. Mit dem Ausbruch des Krieges wird vielen reformerischen Aktivitäten ein Ende gesetzt. Nach 1918 ist die Situation der lebensreformerischen „Alternativ"–Bewegung von einem Abdriften nach rechts gekennzeichnet und zwar weniger in der Form einer politischen Willenserklärung, als vielmehr im Sinne einer deutsch-völkischen Weltanschauung.

Mit dem Beginn der Weltwirtschaftskrise in Deutschland und dem einsetzenden Chaos waren die Zeichen für die endgültige Machtübernahme durch die Faschisten gesetzt und der endgültige Zusammenbruch der Lebensreform war damit erreicht.

Die Reise geht weiter, und zwar in den kurzen Sommer der Anarchie, in die revolutionäre Bürgerkriegssituation in Spanien ab 1936. Um den dortigen faschistischen Angriffen gewachsen zu sein, ist die Veränderung der alten Produktions- und Lebensformen oftmals überhaupt nicht zu umgehen. Es werden unter anarchistisch-syndikalistischen Vorzeichen Landwirtschafts-, Produktions- und Verteilungskollektive gegründet. Der Familienlohn wird eingeführt, das Geld wird radikal abgeschafft oder durch eigene Lokalwährungen ersetzt und von den öffentlichen Verkehrsmitteln, über das Friseurgewerbe bis hin zu dem Schuhputzergewerbe wird alles kollektiviert. Gaston Leval schätzt, daß 1937 rund drei Millionen Menschen allein in landwirtschaftlichen Kollektiven lebten. Nicht mehr der Staat sollte die Wirtschaft lenken, sondern das Syndikat, die Genossenschaften und die Gemeinden.

Durch die Offensive der Faschisten um 1937, aber auch durch Angriffe aus dem linken Lager von Seiten stalinistischer Führer (Pasionaria) und kommunistischer Militäreinheiten wird der Zusammenbruch dieser revolutionären Kollektive eingeleitet.

Soweit ein winziger Einblick in den Text, der noch wesentlich mehr an Ausblicksmöglichkeiten bietet. Immerhin wird von dem Autorenkollektiv versucht, die sozialrevolutionären, kulturellen und emanzipatorischen Utopien der letzten 200 Jahre an Hand konkreter Beispiele aufzuarbeiten und sie in einen aktuelle Kontext zu stellen.

Um nur eine Parallele aufzuzeigen: in der BRD gibt es im Augenblick massenhaft Modellversuche, die in der Tradition der autonomen Arbeitslosenselbsthilfe stehen, wie die ASH-Bonames, den SSK in Köln, selbstorganisierte KFZ-Werlstätten (SSB in Berlin), unabhängige Lehrwerkstätten (Glocksee, Kornstr. in Hannover). Parallelen von heutigen Projekten z.B. zur Coop-Bewegung, in der die Leute aus ihrer materiallen Not heraus begannen sich selbst zu organisieren, LKWs anzuschaffen und den Lebensmittelaustausch zwischen Stadt/Land selbst in die Hand zu nehmen, sind offensichtlich. Wer das alles sieht, aber nicht in der Lage ist, diese Bewegungen einzordnen, womöglich noch in einem solchen Projekt arbeitet (der SPIEGEL behauptete vor ca. 1 Jahren, daß alleine in Berlin etwa 100.000 Menschen in diesen alternativen Lebens- und Arbeitsbereichen mitdrinsteckten) und sich seiner geschichtsträchtigen Lage nicht bewußt ist, der wird bereits gemachte Fehler wiederholen und sich blind im Zick-Zack vorwärtsbewegen. Wer nichts von der Siedlungspolitik der Nazis und der Integration der Jugendbewegung in den Faschismus gehört hat, der sollte vorsichtig sein, wenn er auf der heutigen „Ab aufs Land Bewegung abfährt........

Lutz Jung

Was man alles in ein und demselben Buch sehen kann!
Jemand, der sich über das Buch geärgert hat, schreibt auf der nächsten Seite einen Verriß.

Eine Buchkritik

„Draußen vom Walde komm ich her" oder (An)Näherungsversuche an Alternativen

Das Buch „Die Geschichte alternativer Projekte" – ein 25-Mark-Ärgernis. Der Ärger ist nur zum geringsten Teil den Autoren vorzuwerfen.

Die ersten drei Beiträge – von Lutz Jung über die Ideengeschichte sozialer Utopien und über die Arbeitslosenselbsthilfe in den USA, von Reinhard Feld über Fourier und über Kollektive im spanischen Bürgerkrieg, von Ludwig Goergens über die nordamerikanische community-Bewegung – diese ersten 200 von insgesamt 380 Seiten haben wenigstens den Vorzug, informativ zu sein. Damit endet aber auch schon die Ehrenrettung.

Ein Herausgeber, der sich entschließt, fast ausschließlich Diplomarbeiten zu veröffentlichen, geht eine ganz besondere Verantwortung ein – gegenüber den Lesern und den Autoren. Jeder, der einmal in die Verlegenheit kam, eine Diplom-Arbeit zu schreiben, weiß, unter welchen Bedingungen, so ein Werk zustande kommt, weiß um die Haßliebe der Produzenten zu ihrem Produkt, weiß, wie schwer es fällt, aus dem „wissenschaftlichen" Diskurs auszubrechen, weiß, wie sehr Zitatenreichtum und bloße Belesenheit schon für Wissenschaft gehalten wird. Ein Herausgeber, der es nicht versteht, mit diesen Vorbelastungen durch unseren „Wissenschaftsbetrieb" umzugehen, sollte die Finger davon lassen, Diplom-Arbeiten für einen Leserkreis zu veröffentlichen, der weit weg ist vom Diplomarbeiten schreiben und der möglicherweise selbst von „alternativen Projekten" betroffen ist.

Zum Detail:
Mit dem Titel „Geschichte alternativer Projekte" – dem man noch entnehmen kann, daß kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben wird, – hört die Bescheidenheit auch schon auf. Im Vorwort geht es dann schon um **die** Geschichte – und gleich noch **die** Theorie – **der** alternativen Projekte. Auch wenn niemand wirklich annimmt, dieser Anspruch könnte überhaupt eingelöst werden – mich ärgert dieses so-tun-als-ob.

Und diese Vollmundigkeit geht weiter. Neben der Geschichte und der Theorie der alternativen Projekte werden – laut Vorwort – in diesem Buch gleich noch miterledigt: die ökologische Krise nebst den gesellschaftlichen Auswegen aus derselben, das Problem der Massenarbeitslosigkeit sowie die Zukunft der Alternativbewegung. Ganz nebenbei wird auch noch die Ökologiebewegung vor neofaschistischen Einverleibungsversuchen gerettet. Die Bescheidenheit beim letzten Thema tut gut, geht es doch bei den Einverleibungsversuchen nur um die neofaschistischen. Eventuelle Einverleibungsversuche der „alternativen Projekte" etwa in ein Konzept von „Alternativökonomie" behandelt das Buch nicht.

Überhaupt herrscht bei Autoren und Herausgebern dieses Buches eine beneidenswerte Klarheit darüber, was „alternative Projekte" sind. Zu erfahren ist durch das Buch nur, daß die „Alternativszene einen sehr bunt schillernden Anblick" bietet, daß „viele junge Leute in ihr engagiert" sind und daß diese jungen Leute „versuchen, demokratische Alternativen zu den herrschenden Normen zu praktizieren".

Und von so ganz weit draußen, wo die Alternativszene noch schillert, ist auch der folgende Anspruch formuliert:

„Besonderes Gewicht wurde auf die Probleme des täglichen Lebens und die ökonomische Organisation gelegt. Deswegen ist dieses Buch als Sachbuch für jeden interessant, der in einem alternativen Projekt mitarbeitet oder sich über die Vergangenheit der Kollektive informieren möchte."
Ganz abgesehen davon, daß auch dieser Anspruch, nähmlich Alltag anderer Kollektive unmittelbar praktisch nachvollziehbar darzustellen, an keiner Stelle des Buches eingelöst wird (wie sollte er auch), ganz abgesehen davon also: jeder, der in so etwas wie in einem „alternativen Projekt" arbeitet, weiß, wie schwer es ist, aus den Erfahrungen auch nur des unmittelbar benachbarten Projektes zu lernen. Eben weil es nicht nur um „alternative Ökonomie" und deren bestmögliche Organisation geht, sondern vor allem um die Wünsche, Vorstellungen und Ängste der Beteiligten, die diese selbst zumeist erst noch kennenlernen müssen. Wir haben keinen Schatz an Lebensvorstellungen, auf den wir ungebrochen zurückgreifen könnten. Die alternativen Projekte sind selbst erst der Versuch für alle Beteiligten, herauszufinden, wie sie leben wollen – und auch, wie sie leben können. Wenn es nur um die bestmögliche Organisation vorgegebener, sozusagen objektiver, ökonomischer oder politischer Ziele ginge, könnte uns die Beratungsfirma Sozialistisches Büro mit ihrer Alternativen Ökonomie schnell auf die Sprünge helfen.

Und was die Vergangenheit der Projekte angeht: das Herstellen von geschichtlichen Bezügen, das mehr sein soll als die bloße Kenntnis vergangener Projekte, kann nur im Alltag der Projekte selbst geschehen. Auch für uns enden alle positiven geschichtlichen Bezüge mit den Nazis. So zu tun, als brauche man nur frühere kollektive Formen der Produktion auszugraben und schon bekämen die heutigen Versuche, selbst etwas auf die Beine zu stellen, ihre Tradition sozusagen frei Haus geliefert, ist ein bodenlos leichtsinniger Umgang mit dem bißchen Tradition, das wir bisher hervorgebracht haben.
Über diese Art von Problemen in Projekten, nämlich nur schwer auf Erfahrungen anderer zurückgreifen zu können und vor zerbrochenen Traditionen zu stehen, könnte der Herausgeber des Buches in einem neuen Buch mit gleicher Nonchalance wie in diesem hinweggehen: „Oft zerbrachen sie an inneren Widersprüchen und den politischen Repressionen." Dazu soll man wohl sagen: „Aha, damals also auch schon."

Über die nächsten 200 Seiten hüpfe ich gleich weg, sie hätten ein ganz lesenswertes Buch werden können. Aber dann kommt eine Perle: „Ökologische Krise und gesellschaftliche Alternativen." Eine Wucht an Wissenschaftlichkeit. Der Verfasser hat wirklich alles gelesen. Mehr als 8 Seiten Literaturverzeichnis. Von Carl Amery bis zu den Schwarzen Protokollen, von Friedrich Engels bis zum dtv-Lexikon.
Achtung Nichtakademiker, nicht verzagen, der Autor denkt an euch: „zwecks verringerung des bildungsabstandes" wird alles klein geschrieben. Wem das immer noch zu hoch ist, der bekommt die Regeln für Kleinschreibung gleich mitgeliefert: „Die Satzanfänge werden groß geschrieben, alles andere klein." Aber: „Die Fußnoten sind durchgehend numeriert....." also so richtig was für einfache Leute.

Wie es nun mal wissenschaftlicher Brauch ist, wird alles vom Grunde her angegangen, zunächst eine Tendenz des Kapitalismus festgestellt, gleich danach die sinnvolle Frage „Warum Kapitalismus?" aufgeworfen. Es fehlt nichts: Atomkraft, Rüstung, Wachstum, Dritte Welt, sogar die Krankheiten, die der Kapitalismus tendenziell zu produzieren scheint, werden abgehandelt. Und das alles im ersten Teil. Es gibt derer drei.

Der Autor sollte dem Herausgeber noch nachträglich das Buch um die Ohren hauen dafür, daß er ihn nicht davor bewahrt hat, diesen Aufsatz zu veröffentlichen. Zitat aus dem Vorwort: „Ich glaube, daß ich von keiner Sinnestäuschung betroffen war, als ich selbst feststellen mußte, daß ich in eine vorgegebene industrielle Maschinerie gepreßt wurde, in der die Arbeiter allzuoft – noch vor Erreichen der Altersgrenze – physisch und psychisch verschlissen werden. So ist es natürlich, daß man Verbesserungsvorschläge machen will."

Eine Lehre verdanke ich dem Aufsatz immerhin: „Der Mehrwert spielt in der Alternativen Ökonomie (aö) eine besonders große Rolle, da sie im allgemeinen stark unterkapitalisiert ist." Daß wir darauf nicht eher gekommen sind! Wir sollten das unbedingt auf dem nächsten ID-Plenum diskutieren.

Nach diesem einprägsamen Lehrsatz überspringe ich Josef Huber und lande bei der „kritischen Zwischenbilanz", die die 68er Walter Hollstein, Reimar Lenz, Arno Klönne und Rolf Schwendter unter dem Titel „Wird aus Marx Murx? – von der APO zur Alternativbewegung" ziehen. Der Titel ist nur rhetorisch gemeint. Davor, daß aus Marx Murx wird, bewahren uns die Hüter des Marxismus. Sorgsam sind die bemüht, das Gute und das Schlechte der Ökologiebewegung (deren einer Teil die Alternativbewegung sei) mit der alten marxistischen Elle zu messen.

Wie Walter Hollstein ganz richtig ausführt, bemerkte Friedrich Engels bereits 1876 (!): „Schmeicheln wir uns indes nicht zu sehr mit unseren menschlichen Siegen über die Natur. Für jeden Sieg rächt sie sich an uns." Mit diesem hervorragenden Beispiel an Einsicht in die Gesetzmäßigkeit der Geschichte, ist gleichermaßen klargestellt, daß der Marxismus schon zu einer Zeit, als es keinen Gruhl und keinen Bookchin gab, die ökologische Bewegung gegründet hat.

Allerdings muß Marx & Engels eine andere ökologische Bewegung vorgeschwebt haben als die, die heute existiert (nicht ihr einziges Pech, bei der Arbeiterbewegung ging es ihnen genauso). Denn Arno Klönne meint, daß es keinen Anlaß gebe, „die ökologische Bewegung, so wie sie sich heute hierzulande darstellt, für den Angelpunkt gesellschaftlicher Veränderungen zu halten". Das ginge denn doch zu weit. Ganze Heerscharen von Anglern müßten ja im anderen Fall den Ansitz wechseln. Da weiß man doch bei der Arbeiterbewegung, was man hat.

So wogen denn durch das Gespräch der vier Weisen die ehernen Lehrsätze des von Marx leider nicht mehr bearbeiteten Gebrauchswerts und die Lehren der Geschichte, in der die KPD in den Zwanzigern schon mal den Fehler gemacht hat, der heute wieder gemacht werden könnte. Vor allem aber waltet in diesen Gedanken das ehrwürdige Raster der Politik. Zu Hause fühlen sich die vier Alten recht wohl dort, wo es um links und rechts geht. Wenigstens dort kann man noch die Grenzen mit der erforderlichen Klarheit ziehen. Arno Klönne: „Linke sind für mich diejenigen, die konsequent für Menschenrechte jederzeit und überall, für Demokratie – auch in der Wirtschaft! – , gegen selbsternannte Eliten wo auch immer und gegen irrationale, verordnete und aufgesetzte historische „Missionen" auftreten;...." Nur gut, daß er damit nicht die Alternativen meint. Oder?

Den Rest des Buches, in dem der Herausgeber unter dem einfallsreichen Titel „Faschismus – nein danke" die Ökologiebewegung vor der neofaschistischen Verschwörung von Werner Soyka über Gruhl bis Strauß rettet (und das, obwohl ihm Arno Klönne gerade vorher etwas über „aufgesetzte Missionen erzählt hat), den Rest also schenke ich mir.

Das Buch „Geschichte alternativer Projekte" nähert sich von weit weg seinem Gegenstand. Der Versuch, die Alternativbewegung oder alternative Projekte in die Kategorien der marxistischen Tradition und des entsprechenden politischen Denkens zu pressen, läßt ein lebloses und zerstückeltes Ding zurück. Es hat schon lange keinen so großmäuligen martialisch-materialistischen Versuch gegeben, einen Schmetterling zu fangen.

Karl Sandra, ID

WIE WERDE ICH ZUM VERBRECHER?

Sonthofen 28. April *Im „Rumpelblatt – Zeitschrift fürs Allgäu – beschreibt eine Frau ihre Verhaftung wegen Verdacht von Haschischverkauf.*

Also, ich werde mit meiner Geschichte ganz von vorne anfangen. Eigentlich war ich der Überzeugung – zumindest sicherte mir dies Vater Staat damals zu, daß alles was geschah lange der Vergangenheit angehört, nach Erreichung meiner Volljährigkeit erlöscht, aus sämtlichen Akten verschwindet, ich also ein Bürger mit reiner Weste bin.

Damals vor 9 Jahren – ich war 17 – kam ich zum erstenmal in meinem Leben mit dem deutschen Gesetz in Konflikt. „Verstoß gegen das Betäubungsmittelgesetz". Es wurden Trips und Haschisch bei mir gefunden. Was damals passierte war ziemlich schlimm für mich. Verhöre, Durchsuchung, Verhandlung. Und das in einem kleinen Dorf in Hessen, wo jeder den anderen kennt und für einige Leute der schönste Zeitvertreib Tratschen und Gerüchte sind.

Ich verlor prompt Wohnung, Arbeit, „erwachsene Freunde? ". Einigen jungen Leuten wurde sogar der Umgang mir mir von ihren Eltern verboten. Mir war zwar bewußt, daß ich Verbotenes getan hatte, aber ich fühlte mich nicht als Verbrecher



und auch kein bißchen schlechter als die anderen. Ich war 17, jung, auf der Suche nach meinem Lebensweg, hatte sehr wohl Gefühl für Recht und Unrecht und Vorstellungen über moralische Werte.

Mein Elternhaus hatte mir ein weiches Herz und die Fähigkeit Menschen zu beobachten und viel über den Nächsten nachzudenken mitgegeben.
Ich war unzufrieden mit dem Bürgerleben in der Gesellschaft und suchte etwas anderes. Genaus aus diesen Gedanken heraus stieß ich auch auf Außenseiter, „Gammler", „Hippies", und Drogen. Aber Bürger, Polizisten und so weiter werden solche Dinge wohl nie verstehen. Ich mußte also damals erleben, wie Menschen zu Furien und ungerechten, verkorksten Gestalten ohne jenes Gefühl werden können. Für die Bewohner dieses Dorfes reichte der Anlaß, mich zu verabscheuen. Sie stießen mich aus ihrer Gemeinschaft erbarmungslos aus. Zudem passierten Dinge mit mir, die ich damals nur schwer verkraften konnte: Fotos mit Nummer, von vorne, links, rechts, stehend, sitzend, Fingerabdrücke, Fragen, Fragen, Formalitäten, Untersuchungen. Mein Werdegang wurde bis ins Innerste durchleuchtet. Ich erlebte das alles als bittere Erniedrigung.

Nach sieben Monaten war die Verhandlung. Der Richter hatte wohl mehr Verständnis angesichts meiner Jugend. Außerdem hatte ich einen wirklichen Freund, ein Sozialarbeiter vom Jugendamt. Der ganze Zauber endete mit Freispruch und der Auflage, nicht mehr in bekannten „Drogenlokalen" zu verkehren.
Außerdem wurde mir bestätigt, daß diese Akte nach meiner Volljährigkeit verschwindet, vorausgesetzt, ich werde bis dahin nicht mehr straffällig. (ich wurde seit dieser Sache nie wieder straffällig).

Somit war vom Gesetz her wieder alles in Ordnung. In der nächsten Zeit gab ich mir Mühe, die Sache auch mit der Bevölkerung zu klären. Ich arbeitete monatelang in einem Hotel, lebte zurückgezogener, war freundlich. Alles vergebens, es war nichts mehr gutzumachen. Ich spürte das Mißtrauen der Bürger und ihr falsches Lächeln. Diese Sache verfolgte mich und ich wurde immer wieder daraufgestoßen.
Nach 3 Jahren hatte ich es endgültig satt. Ich verließ die Gegend und zog nach Berlin.
Es gab dort noch zwei, drei Freunde, die ich manchmal wiedersah, aber ansonsten hab ich jede Beziehung zu diesem dunklen Fleck abgebrochen.

9 Jahre später

Nach 6 Jahren Großstadt bin ich ins Allgäu gezogen. Hier lebe ich seit 9 Monaten in einer Wohngemeinschaft. Es gefällt mir gut hier. Daß die Bürger besonders in kleinen Käffern seltsam auf Leute wie uns reagieren, ist mir inzwischen egal. Ich bin toleranter geworden.

Daß sie über unsere WG als „Kommune" wilde Gerückte verbreiten, ärgert mich manchmal. Solange sie uns in Frieden lassen, ist alles okay. Wir leben hier zusammen — ohne Gruppensex, arbeiten, um leben zu können — sehr zum Ärger der Nachbarn nicht 5 Tage in der Woche a 8 Stunden — sondern weniger, haben deshalb weniger Geld, dafür mehr Zeit für uns.
Ich arbeit seit ein paar Monaten, mein Job macht mir Spaß. (Die Frau arbeitet in einem Reitstall/ID)
Auch an diesem Vormittag war ich gerade dabei, Boxen auszumisten, als Elke ziemlich aufgeregt zu mir kam. Es war 10 Uhr. „Bei uns ist Hausdurchsuchung, sie durchwühlen alles, sie sind wegen dir da!" Ich war völlig vor den Kopf geschlagen. Ich konnte mir alles beim besten Willen nicht erklären. Kaum 5 Minuten später fuhr der rote Audi an meinem Arbeitsplatz vor. Ich war wahnsinnig aggressiv. Ich arbeite dort ganz allein, darum hats keiner mitgekriegt. Aber ich kenne die Folgen, wenn z.B. am Arbeitsplatz der Chef ist, und der sieht, daß die Polizei kommt. Das kann einen den Arbeitsplatzä kosten.

Sie wollten mich auf der Stelle mitnehmen zum Verhör. Huber (örtlicher Kripobeamter/ID) behandelte mich bereits wie einen Schuldigen. Für ihn war ich wohl eindeutig kriminell. „Sie wissen ja am Besten, warum wir hier sind". Ich wußte es nicht. Aber genausogut hätte ich wohl mit meiner Mistgabel reden können. Ich weigerte mich, sofort mitzukommen. Außerdem bestand ich darauf, in 1 1/1 Std. zur Fütterung wieder zurück zu sein.
Auf der Fahrt zur Sonthofener Polizei versuchte ich mich zu beruhigen. Ich hätte Schreien und Toben können; ich wußte, daß sie am längeren Hebel saßen, und daß ich keinerlei Chance hatte — und dieses Wissen machte mich verrückt — ich spürte einen abgrundtiefen Haß und wußte jedoch gleichzeitig, daß es für mich das Beste war, mitzuspielen, mich total zusammenzureißen und ruhig zu bleiben.
Ich wurde in einen Raum geführt, Huber rauchte sein Pfeifchen und spazierte auf und ab, holte ab und zu Kaffeebonbons aus der Schublade und verzehrte sie genüßlich. An der Schreibmaschine saß der andere, der bei der Durchsuchung dabei war. Ihn konnte ich verstehen, ich hatte keinen Haß, er hatte trotz allem menschliche Züge. Er tat halt seine Pflicht. Und dann erfuhr ich das ganze Rätsel. Man staune: Ein gewisser Kurt L. behauptet, es hätte in den letzten Jahren von mir Haschisch erworben. Mir fiel der Kopf runter. Dieser Kurt L. ist aus diesem Dorf in Hessen. Ich hatte nie viel mit ihm zu tun, weil er mir zu brutal und link war. Ich sah ihn das letzte Mal vor 6 Jahren.
Und jetzt kommts: Aussage des Herrn Kurt L.: " Bei meinem Verhör wurde mir ein Photo vorgelegt, auf dem ich eindeutig die Person erkannte, von der ich kaufte". Mein Kopf fing an, sich zu drehen. Warum dieser Kurt L. sowas aussagt, ist mir recht unverständlich. Vermutlich um den zu decken, von dem er's wirklich hat. Denn derjenige würde so eine Aussage bestimmt nicht tatenlos hinnehmen. Was liegt näher, als jemand zu nennen, der scheinbar weit weg ist.

Der größere Schock war für mich dieses Photo. Es beweist mir, daß nie einer daran gedacht hat, die Akte von damals zu vernichten, sondern daß sie alles sammeln — und sogar mit dem Photo arbeiten. Mich würds nicht wundern, wenn ein beamteter Verhörer ihm Photos vorgelegt hat und dieser Kurt sich bei meinem Bild an mich erinnerte.

Was mir der Huber dann noch so gesagt hat, ließ mich erkennen, daß eine fein säuberliche Akte existiert, mit sämtlichen Daten, Wohnsitzen, Umzügen, Arbeitsstellen, Schulplätzen, vielleicht Demonstrationen, Verkehr mit welchen Leuten u.s.w., existiert. Ich saß schließlich da und nahm alle Kraft zusammen, nicht auszuflippen. Herr Huber brachte schließlich sein Glanzstück — wahrscheinlich um mich einzuschüchtern. „Ich überlege mir gerade, ob ich Haftbefehl mit sofortiger Wirkung ausstelle".
.....dazu fehlen mir die Worte. Ich befürchtete, er meinte es ernst.

Ich hab mit ihnen geredet und mache Fragen beantwortet. Jetzt tut es mir aufrichtig leid. Aber ich habe dazugelernt. Das nächste Mal werde ich mich nicht mehr ausquetschen lassen, denn ein ehrliches Spiel treiben die sowieso nicht. Sie arbeiten mit Tricks — freuen sich über jedes Wort, das sie rauslocken können.

Als das Verhör nach 1 1/2 Stunden beendet war, meinte Huber: „So, jetzt machen wir noch ein Photo. Sie können beim Amtsgericht Sonthofen Beschwerde dagegen einlegen." Darauf meine Frage: „Vorher oder nachher? " Huber: „Nachher natürlich, aber dann nützt's eh nichts mehr, denn das Photo haben wir dann ja schon."
Und wie vor 9 Jahren saß ich im Kellerraum. Vor mir eine Nummer — Klick - von vorne — Klick — von links, Klick — von rechts, Klick — stehend.

Ich wußte, daß ich keine Chance hatte, mich gegen ihn zu wehren und ich verstand Leute, die so einen Haß bekommen, daß sie anfangen, zu zerstören. Ich spürte auch, daß mich dieser deutsche Staat nicht in Ruhe lassen wird. Und daß Leute ohne Einfluß und Geld, die außerdem kein bürgerliches Leben führen, sondern andere Ideale verfolgen, mißtrauisch beobachtet werden, und bei geringsten Abweichungen den Daumen des Staates drauf kriegen.

CIA-MANN WILL FASCHO-JUNGS IM ID (AU WEIA) HOFFÄHIG MACHEN!

Mönchengladbach, 15. April

„Komm, wir gehen Faschos verhauen. . ." hieß der Bericht eines unglücklichen IDiers über seine Schwierigkeiten mit einer „antifaschistischen Aktion" in Offenbach (ID 304, aus „Autonomie" Nr. 14). Hier ein Auszug aus dem Protokoll, in dem der Redakteur sein Gespräch mit zwei Teilnehmern schildert:

„Was waren das (die Naziversammlung) für Leute?" wollte ich wissen. „Hauptsächlich ältere, so zwischen achtzig und scheintot, sagt man so", meinte der jüngere. „Und wie ging es dann weiter?" „Wir haben gestort, ‚Feierabend' geschrien, und die Bücherkisten rausgetragen und in den Bach geschmissen. Da kamen drei Jüngere in Lederjacken und haben alle drei eine Gaspistole 8.5 mm rausgezogen. Man sieht nicht, daß es eine Gaspistole ist, die Dinger sehen aus wie echte Pistolen. Dann haben sie einmal Tränengas geschossen in die Leute rein. Dann haben wir ihnen die Pistolen aus der Hand getreten.

„Zum Glück", berichtete der ältere weiter, „war ein Staatsanwalt bei den Gästen im Restaurant. Der hat die Bullen geholt, wir haben ihn aufgefordert, die Polizei zu holen. Der hat auch Zeugen aufgenommen und überhaupt den Einsatz geleitet."

Der jüngere sagte eifrig: „Alle drei Lederjacken haben Prügel abgekriegt, einer oder zwei mußten sogar ins Krankenhaus, einer ist geflüchtet. Einem haben wir das Nasenbein eingeschlagen. Der eine hat sich auf den Boden gelegt und wie tot gestellt, nur damit er den Prügeln entgeht." Das wiederholte er nochmal mit Empörung. „Aber er hat trotzdem Prügel abgekriegt, das ist gleich erkannt worden, daß er sic h tot gestellt hat, bloß damit er keine Prügel kriegt. – Dann haben wir noch Strafantrag wegen Körperverletzung gestellt." Sie fügten hinzu: „Die hatten auch Gummiknüppel und eine Kette aus einer Kreissäge. Und im Rodgau (das ist eine Pendler-Schlafregion bei Frankfurt) gibt's die Wehrsportgruppe Hoffmann."

Der ältere ließ mich die Geschichte anhand meiner Notizen wiederholen und ermahnte mich, sie auch genauso wiederzugeben. „Wir haben schlechte Erfahrungen gemacht", sagte er, bevor beide gingen.

Ein Mönchengladbacher ID-Benutzer hat sich darüber Gedanken gemacht, die grundsätzlich genug sind, daß wir sie veröffentlichen, obwohl der Anlaß so lange her ist. Er schreibt:

Bei Euch sind noch zu viele vom Pseudochristentum geimpfte Kerlchen. Wenn wir siegen wollen, müssen wir aber fähig sein, das oberste Gebot des Lebens anzuerkennen : Schlage jederzeit sofort und genauso zurück – aber nicht mehr, als du bekommst – und das zweite ist diesem gleich: Vernichte deinen Feind, solange er noch in den Anfängen steckt. – Dieses jüdisch-hebräische Gesetz des Lebens konnte von dem Irrwahnigen namens Joshua von Nazareth nicht aufgehoben werden, im Gegenteil, dieser ist schuld, daß Millionen und Abermillionen seither in Resignation und Selbstverstümmelung geraten sind, daß Millionen und Abermillionen nach seiner Art friedliebend leben wollen – daß Menschen zu allen Zeiten niedergemetzelt worden sind, und schließlich weitere davon Angekränkelte zu Millionen vergaßt worden sind.

Das Konto dieses Irrwitzigen namens Jesus bei den Christen ist sehr hoch. Es ist Zeit, das glasklar zu erkennen. Bei nochmaligem Durchlesen der Sache mit „Faschos verhauen gehen" des angeblichen Protokolls über eine antifaschistische Aktion vom März 79 sind mir zunächst auffällige Stellen in der Redeweise der angeblichen Antifaschisten, die da zu Protokoll gaben, aufgefallen, die darauf hindeuten, daß Richard Herding (Protokollant) auf zwei gut getarnte Faschisten hereingefallen ist, die ein Schauermärchen der Selbstdarstellung gaben. Später wurde mir jedoch klar, wie auch andere Erhebungen bestätigen, daß Herding ein GESTAPO-Mann oder ein CIA-Mann ist, der sich die Geschichte selbst aus den Fingern gesogen hat, um „die armen NPDler und Fascho-Jungs" hoffähig zu machen.

In Wirklichkeit ist es erfreulich, daß sich an jedem Ort sofort Gegenwehr organisiert, um Neofaschisten das Handwerk der Volksverführung und Volksverhetzung zu legen. Die von diesen Leuten ausgelegten Publikationen sind eigentlich von Staats wegen zu verbieten, weil sie Rassenhetze und Volksverhetzung darstellen, was im Grundgesetz selbst untersagt ist. Außerdem ist es auch aus einem anderen Grunde gut, daß Deutsche selbst fähig sind, sich von solchem Mist zu reinigen, da sonst israelische Irgun-Kommandos hier verschiedene Blutbäder ausrichten würden. Man sollte hierzulande wissen, daß man in Israel genauestens registriert, was hier vorgeht, daß wir für Israel noch mehrere tausend Jahre lang unter den Schweinsviechern angesiedelt sind. Die Massenvernichtung der Juden und Zigeuner und Polen und Russen wird nicht vergeben, heute nicht und nicht in fünfhundert Millionen Jahren von heute!!! –

Für den Befreiungskampf vom Joch des Kapitalismus und der Konsumdiktatur usw. gilt ebenfalls: Wenn eine große Masse von Leuten kleine Abwehraktivitäten gegen den Kapitalismus unternimmt, so erspart dies der Gesellschaft insgesamt große, gefährliche Brüche und Knackse, unter denen selbst die Revolution dann zu leiden hätte. Man wehre sich jede Woche und jeden Tag so ausgiebig, wie man empfängt. Man vernichte moralisch und prophylaktisch seinen Gegner, noch bevor dieser in seiner ihm immer erkennbar werdenden Agonie zu Notstand und Bürgerkriegsarmee greifen kann. Nur dann ist er kaputt. Solche Leute aber, wie Richard Herding, sind schleunigst zu enttarnen, als Mißbrauchlinge christlicher Ethik zwecks Verschlafung der Bürger. An dem Tag, an dem Deutsche keine Schafe mehr gegenüber ihren diversen Obrigkeiten sein werden, an dem Tag werden sich Juden/Israelis und Deutsche wieder als Menschen begegnen können, nicht eher.

Man hat sonst immer das Gefühl der Klebrigkeit, wenn man mit deutschen Lämmergeistern spricht, Klebrigkeit jedoch vom Blut der Schergen, das noch auf allem deutschen Volk verspritzt ist und noch heute bei ihnen Terrorgefühle auslöst mit dem Ziel: Jeder ducke sich so gut er kann. – Pfui Spucke, was seid Ihr für Scheißer!

H.D.G. aus Mönchengladbach



● Die WieDumirsoichDirTiger ●

WER WARNT DIE IG METALL VOR IHREN WARNSTREIKS ?

Stuttgart, im Februar 1980

Den ID erreichen, wenn überhaupt, Berichte von Betroffenen aus Betrieb und Gewerkschaft nur mit einiger Verzögerung. Da die Wirklichkeit von „Warnstreiks zur Stärkung der gewerkschaftlichen Verhandlungsposition" gewöhnlich in den Medien nur in Gestalt von Kurzmeldungen über die Zahl der Beteiligten und die Dauer der „Arbeitsniederlegung" erscheint, drucken wir hier authentische Berichte vom Zustandekommen des 6,8%-Abschlusses der IG Metall ab.

In so gut wie jeder Tarifbewegung in den drei Tarifbezirken in Baden-Württemberg gibt es eine Serie von Warnstreiks, vor allem in den Großbetrieben des Großraums Stuttgart und des Raumes Mannheim. Es ist geradezu eine Tradition geworden seit 1970, noch während der Friedenspflicht ein- oder zweimal für eine kurze Zeit die Arbeit niederzulegen. "Protestaktionen" heißt das offiziell wegen der Friedenspflicht. In der Öffentlichkeit sollen da Kampfbereitschaft und Kampfkraft vorgeführt werden, aber es ist eine Pflichtübung, keine Waffe, nicht einmal eine stumpfe. Die Unternehmer wissen das, die Arbeiter aber auch.
Sie fühlen sich tatsächlich vorgeführt und oft genug auch an der Nase 'rumgeführt. Denn wie laufen die Warnstreiks in der Regel ab? Da werden die Vertrauensleute telefonisch benachrichtigt: Also, heute nach der Vesperpause, eine halbe Stunde! Sorg dafür, daß das klar geht! Der Vertrauensmann sorgt dann dafür, daß alle eine halbe Stunde länger im Pausenraum sitzen bleiben, und danach geht die Arbeit weiter, als sei nichts geschehen. Die Produktion wird nur in den seltensten Fällen beeinträchtigt. Ein paar Tage später oder sogar am selben Tag noch werden die Ausfälle wieder reingeschafft. Aber die entsprechende Streikzeit wird vom Lohn abgezogen.
Kein Wunder, daß sich seit einiger Zeit Unlust und Unmut über diese Art Warnstreiks besonders in den Betrieben breitmacht, wo so gut wie in jeder Tarifrunde "Protestaktionen" laufen. Wer das ein paar mal mitgemacht hat, merkt schließlich, daß das keine Kampfaktionen sind. Wenn schon, denn schon, sagen die Kolleg/inn/en, oder: nicht kleckern, sondern klotzen!
Aber trotzdem beteiligen sich die Kolleg/inn/en immer wieder an den Warnstreiks, und in einzelnen Fällen bricht eine Spontaneität auf, die aus der verordneten Pflichtübung eine Aktion der Kolleg/inn/en selbst macht. Wir selbst, die wir in einzelnen Fällen daran beteiligt sind, können uns das kaum erklären. Wieso kommt es in dem einen Betrieb zu spontanen Aktionen, in dem anderen nicht. Das ist ja von Abteilung zu Abteilung und selbst innerhalb einer Abteilung so unterschiedlich, daß man keinen gemeinsamen Nenner findet. Der gemeinsame Nenner, das ist der Streik selbst, und damit verbinden die Beteiligten auch sehr verschiedene Vorstellungen. Unterschiedlich sind bestimmt die Faktoren, weshalb bestimmte Belegschaften bzw. bestimmte Teile von Belegschaften in Warnstreiks treten.

1. Unter den Stammarbeitern herrscht der Gewerkschaft gegenüber eine nicht hinterfragte Loyalität vor, eine Art Gehorsam. Es sind in erster Linie Deutsche (Männer!), qualifiziert als Facharbeiter oder angelernte Spezialisten in Nicht-Produktionsabteilungen, Einsteller, Kapos(Vorarbeiter - d.Red.) und Leute mit ähnlichen Funktionen in den Produktionsabteilungen, darunter auch etliche Ausländer. Wenn da der Vertrauensmann sagt: Jetzt bleibt sitzen!, dann bleiben die auch sitzen.

Die Gewerkschaftsfunktionäre rufen solche Betriebe und Abteilungen besonders gern zum Warnstreik auf, in denen diese Stammarbeiterschicht vorherrscht. Da können sie sich ziemlich sicher sein, daß alles wie geplant über die Bühne geht.

Die Haltung der Gewerkschaft gegenüber halten wir deshalb für so wichtig, weil diese Arbeiter doch die längsten Erfahrungen mit den Warnstreiks haben und mit deren Wirkungslosigkeit. Man könnte meinen, deshalb müßte die Unlust mit den Warnstreiks am verbreitetsten sein, aber nach unserer Erfahrung ist dem nicht so. Die Haltung der Gewerkschaft gegenüber scheint da entgegenzuwirken.

2. Für viele Arbeiter/innen ist der Warnstreik endlich mal eine Gelegenheit nicht zu arbeiten und zwar gemeinsam. Da wird endlich mal der beschissene Betriebsalltag durchbrochen. Die angestaute Wut über die Arbeit, den Akkord, die tägliche Schinderei und Unterdrückung kann frei werden. Das bleibt sehr diffus, wird nicht zum Gegenstand des Warnstreiks (es wäre falsch, das zu erwarten), spielt aber die entscheidende Rolle dabei, ob sich aus dem verordneten Warnstreik eine umfangreichere Aktion entwickelt. Soweit wir das jedenfalls nach unseren Erfahrungen überblicken, sind die längeren Warnstreiks gerade von **Produkutionsarbeitern** getragen worden.
Ausländer und - je nach Betrieb - Frauen sind der Großteil der Produktionsarbeiter . Ihr Verhältnis zur Gewerkschaft ist viel offener und zweckbestimmter. Dazu gehören aber auch Deutsche, die unter denselben Arbeitsbedingungen zu leiden haben. Sie sind nicht so lange im Betrieb und haben deshalb auch nicht die langjährige Erfahrung mit den Warnstreiks. Sie legen die Arbeit nicht nieder, um der Gewerkschaft den Rücken zu stärken, sondern "einfach so", weil es einfach Spaß macht.

3. Von Ausnahmen abgesehen sind bei Warnstreiks keine Repressalien zu erwarten. An die Spielregel halten sich die Kapitalisten fast ohne Ausnahme, und das macht es natürlich leicht zu streiken, auch länger als die Funktionäre es eigentlich vorgesehen haben.

BEIM PORSCHE DONNERSTAG 31.1. STUTTGART

In meiner Abteilung wußte keiner so recht Bescheid. Kein Vertrauensmann, kein Betriebsrat war vorbeigekommen, um uns zu sagen: "Also, nach der Vesperpause bleibt ihr eine halbe Stunde sitzen!" Nur gerüchteweise hatten wir am Tage vorher gehört, daß es einen Warnstreik geben soll. Deshalb allgemeine Verunsicherung, als die Vesperpause vorbei war. Kaum einer hat angefangen zu arbeiten, aber einfach sitzen zu bleiben, das hat sich auch keiner getraut. Ich bin dann wieder in die Abteilung nebendran gegangen — da hat keiner gearbeitet — und wieder zurück. Das hat dann etwas Sicherheit gegeben. Dabei hatte ich mitgekriegt, daß eine ganze Masse Kollegen runter in den Hof gehen. Das ist natürlich viel, viel besser als im Pausenraum oder am Arbeitsplatz sitzen zu bleiben. Da kann es nicht zu einem neuen Gefühl von Gemeinsamkeit und zu gemeinsamem Handeln kommen. Da werden nur dieselben Gespräche wie vorher in der Pause geführt, da wird die Zeit totgeschlagen. Meine Bemühungen, möglichst viele Kollegen dazu zu bewegen, auch auf den Hof zu gehen, haben allerdings nicht viel genutzt.
Nur einer ist mitgegangen.
Auf dem Hof standen schon eine Masse Kollegen.Nach und nach wurden es schätzungsweise 800 bis 1 000 (2 500 von 3 300 Arbeitern haben laut Taz gewarnstreikt). Zuerst waren alle ganz hilflos, was sie da jetzt eigentlich sollen, haben ganz einfach gebrüllt, erst allmählich gab es Parolen: "1 — 2 — 3 ... 10", "10%", dreimal in die Hände klatschen und so Sachen.
Die Mindestforderung von 153 DM spielte absolut keine Rolle. Das liegt weniger daran, daß es beim Porsche keine Niedriglohngruppen gibt, sondern schlicht und einfach daran, daß

die Forderung kaum jemand kennt, es ist bis heute noch kein einziges Flugblatt verteilt worden.
Besonders aktiv war eine Gruppe Italiener. Vor allem ihnen
war es zu verdanken, daß mit der Zeit richtig STimm

war es zu verdanken, daß mit der Zeit richtig Stimmung aufkam. Sie stimmten Parolen an, sangen 'Bandiera rossa',liefen zum Tor hin als ein Lastwagen ankam, und die meisten liefen mit.
Die kritische Phase trat ein, als die halbe Stunde vorbei war. Der Großteil derer, die auf dem Hof waren, ging zur Arbeit zurück. In einigen Abteilungen wurde wieder angefangen zu arbeiten. Den Kollegen wurde auch nur eine halbe Stunde abgezogen. Aber eine beträchtliche Anzahl, vielleicht 200, blieb. Und zwar ganz bewußt! "Wir bleiben länger!" war nämlich die spontane Parole, als nach weiteren zehn Minuten sich eine weitere Gruppe auf den Weg zur Arbeit machte. Ein paar kamen sogar wieder zurück. Das waren aus den Montageabteilungen immerhin so viele, daß dort erst nach der Pause von 10.00 — 10.10 Uhr wieder gearbeitet werden konnte.

Ein paar Minuten später tauchten endlich drei Betriebsräte auf, einer von ihnen auch Vorsitzender der Vertrauensleute. Bis dahin hatte sich kein einziger blicken lassen, nicht mal am Fenster. Lautes Begrüßungsgeschrei, so daß sie zuerst mal nicht zu Wort kamen. Schließlich ließen wir den einen, den Vorsitzenden der Vertrauensleute, reden: „Als IG-Metall-Funktionär bin ich stolz auf euch, daß ihr hier seid, aber als Betriebsrat muß ich euch sagen: ‚Wir haben nach dem Betriebsverfassungsgesetz die Pflicht. . . ." Jeder wußte, was jetzt kommen würde, und alle auf Kommando: „Wir bleiben länger! Wir bleiben länger!. . . " Da wurden die Gesichter der drei noch länger. Sie hatten ihre Autorität doch etwas anders eingeschätzt, aber sie sahen schnell, daß sie sich nicht durchsetzen konnten und ‚genehmigten' die Verlängerung auf eine volle Stunde. Das war eben auch genau das, was wir uns vorgestellt hatten.

Schließlich kam auch noch der oberste Chef, machte so, als wollte er mit den Arbeitern diskutieren, aber das nahm kaum einer richtig ernst. Es war dann bald 10.00 Uhr, und wir gingen zurück in die Abteilungen.

Daß wir das Ritual der halben Stunde durchbrochen und uns gegen die Betriebsräte durchgesetzt hatten, das war für uns, die wir auf dem Hof geblieben waren, ein kleines Erfolgserlebnis.



Man darf das jetzt nicht überbewerten. Es war zum Schluß auf dem Hof nur ein ganz kleiner Teil der Belegschaft. Es gab keinerlei Repressalien. Wir hatten es also ziemlich leicht gehabt. Aber was soll's! Wir hatten zwar keine schwere Schlacht für die IG Metall geschlagen, aber es hat Spaß gemacht.

WARNSTREIK BEI DAIMLER–BENZ SINDELFINGEN

Verlauf in der Halle X Abteilung X

Am 30.1. war es dann soweit, auch bei DB in Sindelfingen durfte die Arbeit für exakt 25 Minuten niedergelegt werden. Es stand dann auch an diesem Tag ganz groß in der Bildzeitung, daß in Untertürkheim am Vortag ein Warnstreik stattgefunden hatte. Ein Kollege nahm dies zum Anlaß, mit der Bildzeitung herumzulaufen und zu fragen, ob DIE bei uns auch wohl streiken werden? Nach der Vesperpause kam der Kapo. Er ging von Band zu Band und meinte, wir sollten die angefangnen Wagen fertig machen, aber keine neuen mehr anfangen. Weitere Erläuterungen, was das Ganze denn soll, gab er nicht. Zu diesem Zeitpunkt lief das nebenanliegende Band weiter. Aber an den ersten Stationen waren keine Arbeiter mehr, nur Meister und Kontrolleure liefen aufgeregt hin und her. — Plötzlich stand das Montageband still und langsam dämmerte es uns, wir sind auch im Warnstreik.

Die Kollegen interessierten sich vor allem dafür, ob die Ausfallzeit bezahlt würde, wie lange nicht gearbeitet würde, ob man auch weiter arbeiten dürfe usw.

Die Antworten des Kapos waren eindeutig:
Die Ausfallzeit werde nicht bezahlt, wer weiter arbeiten wolle, könne dies tun, aber bezahlt werde nichts.;

In den Gesprächen, die sich unter den Kollegen entwickelten, zeigte sich eine „Tarifrundenroutine", d.h. eine passive Haltung zu dem ganzen Geschehen, denn sie wissen aus Erfahrung, daß sie die Höhe des Abschlusses nicht wirklich beeinflussen können. Die meisten Kollegen meinten, die schließen ja eh zwischen 6% und 7% ab. Die ebenfalls geforderte „soziale Komponente" wurde überhaupt nie von den Kollegen erwähnt.

Unser Vertrauensmann saß bei einem Kaffee im Pausenraum. Einige Kollegen gingen zu ihm hin und fragten, was denn eigentlcih los sei und warum er nichts organisiert hätte. „Seid ihr denn verrückt, wir sind doch noch in der Friedenspflicht, ich bekomme Schwierigkeiten, wenn ich mich hier hinstelle und einen Warnstreik organisiere", war seine Antwort. Eine kurze Diskussion kam auf, aber ebenfalls nicht über den Inhalt der Tarifrunde, sondern darüber, was so ein Warnstreik eigentlich bringt.

In den darauffolgenden Akkordpause wurde von einem Teil der Kollegen noch einmal eine Diskussion über den Warnstreik geführt. Sie verurteilten diese Art von Streik. Ein Kollege (ehemaliger Vertrauensmann), der den Vorschlag machte, die IGM sollte am darauffolgenden Samstag (für diesen Samstag war eine Sonderschicht angesetzt, um einen der freien Tage zwischen Weihnachten und Sylvester hereinzuarbeiten) dafür sorgen, daß alle daheim bleiben und dafür Streikgeld bezahlen, fand allgemeine Zustimmung. Sie meinten, dies würde den Daimler auf jeden Fall treffen.

Nach Schichtende waren die 25 Minuten Abzug auf der Stempelkarte schon eingetragen. Am nächsten Tag erwähnte kaum noch ein Kollege den Warnstreik.

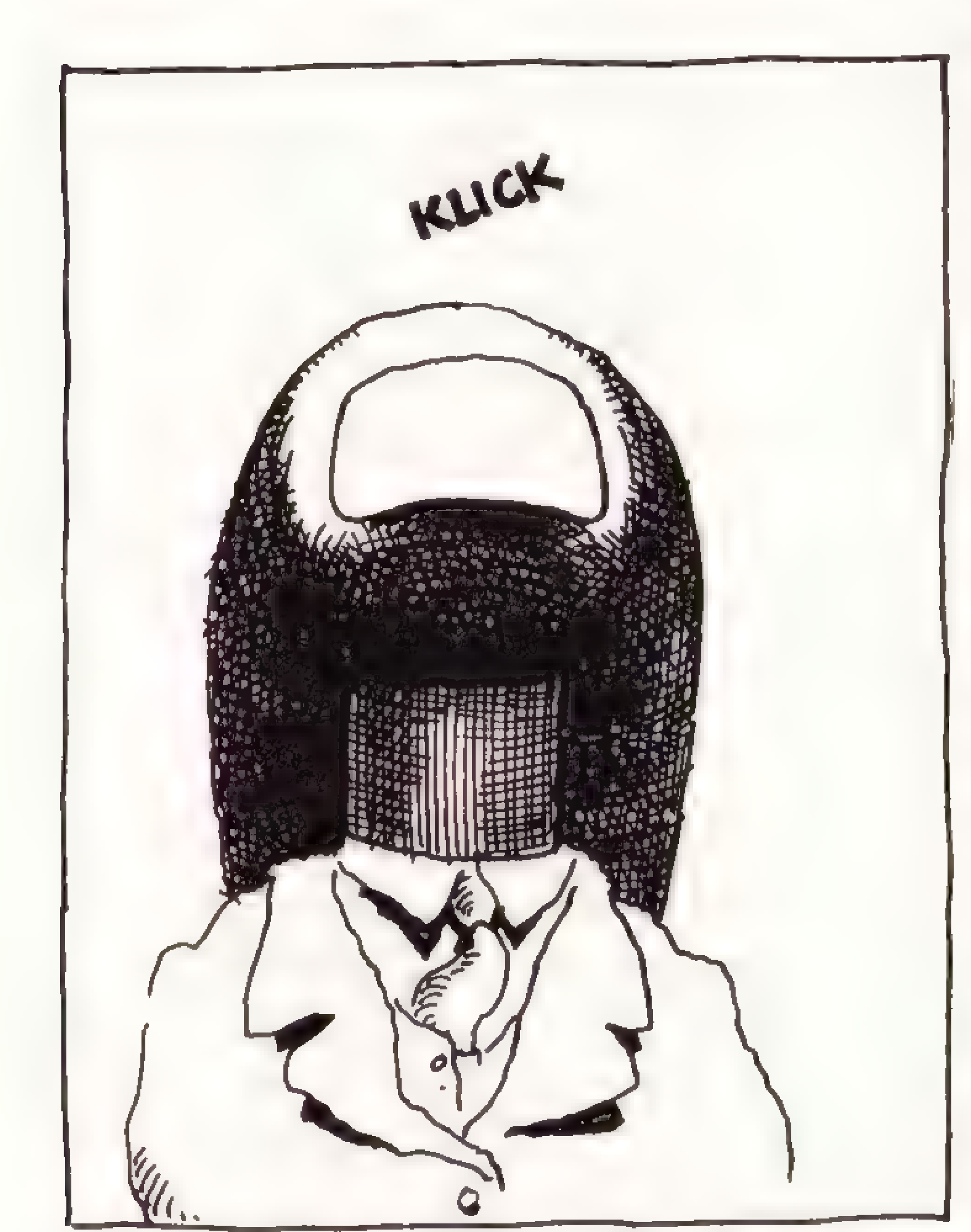
Kontakt: ID: Stichwort „Betrieb".

Kurzes Kapitel über die Angst

„. . . sondern es war durchaus die Absicht, eine Sendung zu machen, die alle jungen Leute ansprach."
(WDR-Hörfunkdirektor Martin Jenke)

Reklamation eines „Radiothek"-Mitarbeiters
von Heinz G. Schmidt

aus: medium 4/80 (zum Radiothek-Konflikt siehe auch ID 321)



Ich bin freier Journalist und Mitarbeiter verschiedener Rundfunkanstalten. Im Auftrag des WDR und des SFB war ich einige Wochen in Mittelamerika. Auf eigene Faust fuhr ich von dort nach Uruguay, erlebte die fast perfekte Repression dieser Diktatur und kam mit dem Entschluß zurück, dieses Thema so schnell wie möglich für junge Deutsche aufzubereiten. Seit vielen Jahren freier Mitarbeiter der „Radiothek" im Westdeutschen Rundfunk, der allabendlichen Zwei-Stunden-Sendung für junge Leute (mit 30 Minuten Wortanteil), die es sich unter anderem zur Aufgabe gemacht hat, politische und gesellschaftliche Zusammenhänge für Jugendliche durchschaubar zu machen – ausführlich, an Beispielen, aktuell und in der Sprache der jungen Leute. Inzwischen hat die Leitung des WDR einzelne „Radiothek"-Beiträge zum Anlaß genommen, eine konzeptionelle Änderung vorzubereiten. Zumindest vorübergehend hieß das: keine Live-Sendungen mehr und langfristige Voranmeldung der Themen. In Zukunft soll die „Radiothek" auch anderen Hörergruppen „offenstehen", wie es der Sender formuliert. Man erwartet eine Änderung der Form (etwa Magazin mit kurzen Beiträgen) und des Inhalts (für jeden etwas); was dann aus der selbstgestellten Aufgabe wird, politische und gesellschaftliche Zusammenhänge für die Zielgruppe von Jugendlichen durchschaubar zu machen, ist abzusehen.

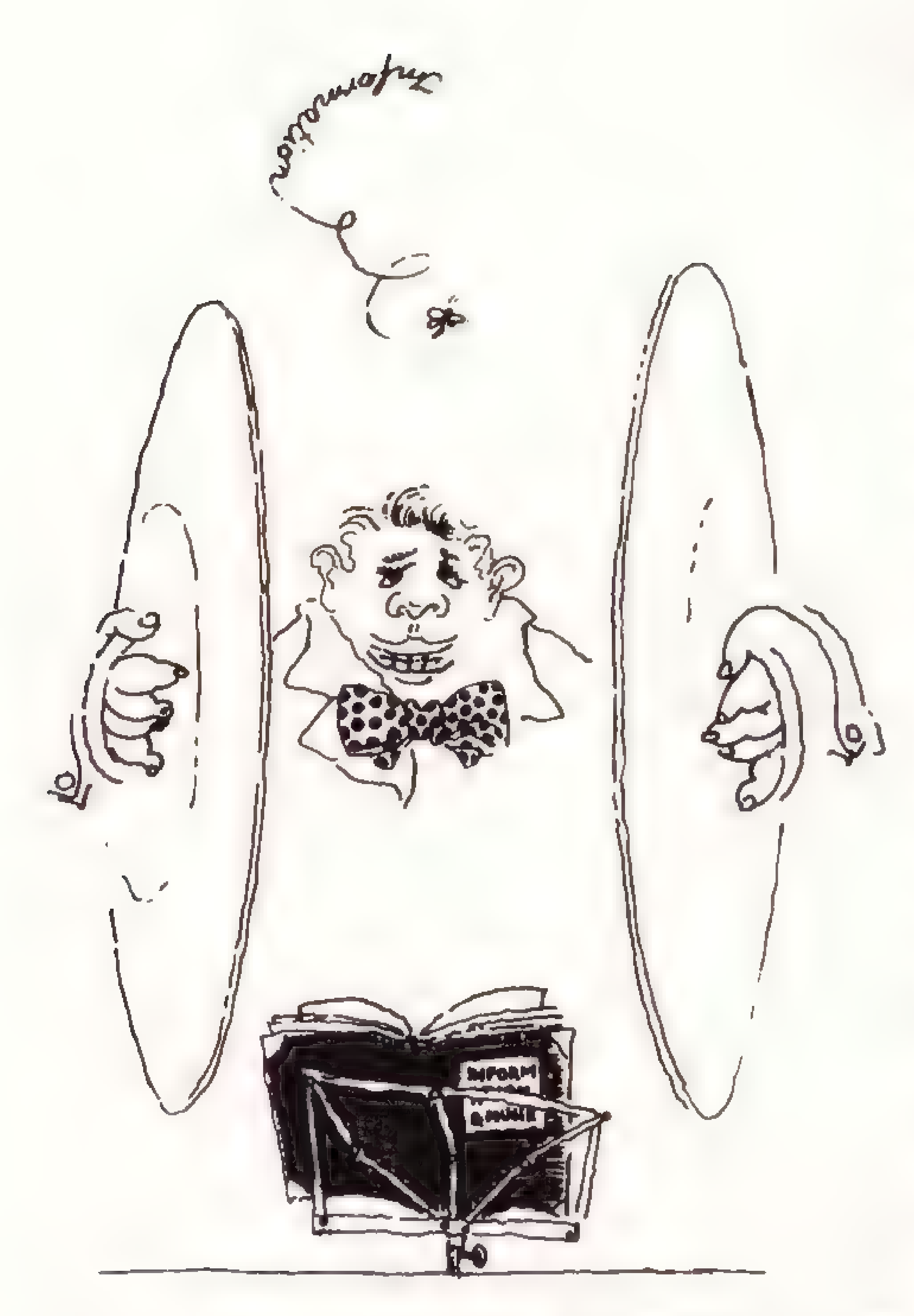
Meine Hände sind schweißnaß. Ich merke, wie ich schamrot werde. Und ich fühle, wie die Angst wieder in mir hochkommt. Dabei höre ich nur Bänder ab; Interviews, das macht unsereins jeden Tag. Außerdem bin ich schon seit Wochen von dieser Reportagereise zurück, aber vielleicht liegt es genau daran.

„Sie brauchen doch nichts zu befürchten", sagt eine Frauenstimme auf Spanisch. Im Hintergrund sind auf dem Band Polizeisirenen zu hören, und vor mir sehe ich die alte Dame auf dem Sofa, wie sie beim Geräusch der Sirenen zuerst zusammenfuhr, dann über ihr Kleid strich und den Satz sagte, der mich jetzt noch rot werden läßt. Nein, ich habe nichts zu befürchten, ich bin Ausländer und freier Journalist und von niemandem beauftragt und legal im Land. „Aber geben Sie gut acht bei den Kontrollen am Flughafen", sagte die Frau noch.

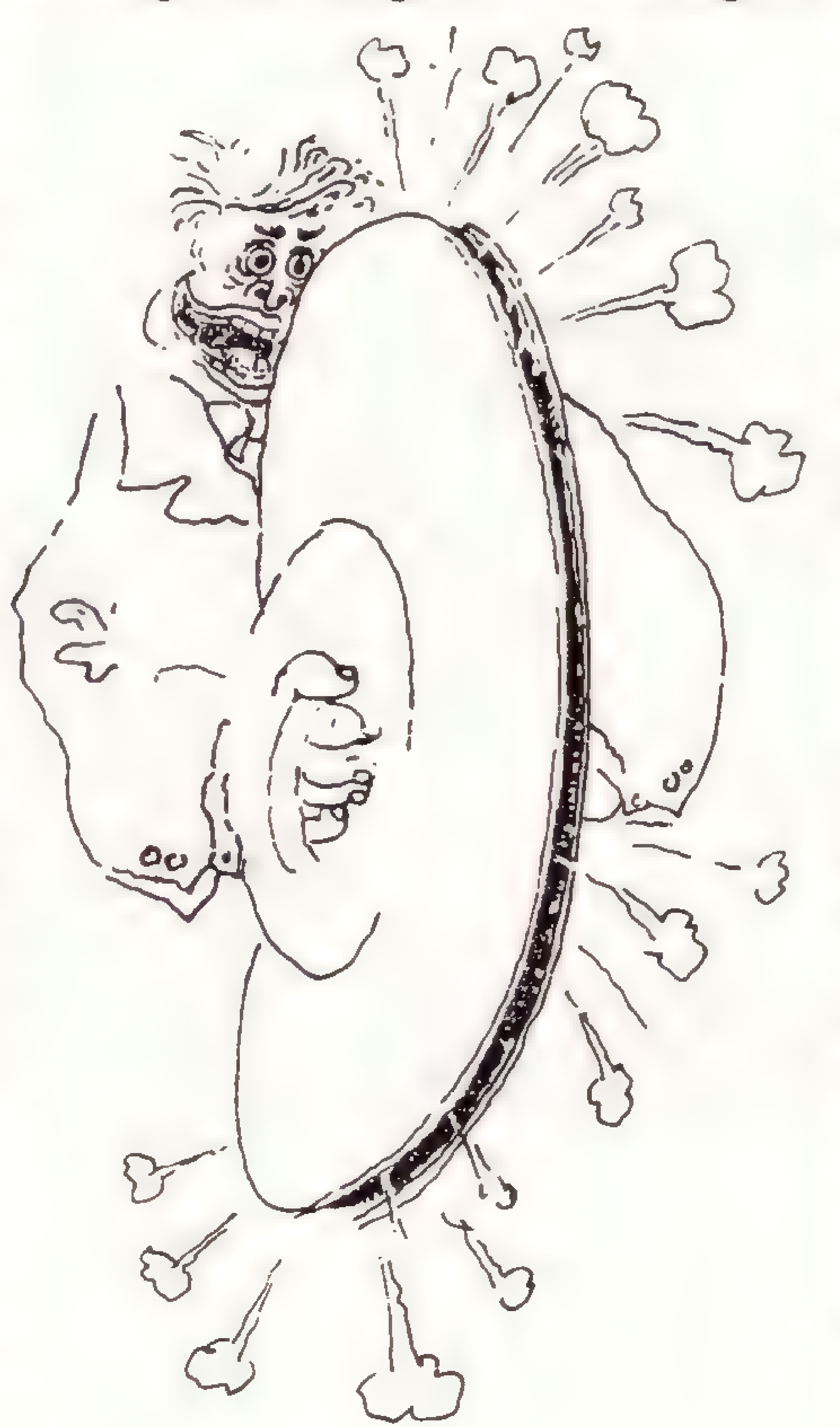
Drei Stunden vor dem Abflug bin ich noch einmal in jener Familie zu Gast, in der ich mich wie zu Hause fühle. Sie wissen, warum ich hier bin, und ich habe sie über viele Umwege kennengelernt. Sie haben einen Sohn, der mit 17 Jahren aus politischen Gründen ins Gefängnis kam und nun seit über sieben Jahren festgehalten wird. Eigentlich müßten wir uns verabschieden, aber die beiden jüngeren Brüder sitzen dabei und fragen mich, was ich mit dem Material machen werde, wenn ich es denn durch die Kontrollen bringe. Sie sind so alt wie die Hörer, für die ich ein Programm vorbereite – unter 20. Sie würden es gut finden, wenn ich die Lieder auf Band nehmen könnte, die sie mir vorsingen. Aber dann wieder meinen sie, das sei zu gefährlich. „Außerdem", sagen sie, „sind Lieder nicht so wichtig wie das, was sonst auf deinen Bändern ist. In diesem Land erfährt man nichts über das Unrecht, das seit Jahren geschieht. Wenn du es nur den jungen Leuten in deinem Land erzählen kannst. Das würde helfen."

Bis zum Abflug sind es jetzt noch 90 Minuten. An meiner Hotelzimmertür klopft es: Zwei junge Frauen stehen da und wollen sich verabschieden. Sie haben noch einen Grund: Ob ich wohl später daran denken könnte, die Stelle auf den Bändern zu löschen, wo die eine von ihnen ihren Arbeitsplatz beschreibt. Schließlich sei sie Lehrerin, und eigentlich sei sie ja sowieso schon bevorzugt, weil man sie arbeiten ließe, obwohl doch ihr Freund seit vier Jahren wegen „subversiver Tätigkeit" im Gefängnis sitze. Wenn es bekannt würde, daß sie über die Schikanen bei den 14tägigen 45-Minuten-Gesprächen berichtet hat, dürfte sie ihren Freund sicher nicht mehr sehen. Und einen Job fände sie dann auch nicht





mehr. Ich verspreche, die Stelle zu löschen.
Am Flughafen warten ein paar Freunde, die mir sehr geholfen haben. Sie wissen, was ich in meinem Koffer habe, und sie wissen, daß einige Hunderttausend junge Deutsche dies alles erfahren werden. Einer von ihnen kennt sogar das Programm; er war einmal als Student in der Bundesrepublik Deutschland und leidet unter den Einschränkungen von Versammlungsfreiheit, Meinungsfreiheit, Pressefreiheit und Bewegungsfreiheit in seinem Heimatland mehr als die anderen.
Während ich also hier an meinem Schreibtisch sitze und Bänder abhöre, erinnere ich mich an diesen schrecklichen Moment nach den Kontrollen, als ich feststelle, daß es keine Möglichkeit gibt, meinen Freunden zu sagen, daß ich „durch" bin, daß all das Material, das wir gemeinsam gesammelt haben, auch weiterhin in meinem Koffer ist, daß es in ein paar Tagen also wirklich eine Jugendsendung geben wird über die unerträgliche Situation in dieser Diktatur.
Dann, als ich aus dem Zubringerbus aussteige, sehe ich den Flughafenzaun und dahinter die Menschen. Und ich erkenne einen, zwei, ich weiß, daß sie mich auch sehen. Während ich den schmalen Gang durch die Reihen der Flugzeugsitze gehe, spüre ich körperlich die Hoffnung dieser Leute. Trotz meiner notorischen Flugangst beginne ich gleich nach dem Start mit dem Abhören der Bänder, übersetze einzelne Interviews, mache mir einen Entwurf der Sendung, die zum Teil live gefahren wird. Bei der Ankunft 19 Stunden später ist die Sendung so gut wie fertig. Das alles ist für Journalisten alltäglich, ich selbst habe es dutzendmal getan, und ich weiß von festangestellten Kollegen, die so das Jahr verbringen. Warum erzähle ich das alles also? Weil die eigentliche Story jetzt erst beginnt.
Denn ich war den ganzen Monat Januar und die erste Hälfte des Monats Februar unterwegs. Während dieser Zeit haben sich an „meinem" Sender einige Veränderungen ergeben, von denen ich in südamerikanischen Zeitungen natürlich nichts gelesen habe. Erst auf dem Weg vom Flughafen nach Hause erzählt mir ein Freund von diesen Veränderungen. „Du wirst deine Sendung erst einmal anmelden müssen, und es ist ziemlich fraglich, daß sie überhaupt ins Programm kommt – bei den Schwierigkeiten, die jetzt da sind." Ich kann nichts sagen. Schließlich habe ich begriffen: Kein Mensch erwartet meine Sendung mit weniger Spannung als die Redakteure in „meinem" Programm.
Am nächsten Morgen bin ich in der Redaktion, die genau so durcheinander und unordentlich aussieht wie immer. Auch all die Plakate hängen noch – gegen Strauß und für 35-Stunden-Streik, gegen Duckmäuser und für Schülermitbestimmung, die Plakate der Frauenhäuser genauso wie die von Jazzclubs. Im Büro meines besten Freundes liegen noch wie immer die Sendemitschnitte stapelweise, und irgendwie taucht er auch hinter diesem Berg von Papier auf, der schon seit Jahren auf seinem Schreibtisch liegt.
Aber etwas ist anders. Während wir über all die Ereignisse reden, die sich in den vergangenen acht Wochen fast überschlagen haben, die den Redaktionsbetrieb zeitweise lahmlegten oder dazu führten, daß die Redakteure die Verantwortung fürs Programm niederlegten,



während ich Zeitungsausschnitte lese und Gegendarstellungen, die immer wieder mal geschrieben werden mußten, während ich mir erzählen lasse, wie sich die einen oder anderen Beteiligten, die politischen zumal, auf den „Willen der Hörer" zurückzogen, der nie erfragt worden ist, und während ich lese, daß die „Zielgruppensendung für Jugendliche" natürlich erhalten bleiben soll, in ihrer Form aber auch offen werden muß für Autofahrer, ältere Leute und wer weiß wen – während ich also langsam begreife, daß „mein" Programm nicht mehr in der Form existiert, wie ich es gekannt habe und brauche, um jungen Leuten ein paar Zusammenhänge erklären zu können, beginne ich erst langsam, dann immer deutlicher zu begreifen, was das für dieses Material bedeutet, das ich da herbeigeschafft habe. Es wird, das ist klar, nicht vor Juni gesendet werden können. Wenn überhaupt.
Natürlich kann man das Material in einen handlichen gefälligen Sieben-Minuten-Spot und zwischen viel Musik verpacken, natürlich gibt es andere Programme und andere Sender. Schließlich bin ich freier Journalist, von niemandem beauftragt . . .
Aber einige Hunderttausend junge Deutsche werden von der perfektionierten Repression in jenem Land Lateinamerikas nichts erfahren, nichts von den Anfängen dieser staatlichen Repression und nichts von den Hilferufen dieses Februars. Ich werde ihnen auch nicht sagen können, live, in der Moderation, versteht sich, wieviel Angst einer haben kann, der in einem solchen Land auf einem Sofa sitzt und eine alte Dame interviewt – nur weil vor dem Haus die Sirenen eines Polizeiwagens zu hören sind.
Wie gesagt, da sitze ich nun und höre Bänder ab. Ich habe eine Menge Aufträge bekommen, als die Kollegen in anderen Redaktionen und bei anderen Sendungen hörten, welches Material da vorliegt: die Kulturredaktion des *SFB* bringt eine halbe Stunde und das Dritte Programm des *Süddeutschen Rundfunks* und vielleicht auch der Kirchenfunk im *WDR*. Wirklich, man kann alles veröffentlichen in diesem Land. Außerdem bin ich schon seit Wochen von dieser Reportagereise zurück, und inzwischen gibt es längst neue Themen, um die man sich kümmern muß. Auch an die neuen Spielregeln bei „meinem" Programm habe ich mich gewöhnt: Das Thema ist angemeldet, vielleicht wird es im Juni auch gesendet – wenn alle zustimmen und die Redaktion durchhält. Ich frage mich nur, wie ich den Leuten dies erklären soll, deren Stimmen hier auf Band sind. Den Jugendlichen hier bei uns werde ich nicht einmal etwas erklären können.

Radiothek-Lied

Text und Musik: Frank Baier
(29. und 30.1.1980)

Chaos auf der Autobahn - Stockung in der Stadt
neben mir kurbelt 'n Typ das Fenster 'runter:
„Kerl, eh! Wat war denn dat?
Hazze auch WDR 2 drauf, hörzze Radiothek?
Ich glaub' das gibt 'n Bürgerkrieg,
der Wortbeitrag fällt weg!"

Refrain:
Radiothek im WDR — die Sendung, die gehört uns!
d.h. dir und mir und Pit von nebenan,
Heidi Hunz und Uli Kunz;
Und was wir hören wollen! Und was wir zu sagen ha'm,
braucht noch lange nicht ihr Geschmack zu sein, Herr Inten-
dant,
das merken sie sich, Mann!

Unten geht die Klingel — Päule läuft im Kreis
Achim is ' am Telefon: „weizze wat dat heiß",
die schneiden uns die Zunge raus,
hau'n uns die Schere in den Kopp.
Der Wortbeitrag muß bleiben. — Dat gibt 'nen Riesenzoff!"

Refrain

Wir wollen „Live" behalten,
denn „live" heißt „freies Wort",
live mit Wolfgang, Achim, Nora und Tom
im Studio und „Vor Ort".
Blech wird genug gesendet - verschleiert und getarnt,
Radiothek sagt mal wat Sache is',
damit se alle wat von ha'm!

Dat muß doch auch wat Späßchen bringen
willze dich nur grämen
für eure Radiothek im WDR
braucht ihr euch nicht zu schämen
Nehmt die Seller, wie sie kommen,
doch nimmt man euch auf den Arm,
zeigt auch mal wat Sache is',
bis wir wieder wat von ha'm.

Wenn Hübner uns beschneidet,
von Sell uns Maulkorb hängt,
der Loch die Filme einfach kippt - und Rundfunkfreiheit lenkt.

Die Chefs lassen jetzt die Hosen runter
es geht um ihren warmen Arsch
man bläst zur Intendantenwahl
im Gleichschritt! Los! Marsch! Marsch!

Hier wird mein Lied verstümmelt - da stopft man dir die Fress!
Hübner schneidet ganze Strophen raus.
„Scheiß drauf, Marion S."

Redakteure holt er zu sich rein,
wäscht ihnen das Gehirn
und spielt sich als Gewissen auf:
Himmel, Arsch und Zwirn!!

Refrain



ADFC–DOGMATISMUS: FAHRRAD ÜBER ALLES !

Die „Erlanger Radlerinitiative" ist sauer auf den neugegründeten „Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Club" (ADFC). Die Marburger Radler hatten vermutet, daß der ADFC sich dezentral organisieren würde und daß er eine Ironie auf den ADAC sei. Deshalb traten sie ein. Nach den ersten Erfahrungen stellten sie fest, daß sie in eine zentralistische Radfahrer-Lobby geraten waren.

Inzwischen hat sich herausgestellt, daß der endgültig gegründete ADFC eine formale Struktur aufweist, die wir als zentralistisch ansehen müssen: Eine Mitgliederversammlung (bundesweit) in Bremen hat bei ca. 70 anwesenden Mitgliedern die Erhöhung der Beiträge beschlossen.
Es ist lächerlich, bundesweite Mitgliederversammlungen abzuhalten und zu glauben, die Mitglieder fahren über 500 km dafür. Der ADFC hätte andere Formen der Entscheidung zur Verfügung, etwa: Delegiertenprinzip, Regionalverbände, etc.

Angesichts der Tatsache, daß der ADFC allein in Erlangen schon fast so viele Mitglieder hat, wie auf der o.g. Mitgliederversammlung anwesend waren, können wir solche Mitgliederversammlungen und ihre Beschlüsse nur ablehnen.

Ähnliches zeigt uns die Vorbereitung des Kongresses Velo/City. Angesehen von der großen Entfernung müßten wir auch noch 50 DM Teilnahmegebühr bezahlen. Das deshalb, weil der ADFC meint, er müsse ein Renommierprojekt mit Prominenz aus aller Herren Länder loslassen, statt daß er viele kleine Kongresse verteilt auf Regionen organisiert. Das Ziel, Einfluß auf die Verkehrspolitik der Bundesrepublik zu bekommen, hat einige Leute offensichtlich blind werden lassen für die Frage, wer diesen Einfluß nun eigentlich haben soll, 5 Funktionäre oder die Mitglieder. Damit reiht sich der ADFC formal ein in die Reihe der Lobbyverbände, Beispiel ADAC, da haben die Mitglieder auch nichts zu putzen. Wozu aber dann noch so ein Verband?

Aber auch inhaltlich haben wir vom ADFC nichts. Seine größte Leistung bisher ist ein ausgeklügeltes Versicherungssystem, das natürlich nur für Mitglieder gilt, und in Wirklichkeit nicht über eine normale Versicherung hinausgeht. Zusätzlich führt der ADFC eine Liste, in die man sein Rahrrad mit Rahmennummer etc. eintragen lassen kann. Wir denken, daß angesichts der Preislage von Fahrrädern die Reglementierungen, denen wir uns unterwerfen müßten (Fahrrad immer absperren, nachts in Haus, Polizeiprotokolle etc.) in keinem Verhältnis zu dem bißchen Verlustrisiko stehen. Darüber hinaus ist eine Konsequenz der Rahmennummernliste, daß die Polizei verstärkt die sowieso schon lästige Kontrolliererei von Fahrrädern durchführt.
Wir befürchten sogar, daß der ADFC langfristig eine gesetzliche Haftpflichtversicherung für Fahrräder durchsetzen wird mit all den Folgen an Papierkram etc. Uns geht es um die Lust am Fahren, nicht ums Eigentum an einer Maschine oder finanzielle Sicherungssysteme.
Am deutlichsten äußert sich die seltsame Strategie des ADFC in der Ankündigung des Kongresses Velo/City.

Es heißt da auf Seite 1: „Protestdemonstrationen und Versprechen von der Rathaustreppe können kein Dauerzustand sein. Aktive Radler, Planer und Wissenschaftler — .... suchen das sachliche Gespräch mit Politikern."
Wir möchten wissen, wer sich Versprechen von der Rathaustreppe als Dauerzustand wünscht. Und wer sind eigentlich die Leute, die Protestdemonstrationen als Dauerzustand wollen? Offenbar Dauerdemonstrationen? Was soll das heißen, daß der Gegensatz dazu das „sachliche Gesprüch mit Politikern" ist. Bisher hat wohl noch keine Bürgerinitiative sachlich argumentiert?

Offensichtlich grenzt sich der ADFC hier gegen etwas ab. Und es scheint, daß es sich um die Bürgerinitiativen handelt, die seit Jahren gegen Autobahnen, Autoverkehr in Innenstädten und für Wohnstraßen eintreten. Meint der ADFC wirklich, diese Gruppen sind unfähig zum „sachlichen Gespräch mit Politikern? " Wohl kaum!

Es geht hier um etwas anderes: Der ADFC meint nachweisen zu müssen, daß er mehr erreicht. Daß er nicht sachlicher, sondern mächtiger sei, daß er nicht protestiert, sondern verhandelt. Einerseits geht es also um Erfolgszwang für den ADFC, und andererseits wegen des Erfolgszwangs um die Salonfähigkeit des Vorgehens. Deshalb auch fährt der ADFC seitenweise akademische Titel auf, deshalb veranstaltet er einen Fernseh-Kongreß (den sich die Mitglieder wohl zumeist im Fernsehen anschauen).

Dafür gibt der ADFC allerdings viele Chancen auf: Die Zusammenarbeit aller Bürgerinitiativen in Verkehrsfragen, die Zusammenarbeit aller Initiativen an einem Ort, die „Demonstriererei", die Verhandlung „auf der Rathaustreppe", die Äußerung der betroffenen Bürger — stattdessen reden jetzt „Aktive", Planer und Wissenschaftler: Spezialisten also, keine einfachen Bürger!

Die Erlanger Radlerinitiative ist 1976 entstanden, gerade von dem Protest der Bürgerinitiativen her. Wir werden nicht zulassen, daß man uns von Anwohner- und Bürgerinitiativen wegdividiert, denen wir vieles zu verdanken haben.

Der ADFC hat auch die Inhalte dieser Bürgerinitiativen aus seiner Fragestellung gestrichen: Sämtliche Kongreßthemen gehen aus von dem Dogma: Fahrrad über alles. Fußgänger, Busbenutzer — die natürlichen Bündnispartner jedes Radlers — werden nicht erwähnt. Sollen die jetzt auch noch eigene Verbände gründen? Geht es um eine menschenfreundliche Verkehrszukunft oder wieder um die dogmatische Durchsetzung eines einzigen Verkehrsmittels als Non-plus-ultra, nur weil zufällig wir es benutzen? Offensichtlich wird sich der ADFC nicht als Gegner von Autobahnen erweisen — die tangieren ja den Radverkehr nicht, er wird sich nicht gegen Lärm etc. wenden, das ist ja kein Verkehrsproblem von Radlern.

Aber nicht einmal in Fragen des Fahrradverkehrs können wir den ADFC ernst nehmen:
Unter dem Thema E Maßnahmenvorschläge in der Kongreßeinladung (S. 8ff) wird völlig unproblematisch die gängige Vorstellung vom Radweg übernommen, obwohl doch klar sein dürfte, daß heute die meisten Radwege die Aufgabe haben, dem PKW die Straße frei zu machen. Wie man sich in den eigenen Überlegungen einschränken lassen kann auf die für den Autoverkehr erfundene Partikularisierung der Verkehrsteilnehmer, mit der notwendig höheren Gefährdung an den unausbleiblichen Berührungspunkten mit dem restlichen Verkehr, ist uns schleierhaft.

Für uns heißt das: Selbst wenn der ADFC als Verband Erfolge erzielen könnte, werden es keine Erfolge für die Sache der Bürgerinitiativen sein, solange der ADFC dieses Konzept beibehält.

Wir fordern den ADFC auf, sich das zu überlegen, und seine Haltung zu ändern.

Die Mitglieder der Radlerinitiative, die auch Mitglied im ADFC geworden sind, treten vorläufig aus.
Die Radlerinitiative wird sich vermutlich den Grünen Radlern anschließen. Eine Bedingung für die Unterstützung des ADFC durch uns ist die enge Zusammenarbeit (oder Zusammenschluß) des ADFC mit den Grünen Radlern.
Soweit der Erlanger Ortsverband des ADFC sich mit Problemen beschäftigt, die auch unsere sind, können wir mit ihm natürlich zusammenarbeiten. Allerdings sollte der Ortsverband sich überlegen, ob der wirklich in der richtigen Bundesorganisation ist, bzw. Druck ausüben auf die Verbandsspitze, damit sich beim ADFC etwas ändert.

Kontakt: Erlanger Radlerinitiative
Leipzigerstr. 8, 8520 Erlangen,
Tel.: 09131/67069



INFORMATIONS-ÖKOLOGIE. INFORMATIONS-ÖKOLOGIE?

Als ob wir alle Telepathen wären

Die Leute, die bis Herbst 1978 die Zeitschrift „Nonkonform" gemacht haben, entwickelt jetzt eine De-Zentrale der alternativen Kooperation und stellen den Stand ihres Projekts monatlich in einem „MAGAZIN" dar. Aus der ersten Nummer bringen wir ihre „Gebrauchsanweisung" und ihr Selbstverständnispapier. Mystiker, Technokraten, oder beide? Macht euch selbst ein Bild!

Gebrauchsanweisung: Adressen, Adressen, Öffentlichkeit.
Von "Atom" bis "Zärtlichkeit".

Einfache Version:

Ihr schickt uns Eure Adresse. Unsretwegen auch ohne Kommentar. Wir schicken Euch ein Magazin (jeweils neuste Ausgabe) der alternativen Kooperation. Darin findet ihr eine Stichwortliste. Diese Liste ist eine Zusammenfassung aller Stichworte, die zu den gespeicherten Adressen angegeben worden sind. Jedes Wort darin ist also Arbeits- oder Interessengebiet von Menschen, deren Adressen wir weitergeben sollen, die Kontakte und/oder Hilfe suchen. So führt also jedes Stichwort zu mindestens einer Adresse.

Wer also solche Kontakte und Zusammenarbeit sucht, sendet uns das entsprechende Stichwort und 5,- DM aufs Konto (Postscheckamt 3174 80 - 438 Essen/ Rolf Reisiger) oder in Briefmarken. Damit ist das Magazin bezahlt, die Kosten, die uns durch Porti, Telefon und Sonstiges entstehen, und Ihr erhaltet mindestens eine Adresse zu Eurem Problem/Arbeitsbereich. Wir speichern dann Eure Adresse. Sendet bitte dazu auch Angaben über Arbeitsbereiche und Interessen. Als Beleg darüber erhaltet Ihr dann einen Ausdruck aus dem Computer. Wenn Ihr zu mehreren Stichworten Adressen wünscht oder wir mehr als 5 Adressen zu einem Stichwort haben, begrenzt sich unsere Information in jedem Fall auf 5 Adressen. Damit wollen wir verhindern, daß wir zum alternativen Bertelsmann werden und Euch die mühsam abbestellten Werbesendungen nun aus der alternativen Bewegung zugehen. Außerdem wollen wir nicht nur für Leute arbeiten, die zum Suchen zu faul sind. Wenn wir mehrere Adressen zu einem Stichwort haben, bemühen wir uns, Euch die Adressen aus der Nähe zu schicken, um eine Zusammenarbeit zu erleichtern.

Mehrfache Version:

Ihr habe also einen speziellen Wunsch, der mit der einfachen Version nicht befriedigt werden kann. Ganz einfach: beschreibt uns Euren Wunsch möglichst präzise. Bis auf Listen von . . . werden wir bemüht sein, diesen zu erfüllen. Wir senden Euch dann einen Kostenvoranschlag. Ihr zahlt danh den Betrag auf unser Konto und erhaltet die gewünschten Auskünfte.

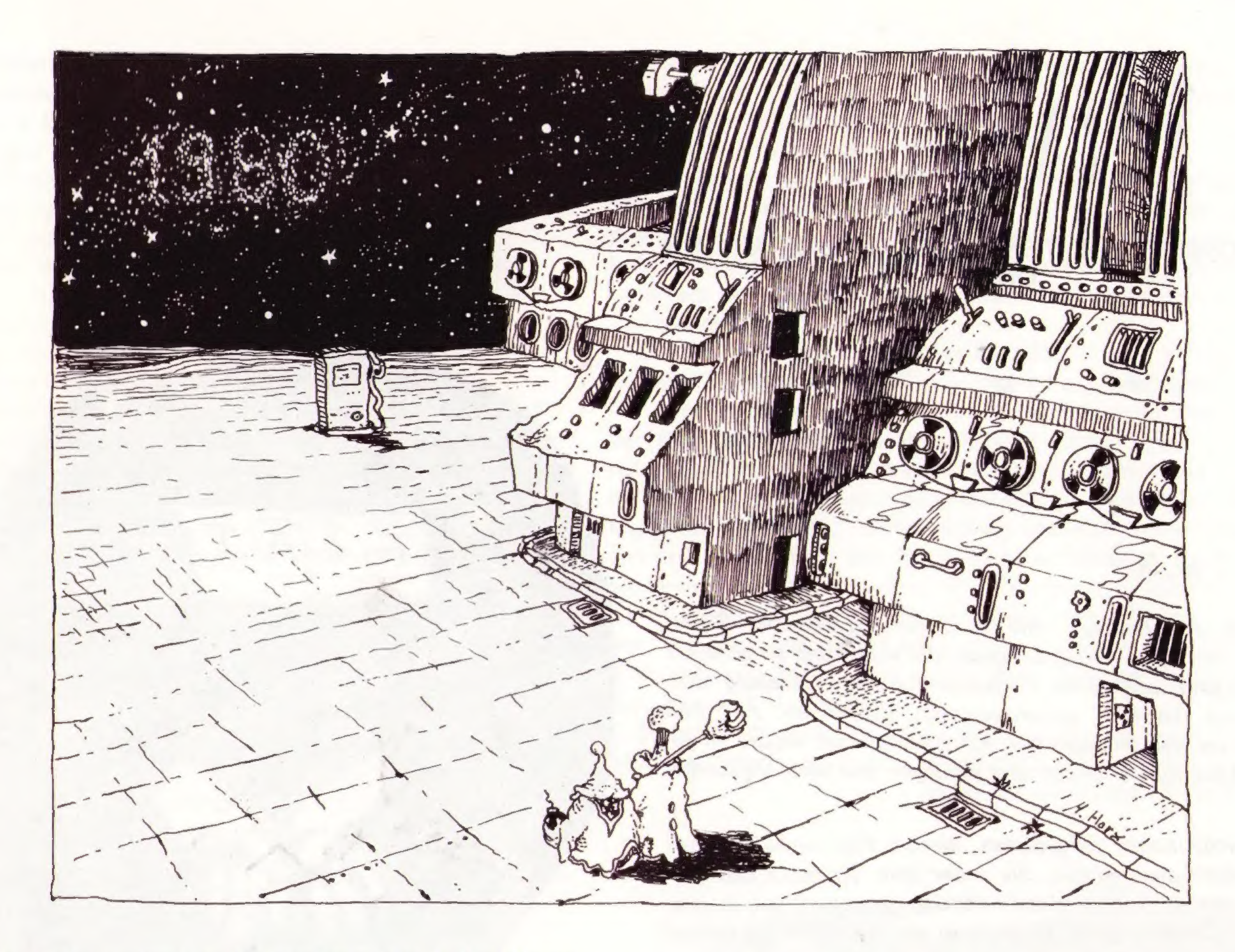
Wir erwarten von jedem, der anfragt, auch, daß er seine Adresse ebenso öffentlich macht wie jene, von deren Adressen und Arbeit er profitiert. Daher kann jeder zur Anfrage auch ein paar Stichworte angeben und seinen Arbeitsbereich umreissen. Wir behalten uns in jedem Falle vor, daß wir nachfragen, was denn aus den angegebenen Adressen geworden ist, daß wir uns dafür interessieren, mit welchen Intentionen da Informationen aus und über die alternative Bewegung eingeholt wird. Wir sind nicht unbedingt erpicht, mit unserer Arbeit cleveren Verkäufern und Fragebogenaktionären Vorschub zu leisten. Wer eine Examensarbeit über alternative Projekte schreiben will, begebe sich doch bitte hinein und erwarte von uns keine frohe Zusammenarbeit.

Selbstverständnis: Glasperlenspiel und kleine Computer

Für uns selber ist der Informationsdienst ein Weg zum Glasperlenspiel. Wir setzen Begriffe in Beziehungen zueinander, weben Netze daraus, verstricken uns auch mal darin, sehen, wie unterschiedliche Menschen Begriffe mit Inhalt füllen und wie sich dabei die Netze verändern. Wenn wir ein Stück weiter sind, werden sie wohl aussehen, wie das Netz der Nervenzellen in unserem Körper. Nach solcher Arbeit ist es sehr nötig, wieder ins Leben zu gehen oder in die Natur oder nach innen, unter die Netze.

Robert Jungk, Reimar Lenz und andere haben sich Gedanken über eine Datenbank gemacht, die sich an den Bedürftnissen des Lebens, der Menschen, der Zukunft orientiert und die für alle da ist. Nicht nur für alle zugänglich, sondern in der Art wie sie denkt, für möglichst viele Menschen verständlich. Genau das versuchen wir jetzt zu tun. Den zentralen Großcomputer wird es wahrscheinlich nicht geben. Wir versuchen jetzt schon, mit kleinen Computern zu arbeiten, die wir, wenn nötig, zum sozialen Hirn zusammenschalten. So, wie wir auch ohne Computer untereinander arbeiten. Wir denken sozial und das heißt, wir erdenken's gemeinsam, als wenn wir alle Telepathen wären.

Wir verstehen den Informationsdienst nicht nur als Dienstleistungsbetrieb, sondern als Projekt mit dem Ziel, Kommunikation und besonders die der Alternativbewegung zu erforschen und einem sozialen Organismus gemäß zu entwickeln. Damit diese Bewegung nicht zu einem Krebsgeschwür im Organismus wird, werden wir uns immer mehr den Strömungen mit lebendigem Funken nähern, die wegen ihrer Herkunft oder Gestalt noch als bürgerlich gelten, z.B. der Universität, um ihr die Möglichkeiten alternativen Studierens nahezubringen. Wir sehen einen Staat, eine Nation, ein Dorf, als sozialen Organismus. Wir bemühen uns, die Erde als solche zu erkennen.(Hopla!) Wenn wir auch die Alternativbewegung sehen, wollen wir über das Netzwerk nützliche Informationen austauschen, bevor die persönlichen Schwierigkeiten ausgetauscht werden. Dabholkar, der in Indien seit Jahren ein solches Netz entwickelt, vernetzt zunächst nur Gedanken, um Persönlichkeitskult jeder Hinsicht zu vermeiden. Offenbar haben die Arbeitsgruppen dort seit Jahren ein gutes Gefühl, wenn sie die Früchte der Arbeit wachsen sehen, Gruppendruck kann es in solch einem Netz ja nicht geben. Die andere Seite ist die Möglichkeit, mehr Menschen persönlich kennenzulernen, wenn man will, um zu sehen, mit wem mensch direkt zusammenarbeiten kann. Auch hier suchen wir neue Formen, die nicht so anfällig sind für unbewältigte psychische Strukturen – vom Tagungsmarkt bis zum permanenten mentalen Koitus mit anschließender Konkretion der Ergebnisse. Zuviel der Steue-



rung? So leicht springt der Weltengeist nicht in den Computer.

Auch wir flippen ständig zwischen Theorie, ganzheitlicher Schau und dem konkreten im Alltag; wohl wissend, daß alles, in mir und jetzt im Zusammenhang stehen sollte. Wem gelingt das schon, und erst recht in welcher Gruppe? Irgendwo verstehen wir uns ja alle. Aber irgendwo sind die Interessen schon des Einzelnen zu verzweigt, als daß sie sich konsequent leben ließen. Pragmatische Lösungen bieten sich an. Gruppen, Parteien, bunte Listen, wenigstens mal gemeinsam gegen etwas sein. Wenn's dann konkret wird, fehlen oft die naheliegendsten Dinge: brauchbare Werkzeuge, Nachbarschaftsadressen, Rechtshilfe. Und irgendwo das flaue Gefühl, daß alles zwar eine wichtige Sache ist, aber nicht das Leben, was mensch eigentlich leben will. Wir können nur helfen, den Gruppenstreß aufzulockern zu einer Harmonie aus Individuen (‚Unteilbares'). Meditieren müßt ihr selbst, wir können ein Ganzheitserlebnis nicht durch die Datenbank vermitteln.

Nur durch einen Umstand ist zu erklären, warum der Begriff Informationsökologie noch nicht verbreitet ist: Er würde die Medien selbst betreffen. Fast jede der Alternativzeitungen hat den Anspruch, möglichst von jedem gelesen zu werden, von den Büchern ganz zu schweigen. Sie haben ja alle recht, aber wer soll das schaffen. Wir sind der Meinung, daß nicht alle alles wissen müssen. Wenn Wissen sich fortsetzt in Handlung oder Bewußtsein, werden es früh genug die erfahren, die es angeht. Wir fördern also, daß mensch sich nicht nur für das interessieren darf, was grade zufällig in den Zeitungen steht, sondern daß mensch sich aktiv um Dinge bemühen kann, die einen jetzt und wirklich interessieren. Vielleicht haben wir einmal die Kapazität, weiter zu gehen und von uns aus die zu informieren, für die bestimmte Nachrichten wichtig wären. Das ist noch Utopie.

Unsere Utopie ist, daß die Kontakte umso näher sein sollten, je umfassender ihr Thema ist oder umgekehrt: Verkehr zwischen Hamburg und München sollte sich dadurch rechtfertigen, daß wirklich so spezielle Dinge ausgetauscht werden, die in näherer Umgebung nicht ausgetauscht werden können.

Ihr seid eingeladen, mit uns Utopien zu entwickeln!

Aus dem Stichwortverzeichnis: das A und das Z

Ärztenachweis
AGN
Alleinstehende
Alternativ
Alternative Bank
Alternative Kooperation
Alternative Medizin
Alternatives Adreßbuch
Angepaßte Technologie
Anthroposophie
Arbeitskreis
Architektur
Archiv
ASH
Assoziativer Wirtschaftsring
Astronomie
Atom
Ausbildung
Ausländer
Ausländerkinder-Betreuung
Ausland
Autor

Zärtlichkeit
Zahnarzt
Zeitschrift
Zeitung für Gegenwart und Zukunft
Zen-Buddhismus
Ziegenkäse
Zusammenarbeit: Eltern-Schule
Zusammenleben

Übrigens: die Alternativzeitungsliste aktuellst auf Aufklebern gibts bei uns für 10 Mark.

Kontakt: Stadtkooperative Wuppertal, Schützenstr. 98, 5600 Wuppertal 2, Tel.: 0202/50 74 64.

italien

„ GENOSSEN , DIE TERRORISTEN SIND UNTER UNS!"



Turin/Paris, 20.April

Endlich wird bekannt, wie die Beziehung zwischen Roten Brigaden und (Fiat-)Arbeiterklasse, die von ihnen so gerühmt wurde, aussah: zahlreiche Fiatgewerkschafter, jahrelang aktive Militante der KPI, waren zugleich Brigadisten, zum Teil gehörten sie der strategischen Kommission der Roten Brigaden an. Und nun erfahren ihre Kollegen von dem Versteckespiel.

Zu den angeblichen Brigadisten, die bei Fiat verhaftet wurden, gehören auch einige, die unter dem Verdacht des Terrorismus von der Fiat entlassen wurden (insgesamt gab es deswegen 61 Entlassungen). Es sieht so aus, als hätte die Polizei bzw. auch die Fiat-Leitung schon zur Zeit der Entlassungen – vor über einem halben Jahr – um die Verbindungen der jetzt Verhafteten zu den Roten Brigaden gewußt.

„Genossen, die Terroristen sind unter uns!" Diese Warnung geht zur Zeit in den linken Parteien Italiens um. An die 50 Leute sind in den letzten Wochen unter dem Verdacht, Mitglieder der Roten Brigaden zu sein, verhaftet worden. 4 Mitglieder der Roten Brigaden sind in einer Wohnung in Genua per Todesschuß ermordet worden: der Anti-Terrorismus scheint erfolgreich. Jetzt, wo ein Teil der Infrastruktur der Guerillagruppen in Norditalien aufgedeckt ist, wird das wirkliche Gesicht dieser Gruppen bekannt. Die linken Parteien und Gewerkschaften haben damit Probleme: das gewöhnliche Bild des durchschnittlichen Rotbrigadisten ist das tragische Doppelbild eines KPI-Basismitglieds oder Gewerkschaftsdelegierten.

Wenn es stimmt, daß die ungefähr 50 Verhafteten Mitglieder der Roten Brigaden sind, hieße das, daß in den letzten Jahren Leute von allen politischen Parteien der italienischen Linken zu den Roten Brigaden gegangen sind.

Unter den verhafteten Leuten der letzten Wochen sind kommunistische Arbeiter, Mitglieder aus verschiedenen Gewerkschaften, Lehrer und Angestellte. „Ab jetzt kann in diesem Land alles passieren. Jeder kann Terrorist sein, auch der Vorsitzende der Metallergewerkschaft FLM", erklärt einer der Vorsitzenden der FLM-Lombardei. „Ja, wir haben Probleme damit und wissen nicht, was tun. Nie in der Vergangenheit haben wir so schwere Zeiten erlebt. Wir haben keine Zeit und keine Möglichkeit, unsere Schwierigkeiten zu verschweigen: was passiert, ist zu ernst."

Unter den Verhafteten sind auch 5 Gewerkschaftsdelegierte von Fiat-Turin und zwei Mitglieder der nationalen Fiat-Koordination der Gewerkschaften. Sie werden beschuldigt, „eine bewaffnete Bande – genannt Rote Brigaden – gegründet zu haben." Dasselbe gilt für 3 Angestellte bei SIT-Siemens in Mailand, einer von ihnen ist Mitglied des regionalen Vorstandes der Metallgewerkschaft.

Natürlich muß es sich erst noch herausstellen, ob diese Arbeiter und Gewerkschafter wirklich Mitglieder der Roten Brigaden sind. Die Justiz schweigt, wie üblich. Angeblich soll ein Führungsmitglied der Roten Brigaden alles ausgeplaudert haben – kurz nach seiner Verhaftung in Turin. Aber es ist auch denkbar, daß die Carabinieri es ihm „zugeflüstert" haben.

Auf jeden Fall steht die Identität der vier Roten Brigaden-Leute fest, die am 28.März in Genua von den Anti-Terrorismuseinheiten umgebracht worden sind: Lorenzo Betassa (28) und Luca Nicoletti (30) waren Mitglieder der „Strategischen Kommission" der Roten Brigaden – wie diese selbst bekannt gemacht haben. Und sie waren auch Arbeiter bei Fiat-Turin.

Lorenzo Betazza, mit Decknamen Antonio, war CISL-Gewerkschaftsdelegierter. Einer seiner Arbeitskollegen, ein ehemaliges Mitglied von Lotta Continua, sagt heute: „Lorenzo hatte die durchschnittliche Bildung eines Gewerkschafters gehabt. Er konnte zuhören. Er fragte mich, welche Bücher ich gelesen hätte, aber ich weiß nicht, welche er gelesen hat. Keiner seiner Kollegen hatte einen Verdacht gehabt, auch die Gewerkschaft nicht, obwohl ich als Mitglied von Lotta Continua es doch am ehesten hätte merken müssen. Jetzt denke ich, ich bin blöd."

Die Bekannten von Anna Maria Ludman (32), die auch in Genua erschossen wurde, müssen sich auch blöd fühlen. „Wir allein hätten sie nie verhaftet", ist der Kommentar der Anti-Terrorismusabteilung in Genua. „Wie kann man eine so angesehene Person verdächtigen? Da könnten wir gleich gegen jede ehrliche Person ein Verfahren eröffnen." Aber auch sie

ist in der Roten Brigaden-Wohnung angetroffen und sofort erschossen worden.

Anna Maria Ludman hatte keine politische Vergangenheit, aber bei dieser normalen italienischen Bürgerin haben die Bullen außer den 3 Genossen Waffen, Flugblätter der Roten Brigaden und mehr als 5000 Hinweise über potentielle Opfer der Roten Brigaden gefunden.

Die größte Überraschung aber kommt aus Biel. Domenico Jovine – Gewerkschaftsdelegierter – und einer der 61 Arbeiter, die bei Fiat „wegen Terrorismusverdacht" entlassen wurden, war dort wegen Waffenbesitz verhaftet worden. Vor Gericht gab er nun eine Erklärung ab, in der es heißt:

„Ich bin Arbeiter und Kommunist, ein aktiver Genosse der Roten Brigaden. Meiner Organisation gehören die Waffen, die bei mir gefunden wurden. Sie waren bei mir deponiert. Ich bin einer, der „wegen Terrorismus" entlassenen Arbeiter, und das mag jene Leute verwirren, die gesagt haben, die Politik des bewaffneten Kampfes findet kein Echo in der Arbeiterklasse. Ich habe immer in meiner Fabrik gekämpft. Ich habe mich zusammen mit anderen Arbeitergenossen entschlossen, die Waffe gegen die Bourgeoisie zu ergreifen, um meine Klasse von der Lohnarbeit zu befreien. Nicht wir sind die Terroristen. Die Terroristen sind die Knechte, die auf die Kinder auf der Straße schießen und sie töten, die aus Gefängnissen Vernichtungslager machen. Der Bürgerkrieg spielt sich auf der Ebene des Klassenkampfes ab, und nicht auf der der Verhaftungswellen (im Italienischen wird dafür das deutsche Wort „Blitz" oder „Blitzkrieg" gebraucht – der ID). Deshalb kann General Della Chiesa nur verlieren."

Bislang hatten die Bewohner von Biel Domenico Jovine als einen netten Jungen gekannt, der Motorräder und Discos liebt.

In den italienischen Gewerkschaften schlug diese Erklärung wie eine Bombe ein. Schon am nächsten Tag meinte der Vorsitzende der Metallgewerkschaft, Luciano Lama: „Die Erklärung von Domenico Jovine ist ein Beweis mehr dafür, wie der Terrorismus mit seinen barbarischen Aktionen auf unserem Land lastet. . . Dieser hoffnungslose Versuch ist ein Symptom der wirklichen Isolierung der Terroristen." Dennoch scheint es so, als ob der CGIL-Vorsitzende an die Isolierung selbst nicht glaubt, denn er beendet seine Erklärung mit einem Aufruf an die Arbeiter und Gewerkschaften, „ihre Aktivitäten gegen den Terrorismus weiterzuführen."

In Mailand redet man wieder von SIT-Siemens. Vor mehr als 10 Jahren fand in dieser Fabrik der erste Versuch statt, links von der KPI gemeinsame Basiskomitees (CUBs) zu bilden. In dem ersten CUB findet man Leute wie Zuffada, Besuchio, Moretti – ehemalige KPI-Leute, die zu den Roten Brigaden gegangen sind. Aber seit 1977 war die SIT-Siemens wieder eine ruhige Fabrik geworden, allenfalls gestört von einem gelegentlichen Brandanschlag.

Und jetzt ist SIT-Siemens wieder in aller Munde. Drei dort Beschäftigte werden beschuldigt, den Roten Brigaden anzugehören. Ihre Kollegen – sie haben direkt nach dem „Blitz" (der Verhaftungsaktion) eine Vollversammlung gemacht – sprechen von „Einschüchterungsverhaftungen. " Die örtlichen Gewerkschaften geben ihnen Rechtsschutz und stellen Anwälte. Einer der Verhafteten ist Mitglied der lokalen Gewerkschaftsführung.

Ein leitendes Mitglied der Gewerkschaft bei SIT-Siemens erklärt: „Wir wissen nicht, wo er jetzt ist. Im Gefängnis? In einer Kaserne? Solange wir keine konkreten Informationen haben, geben wir keine offiziellen Erklärungen heraus. Wir kennen Peroti seit jahren und seine Arbeit war immer klar. Es ist schwer, in ihm einen Terroristen zu sehen."

Fünf Gewerkschaftsdelegierte und ein städtischer Angestellter, die wegen angeblicher Mitgliedschaft in den Roten Brigaden in Turin verhaftet wurden, sind KPI-Mitglieder. Nicola d'Amore, dem der italienische § 129 (kriminelle Vereinigung) vorgeworfen wird, arbeitete seit 13 Jahren bei Fiat. Er war bei der linksradikalen Gruppe Avantguardia Operaia, danach bis Ende 1979 bei der KPI, die ihn „wegen politischer Differenzen" aussschloß.

Die Gewerkschaften haben noch mehr Ärger. Ein führendes Mitglied der Metallergewerkschaft: „Wir sind kein Geheimdienst, unser Ziel ist es, die Interessen der Arbeiter in der Fabrik zu schützen. Was können wir tun, wenn ein Arbeiter sich innerhalb der Fabrik vorbildlich benimmt und gleichzeitig den Terroristen hilft?"

Die KPI schlägt Alarm. Ugo Pecchioli – als „KPI-Innenminister" bekannt – hat sich mit den Vorsitzenden der KPI-Sektionen der größten Fabriken Italiens getroffen. Und der KPI-Vorsitzende von Fiat-Mirafiori erklärt: „Der Terrorismus ist in der Fabrik präsent. Wir unterschätzen ihn nicht, deshalb haben wir den sehr umstrittenen Anti-Terrorismus-fragebogen gemacht." einige andere Gewerkschafter bestätigen ihn: „Um gegen den Terrorismus zu kämpfen, muß man gegen die Passivität vorgehen. Wir können nicht mehr akzeptieren, wenn ein ‚kleiner Chef (gemeint ist ein Meister – ID) von Arbeitern geschlagen wird. Die Leute, die das machen, sind vielleicht keine Terroristen, aber sie sind ihnen ganz nah. Man muß sie anzeigen."

Derweil schraubt Fiat-Chef Agnelli die Akkorde hoch. Seit den Verhaftungen laufen die Fließbänder schneller.

aus: Liberation vom 13.April '80



Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 C
Informationsdienst
Postfach 900 343
6000 Frankfurt 90

Nr. 332

Nummer des Abos bez. bis ID Nr. Exempl.

HERAUSGEBER:
Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6 Frankfurt 90, Tel.:0611/704352
Verantwortlicher Redakteur: Karl–Heinz Bender

Redaktionsschluß: Mittwoch, 16.00 Uhr
ID-Bilderdienst: 0611 / 70 20 96

ABONNEMENTSBEDINGUNGEN:

Vierteljahr (12 Hefte) :	30.– DM
Halbjahr (24 Heftte) :	60.– DM
Jahresabo (48 Hefte) :	120.– DM

Als Bestellung gilt die Überweisung auf das Postscheckkonto 52 52 28 – 602, Postscheckamt Frankfurt/Main (Frankfurter Informationsdienst e.V.).
Auf dem Überweisungsabschnitt bitte entsprechende Stichworte angeben: Neuabo, Verlängerung oder Adreßwechsel. Außerdem LESERLICH die genaue Anschrift und (falls vorhanden) die Abonummer.
Wenn auf dem Adreßaufkleber das Zeichen !?! auftaucht, heißt das, daß das Abo bald ausläuft und daß schleunigst Geld auf unser Konto überwiesen werden muß.
KEIN GELD AUF'M KONTO, KEIN ID IM KASTEN!